



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Online-Wahlhilfen – ein Vergleich der Antwortprofile und der im Wahlkampf generell kommunizierten politischen Positionen österreichischer Parteien

Am Beispiel der Online-Wahlhilfe Wahlkabine.at im Zuge der Europawahl 2009

Verfasser

Stefan Fenz

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie

(Mag. phil.)

Wien, 3. November 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt: Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer: Univ.-Doz. Dr. Karin Liebhart

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, im November 2009

Stefan Fenz

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	6
1.1.	Wahlkabine.at.....	6
1.2.	These und Forschungsfrage, Struktur der Arbeit	11
2	Theoretischer Zugang	15
3	Analyse des Umfelds	19
3.1.	Internetnutzung in Österreich.....	20
3.2.	Präsenz der Parteien im Internet.....	22
3.3.	Das Internet als Wahlkampfmedium.....	23
3.4.	Politischer Ereignishintergrund.....	25
4	Analyse der Antwortprofile	27
4.1.	Material	27
4.1.1.	Wahlprogramme	30
4.1.2.	Printmedien.....	31
4.1.3.	Onlinemedien.....	33
4.1.4.	TV.....	35
4.2.	Methode.....	36
4.3.	Analyse.....	38
4.3.1.	Frage 1: Soll die EU Unternehmen finanziell unterstützen, damit die Beschäftigten durch Kurzarbeit vor Arbeitslosigkeit bewahrt werden können?	39
4.3.2.	Frage 3: Soll der freie Zugang zu Universitäten in jedem Mitgliedsstaat für alle EU-Bürger und Bürgerinnen uneingeschränkt möglich sein?.....	39
4.3.3.	Frage 4: Soll die EU zum Schutz der Jugend die Mitgliedsstaaten dazu verpflichten, die Verbreitung und das öffentliche Zugänglichmachen von Computer- und Videospielen mit gewalttätigen Inhalten strafrechtlich zu verfolgen?	40

4.3.4. Frage 5: Soll die krisenbedingte Finanzhilfe für die Automobilindustrie gestoppt werden, um stärker in die EU-weite Forschung in Zukunftstechnologien zu investieren?	44
4.3.5. Frage 6: Sollen zur Terrorismusbekämpfung auf Flughäfen innerhalb der EU die Sicherheitsvorkehrungen verschärft werden (z.B. durch Einsatz von so genannten „Nacktscannern“)?.....	45
4.3.6. Frage 7: Soll die EU im Falle von Menschenrechtsverletzungen in Nicht-EU-Ländern wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen verhängen?.....	45
4.3.7. Frage 9: Sollen bei den Wahlen zum EU-Parlament Kandidaten und Kandidatinnen aus anderen Mitgliedsstaaten wählbar sein?	46
4.3.8. Frage 10: Soll die Möglichkeit bestehen, europaweite Abstimmungen durchzuführen (z.B. zum Reformvertrag)?.....	46
4.3.9. Frage 11: Sollen homosexuelle Paare in allen EU-Staaten heiraten können?	48
4.3.10. Frage 13: Soll EU-weit ein generelles Rauchverbot in Gastronomieeinrichtungen durchgesetzt werden?.....	49
4.3.11. Frage 19: Soll es einen gemeinsamen Außenminister bzw. eine gemeinsame Außenministerin der EU geben?.....	51
4.3.12. Frage 20: Soll sich die EU in Konfliktregionen auf humanitäre Einsätze beschränken?.....	54
4.3.13. Frage 21: Soll die Türkei der EU beitreten dürfen, wenn sie alle formalen Kriterien für einen Beitritt erfüllt?	56
4.3.14. Frage 22: Soll EU-weit eine höhere Besteuerung des Treibstoffs von Flugzeugen eingeführt werden?.....	68
4.3.15. Frage 24: Soll angesichts der Krise auf den Finanzmärkten die EU den neuen Mitgliedsstaaten (z.B. Rumänien, Bulgarien) eine größere finanzielle Unterstützung als bisher zusichern?.....	68
4.3.16. Frage 25: Soll die EU ein System mit verbindlichen Sanktionsmechanismen in der Finanzmarktaufsicht schaffen?	69
4.4. Ergebnisse	72

5	Interpretation der Analyseergebnisse.....	79
5.1.	Parteien haben das Potential noch nicht erkannt	79
5.2.	Erwarteter Nutzen ist zu gering.....	79
5.3.	Unsicherheit bezüglich WählerInnen Präferenzen	80
5.4.	Falsches Parteienbild	80
5.5.	Kompromiss zwischen Stimmenmaximierung und Policy-Verwirklichung.....	81
6	Schlussbemerkung	82
7	Literaturverzeichnis	85
7.1.	Analysierte Medienquellen.....	87
7.1.1.	Wahlprogramme	87
7.1.2.	Printmedien.....	87
7.1.3.	Onlinemedien.....	88
7.1.4.	TV.....	89
8	Abbildungsverzeichnis.....	91
9	Tabellenverzeichnis	92
10	Anhang.....	93
10.1.	Wahlkabine-Antwortprofile zur Europawahl 2009	93
10.2.	E-Mail Anfrage Liste Martin.....	105
10.3.	Kurzzusammenfassung.....	106
10.4.	Abstract	108
10.5.	Lebenslauf	109

1 Einleitung

Massenmedien, allen voran das Fernsehen, vermitteln und konstruieren in einer Mediengesellschaft die politische Realität (Plasser 2004, 22). Untersuchungen haben gezeigt, dass Massenmedien die öffentliche Meinung nicht widerspiegeln, sondern durch gezieltes Agenda-Setting eher prägen (Schulz 2008, 147). Obwohl die Nutzung des Internets zur politischen Meinungsbildung in den letzten Jahren zugenommen hat, ist das Fernsehen nach wie vor die primäre Informationsquelle der WählerInnen (Schulz 2008, 238). Im Gegensatz zu vorgefertigten Inhalten der Massenmedien, bieten Online-Wahlhilfen jedem Individuum mit verfügbarem Internetzugang die Möglichkeit den eigenen politischen Standpunkt mit jenem der politischen Parteien zu vergleichen. Dieser Vergleich erfolgt auf Basis eines zuvor erstellten Fragen- oder Thesenkatalogs. Politische Parteien positionieren sich im Vorfeld eindeutig zu jeder im Katalog enthaltenen Frage oder These und können die Wichtigkeit des in der Frage oder These behandelten politischen Themas bewerten. In der vorliegenden Arbeit werden diese Positionen und Bewertungen als Antwortprofil bezeichnet. UserInnen können durch die Eingabe ihres eigenen Antwortprofils ihre politische Position mit jenem der politischen Parteien vergleichen. Im Kontext einer bestimmten Wahl können somit die politischen Standpunkte abseits der in den Massenmedien behandelten Mainstream Themen verglichen werden.

1.1. Wahlkabine.at

Wahlkabine.at¹ ist eine auf die österreichische Innen- und Europapolitik abgestimmte Online-Wahlhilfe (Politik-Orientierungshilfe) (Liebhart und Wassermair 2002), welche seit ihrer Einführung im Jahr 2002 mehr als 2,3 Millionen Mal benutzt wurde (Wahlkabine.at 2009). Das Projekt Wahlkabine ist ein Projekt des Instituts für Neue Kulturtechnologien in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft, der Gesellschaft für politische Aufklärung und dem Institut für

¹ Wahlkabine: <http://www.wahlkabine.at>, letzter Zugriff: 30. September 2009 – in dieser Arbeit wird der Begriff Wahlkabine für die österreichische Online-Wahlhilfe Wahlkabine.at verwendet.

Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck. Wahlkabine basiert auf den folgenden Annahmen (Filzmaier 2004, 140):

- Imagefaktor und kurzzeitige Botschaften gewinnen in modernen Mediendemokratien immer mehr an Bedeutung. Sachthemen verlieren an Bedeutung und werden im Wahlkampf und in der Berichterstattung nicht ausreichend behandelt.
- Für WählerInnen ist es nahezu unmöglich, zu allen relevanten Themen die politischen Positionen der zur Wahl antretenden Parteien zu recherchieren und mit den eigenen politischen Positionen und Präferenzen abzugleichen.
- Unter anderem hat sich Wahlkabine im Zuge der politischen Bildungsarbeit zum Ziel gesetzt, die Relevanz von Sachthemen zu erhöhen und WählerInnen ein Werkzeug bereitzustellen, welches ihnen ermöglicht, die Stärken und Schwächen der einzelnen Wahlprogramme und Positionen zu identifizieren.
- Wahlkabine zeichnet, im Gegensatz zu manch anderen europäischen Online-Wahlhilfen, keine Nutzerdaten auf. Der Zugriff und die Auswertung erfolgen ohne Registrierung der UserInnen.

Neben der eigentlichen Online-Wahlhilfe umfasst Wahlkabine.at folgendes Informationsangebot:

- (i) Ankündigung von Landtag-, Nationalrats- und Europawahlen,
- (ii) Glossar zu Politik-Begriffen, welche in den Wahlkabine-Fragen verwendet werden,
- (iii) Medieninformationen zur Wahlkabine,
- (iv) PolitikerInneninterviews (z.B. Interviews mit den JugendsprecherInnen bezüglich „Wählen ab 16“),
- (v) Unterrichtsmaterialien als Anleitung für den Einsatz von Wahlkabine im Unterricht,
- (vi) detaillierte Informationen zu Konzept, Realisierung und Methodik der Wahlkabine,
- (vii) Wahlkabine-relevante Literaturhinweise und
- (viii) eine Feedbackmöglichkeit.

Methodisch basiert Wahlkabine auf einem für die jeweilige Wahl (bis dato Landtags-, Nationalrats- und Europawahl) abgestimmten Fragenkatalog. Der Fragenkatalog und die politischen Positionen, der zur Wahl antretenden Parteien, werden im Redaktionsprozess erarbeitet:

Der Fragenkatalog wird spezifisch für jede Wahl von einem Redaktionsteam, bestehend aus PolitikwissenschaftlerInnen und MedienvertreterInnen, ausgearbeitet. Wahlprogramme und in jüngster Vergangenheit behandelte politische Themen bilden die Grundlage für die Erstellung eines relativ umfangreichen Fragenkatalogs (so wurden zum Beispiel bei der Vorarlberger Landtagswahl 2009 42 Fragen ausgearbeitet). Dieser wird zur Beantwortung, an jene Parteien bzw. Listen, welche während des Redaktionsprozesses bereits in Parlamenten auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene vertreten sind, ausgesendet.

Jede Partei hat die Möglichkeit durch „Ja“ und „Nein“ Antworten sowie einer Gewichtung (1: weniger wichtig, 2: wichtig, 3: sehr wichtig) ihre Position bzgl. jeder einzelnen Frage, auszudrücken (= Antwortprofil). Des Weiteren haben die Parteien die Möglichkeit, Begründungen und Erklärungen für ihre Antworten zu hinterlegen, welche später für die UserInnen öffentlich einsehbar sind. Stellt eine Partei bis zum kommunizierten Abgabetermin kein Antwortprofil zur Verfügung, so erarbeitet das Redaktionsteam, basierend auf vergangenen Aussagen zentraler ParteisprecherInnen, relevanter Parteidokumente und Websites ein dazu passendes Antwortprofil. Sind alle Antwortprofile erarbeitet bzw. übermittelt, überprüft das Redaktionsteam, inwiefern die Antworten der politischen Parteilinie der letzten Monate entsprechen.

Eine weitere Aufgabe des Redaktionsteams ist es, nach Übermittlung bzw. Erstellung der Antwortprofile, den ursprünglichen Fragenkatalog auf maximal 25 bis 26 Fragen zu reduzieren, um eine ausreichende Differenzierung zwischen den zur Wahl antretenden Parteien zuzulassen. Stimmen die Positionen aller Parteien ebenso, wie auch die von ihnen vorgenommene Gewichtung in einer bestimmten Frage überein, so wird die Frage nicht in den Fragenkatalog aufgenommen. Der Fragenkatalog wird aus Gründen der Usability auf 25/26 Fragen beschränkt.

Beantworten die Wahlkabine-UserInnen den Fragenkatalog, so wird deren Antwortprofil mit jenem der zur Wahl stehenden Parteien abgeglichen, und der Grad der Übereinstimmung angezeigt. UserInnen haben die Möglichkeit, ihre Position durch „Ja“, „Nein“ und „Keine Angabe“ Antworten sowie Gewichtungen, zu artikulieren (siehe

Abbildung 1). Während Parteien die Fragen bzgl. Wichtigkeit von 1 bis 3 bewerten können, haben UserInnen die Möglichkeit, jede Frage von 1 bis 9 (1: nicht so wichtig, 9: sehr wichtig) zu gewichten.

Fragekataloge, Berechnungsmethode und Antwortprofile der Parteien sind auf Wahlkabine.at öffentlich abrufbar. Der Algorithmus, der der Berechnung der Übereinstimmung der politischen Positionen zu Grunde liegt, ist im Folgenden beschrieben und wurde (Wahlkabine.at 2009) entnommen. Die Beschreibung des Algorithmus basiert auf den Gegebenheiten der Europawahl 2009 (25 Fragen und Kandidatur der acht Parteien ÖVP, SPÖ, Liste Martin, FPÖ, Grüne, BZÖ, JuLis und KPÖ).

Die Inputdaten des Algorithmus sind:

Wahlkabine-UserIn Antwort für Frage i : A_i^R

Gewichtung von Antwort für Frage i durch die/den Wahlkabine-UserIn: G_i^R

Parteien Antwort für Frage i : $A_i^{\text{ÖVP}}, A_i^{\text{SPÖ}}, A_i^{\text{Martin}}, A_i^{\text{FPÖ}}, A_i^{\text{Grüne}}, A_i^{\text{BZÖ}}, A_i^{\text{JuLis}}, A_i^{\text{KPÖ}}$

Gewichtung von Antwort für Frage i durch Parteien: $G_i^{\text{ÖVP}}, G_i^{\text{SPÖ}}, G_i^{\text{Martin}}, G_i^{\text{FPÖ}}, G_i^{\text{Grüne}}, G_i^{\text{BZÖ}}, G_i^{\text{JuLis}}, G_i^{\text{KPÖ}}$

Mögliche Ausprägungen der Variablen sind:

A_i^R : $\{-1, 0, 1\}$ – entspricht Antworten Nein, Keine Angabe, Ja

$A_i^{\text{ÖVP}}, A_i^{\text{SPÖ}}, A_i^{\text{Martin}}, A_i^{\text{FPÖ}}, A_i^{\text{Grüne}}, A_i^{\text{BZÖ}}, A_i^{\text{JuLis}}, A_i^{\text{KPÖ}}$: $\{-1, 1\}$ – entspricht

Antworten Nein, Ja

G_i^R : $[1,9]$ – entspricht Gewichtung von 1: nicht so wichtig bis 9: sehr wichtig

$G_i^{\text{ÖVP}}, G_i^{\text{SPÖ}}, G_i^{\text{Martin}}, G_i^{\text{FPÖ}}, G_i^{\text{Grüne}}, G_i^{\text{BZÖ}}, G_i^{\text{JuLis}}, G_i^{\text{KPÖ}}$: $[1,3]$ – entspricht

Gewichtung von 1: weniger wichtig bis 3: sehr wichtig

Das Scoring, d.h. die Übereinstimmung der politischen Positionen für jede Partei und die Userin/den User wird schlussendlich wie folgt ermittelt (n repräsentiert die Anzahl der Fragen; $n=25$):

$$E^{\text{ÖVP}} = \sum_{i=1}^n (A_i^R * A_i^{\text{ÖVP}} * G_i^R * G_i^{\text{ÖVP}})$$

$$E^{\text{SPÖ}} = \sum_{i=1}^n (A_i^R * A_i^{\text{SPÖ}} * G_i^R * G_i^{\text{SPÖ}})$$

$$E^{\text{Martin}} = \sum_{i=1}^n (A_i^R * A_i^{\text{Martin}} * G_i^R * G_i^{\text{Martin}})$$

$$\begin{aligned}
E^{FPÖ} &= \sum^{i=n} (A_i^R * A_i^{FPÖ} * G_i^R * G_i^{FPÖ}) \\
E^{Grüne} &= \sum^{i=n} (A_i^R * A_i^{Grüne} * G_i^R * G_i^{Grüne}) \\
E^{BZÖ} &= \sum^{i=n} (A_i^R * A_i^{BZÖ} * G_i^R * G_i^{BZÖ}) \\
E^{JuLis} &= \sum^{i=n} (A_i^R * A_i^{JuLis} * G_i^R * G_i^{JuLis}) \\
E^{KPÖ} &= \sum^{i=n} (A_i^R * A_i^{KPÖ} * G_i^R * G_i^{KPÖ})
\end{aligned}$$

Stimmt die Position einer Userin/eines Users in einer Frage mit der einer Partei überein, so ist das Teilprodukt $A_i^R * A_i^{Partei}$ positiv. Das Produkt der Gewichtungsparemeter $G_i^R * G_i^X$ bestimmt die Maßgeblichkeit der Frage. Dabei ist die Gewichtung der UserInnen [1,9] dreimal so hoch wie jene der Partei [1,3]. Wird eine Frage durch die Userin / den User nicht beantwortet, so ist das Gesamtprodukt Null und die Frage wird nicht in das Gesamtergebnis mit einbezogen. Die höchste Korrelation, d.h. Übereinstimmung der politischen Position einer Partei und der Userin / des Users wird durch das höchste Scoring E bestimmt:

$$E = \text{Max} \{ E^{\text{ÖVP}}, E^{\text{SPÖ}}, E^{\text{Martin}}, E^{\text{FPÖ}}, E^{\text{Grüne}}, E^{\text{BZÖ}}, E^{\text{JuLis}}, E^{\text{KPÖ}} \}$$

Der mögliche Scoring Wertebereich ist [-675, 675]. Die Visualisierung der Ergebnisse erfolgt mittels Balkengrafiken, in welchen die Übereinstimmungen der Parteien auf Basis der politischen Positionen des Users/der Userin relativ zueinander angezeigt werden.

Forschungslücke und das damit verbundene Forschungsthema gemeinsam mit dem Wahlkabine-Team identifiziert. Die gewünschte Bearbeitung des Themas ergab sich primär durch „gefühlte“ Abweichungen von Antwortprofilen und Wahlkampfpositionen bei früheren Wahlen. Gemeinsam mit dem Team wurde das Forschungsvorhaben strukturiert und geplant.

Die Relevanz der vorliegenden Arbeit ist vor allem durch die noch immer steigende Beliebtheit von Online-Wahlhilfen und deren Bedeutung im Wahlkampf begründet. Österreichische Parteien haben in den letzten Jahren die Reichweite von Wahlkabine erkannt und realisierten auch die Wichtigkeit der dort verfügbaren Antwortprofile. Nun liegt es in der Natur einer Online-Wahlhilfe, dass deren Verwendung einen Internetzugang voraussetzt. Im Vergleich zu Massenmedien wie zum Beispiel dem Fernsehen, ist die Internetnutzung in Österreich bzgl. Alter und höchstem Bildungsabschluss noch immer sehr ungleich verteilt. Obwohl in den letzten Jahren die Internetnutzung in Österreich rapide zugenommen hat, gibt es weiterhin Unterschiede abhängig von der sozialen Zugehörigkeit (z.B. bildungsnahe und bildungsferne Gruppen) und zumindest zum Teil auch vom Alter (siehe Abschnitt 3.1).

Auf Grund der Tatsache, dass nicht alle sozialen Gruppen innerhalb der österreichischen InternetnutzerInnen gleich verteilt sind, lässt sich folgende These ableiten:

Parteien optimieren ihre Wahlkabine-Antwortprofile abweichend von den im Wahlkampf vermittelten Positionen um die Stimmen der dort überrepräsentierten Wählergruppen zu maximieren.

Die These als auch die Forschungsfrage werden in dieser Arbeit im Kontext der Rational Choice Theorie bearbeitet. Die Überprüfung dieser These und die dazu korrespondierende Forschungsfrage stehen im Zentrum dieser Diplomarbeit:

Wie unterscheiden sich im Kontext der Europawahl 2009 (4. bis 7. Juni 2009) die Wahlkabine-Antwortprofile der österreichischen Parteien von deren im Wahlkampf generell kommunizierten politischen Positionen?

Die Forschungsergebnisse sollen zeigen, ob und wie intensiv sich die Positionen der Parteien innerhalb der Wahlkabine-Antwortprofile von den im Wahlkampf vermittelten Positionen unterscheiden. Neben den Positionen zu einzelnen Themen wird, vor allem die Wichtigkeit dieser Themen für die zur Wahl stehenden Parteien, untersucht. D.h. weichen die parteispezifischen Wahlkabine-Fragengewichtungen von der Wichtigkeit, welche die Partei einzelnen Themen im Wahlkampf beimisst, signifikant voneinander ab?

Die vorliegende Arbeit betrachtet zur Beantwortung der Forschungsfrage ausschließlich die österreichische Online-Wahlhilfe Wahlkabine.at. Zeitlich ist die Untersuchung auf die Europawahl 2009 und den damit verbundenen Wahlkampf eingeschränkt. Die Analyse der politischen Positionen im Europawahlkampf 2009 beschränkt sich auf die zur Wahl stehenden Parteien und den Zeitraum von 31. Mai bis 7. Juni 2009. Um die politischen Positionen, der zur Wahl stehenden Parteien zu analysieren, wurden Wahlprogramme, Printmedien, Internetauftritte sowie TV-Auftritte der SpitzenkandidatInnen analysiert und die darin vermittelten Positionen den Antwortprofilen gegenübergestellt.

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass (i) nur ein Teil der Wahlkabine-Fragen tatsächlich im Analysezeitraum von den Medien und Wahlprogrammen behandelt wurde und (ii) die Wahlkabine-Antwortprofile im Kontext der Europawahl 2009 nicht signifikant von den im Wahlkampf vermittelten Positionen abweichen.

Der Einleitung folgend wird im zweiten Kapitel der theoretische Zugang erarbeitet. Insbesondere wird dabei die Rational Choice Theorie erläutert und mit dem konkreten Forschungsthema verbunden.

Im dritten Kapitel sind die Ergebnisse der Umfeldanalyse dargestellt. Basierend auf dem theoretischen Zugang und der Forschungsfrage werden die Internetnutzung in Österreich, die Präsenz der Parteien im Internet und das Internet als Wahlkampfmedium betrachtet. Die Darstellung des innenpolitischen Ereignishintergrundes des Analysezeitraums (31. Mai 2009 bis 7. Juni 2009) zeigt mit welcher Intensität die zuvor erstellten Wahlkabine-Fragen, die vor der Europawahl 2009 tatsächlich in den Medien behandelten Themen, abdecken.

Das vierte Kapitel widmet sich der eigentlichen Analyse der Antwortprofile, beschreibt das verwendete Material und die angewandten Methoden. Wahlkampfpositionen, welche für den Wahlkabine-Fragenkatalog relevant sind, werden

den Antwortprofilen der Partei gegenübergestellt und bzgl. Übereinstimmung bewertet. Die tabellarische Darstellung der Ergebnisse zeigt die Übereinstimmungsgrade für jede zur Europawahl 2009 angetretene Partei.

Während im fünften Kapitel die gewonnenen Analyseergebnisse interpretiert werden, fasst das Schlusskapitel die Argumentation zusammen, beantwortet die Forschungsfragen, erläutert die Grenzen der Arbeit und weist auf mögliche weiterführende Fragestellungen und Weiterentwicklungen hin.

2 Theoretischer Zugang

Theoretisch wird die Arbeit und Forschungsfrage im Rahmen der Rational Choice Theorie und der „Ökonomischen Theorie der Demokratie“ von Anthony Downs (Downs 1968) eingebettet. Parteien agieren rational mit dem Ziel der Stimmenmaximierung. WählerInnen maximieren während der Wahlen ihr Nutzeneinkommen, welches ihnen aus den potentiellen zukünftigen Regierungshandlungen zufließt. In der Argumentation der Rational-Choice Theorie wird das Menschenbild des nutzenmaximierenden Individuums (Homo oeconomicus) zugrundegelegt und folgende Grundannahmen werden getroffen (Thiery 2003, 231):

- Jedes Individuum entscheidet und handelt in jeder Situation rational und ist stets im Stande eine Entscheidung zu treffen. Aus einer Fülle von Optionen wird jene Option gewählt, welche den höchsten Nutzen und die geringsten Kosten verspricht.
- EntscheidungsträgerInnen können nur isolierte oder zusammengeschlossene Individuen sein. Soziale, ökonomische und politische Entscheidungsprozesse sind daher von individuellem Handeln abgeleitet.
- Rationales Verhalten ist von eigennützigen Absichten geleitet. Eigennutz ist dabei nicht von objektiv messbaren sondern von subjektiven Werthaltungen bestimmt. Dabei wird angenommen, dass das Individuum in der Lage ist seine subjektiven Werthaltungen in eine konsistente Ordnung zu bringen (Präferenzbildung). Die Präferenzrangordnung ist dabei transitiv, d.h. wird A gegenüber B bevorzugt und B gegenüber C, so muss auch A gegenüber C bevorzugt werden.
- Das Individuum handelt auch in sozialen Zusammenhängen rational um die individuellen Ziele (z.B. Macht) zu erreichen.

Kurz zusammengefasst kann der Rational Choice Ansatz wie folgt wiedergegeben werden: Das Individuum wählt immer die Handlung, die seinen Nutzen bzw. den

Erwartungswert des Nutzens maximiert. Basierend auf dem Rational Choice Ansatz gelten in der Downsschen ökonomischen Theorie der Demokratie folgende Bedingungen:

- Individuen, d.h. EntscheidungsträgerInnen sind politische Parteien, WählerInnen und sonstige Interessensgruppen (z.B. Gewerkschaften oder Gewerbeverbände).
- Sowohl politische Parteien als auch WählerInnen entscheiden und handeln in jeder Situation rational um ihren Nutzen zu optimieren.
 - Politische Parteien treffen Entscheidungen mit dem Ziel gewählt zu werden.
 - WählerInnen wählen bei periodisch stattfindenden Wahlen mit ihrer Stimme jene Partei, von welcher sie sich das höchste persönliche Nutzeneinkommen erwarten.

In der ökonomischen Theorie der Demokratie werden des Weiteren folgende Annahmen getroffen (Thiery 2003, 223):

- WählerInnen haben bei jeder periodisch stattfindenden Wahl genau eine Stimme.
- Die Mehrheitsregel bestimmt die Regierungsbildung, um die sich zumindest zwei konkurrierende Parteien bewerben.
- Die Zeit zwischen den Wahlen darf von der regierenden Partei nicht dazu genutzt werden, die andere Partei zu behindern oder Wahlperioden zeitlich zu verändern. Die Oppositionspartei darf die regierende Partei nicht mit Gewalt bekämpfen.

Unter diesen Bedingungen ist es das Hauptziel der Parteien, gewählt zu werden. Parteien verwenden politische Ideologien als Mittel zur Erlangung von Macht, haben im Downsschen Modell keine originären inhaltlichen Interessen und sind folglich keine Gesinnungsparteien (Behnke 2006, 475). Für WählerInnen bieten Ideologien eine gute Zusammenfassung von einzelnen Standpunkten. D.h. WählerInnen müssen sich nicht unbedingt bzgl. einzelner Wahlprogrammpunkte informieren, sondern können Parteien nach deren ideologischem Gesamtpaket auswählen. Für die Wählerin/den Wähler sinken

die Kosten der Informationsbeschaffung. Die Wahl, der von einer Partei vertretenen Ideologie, ist dabei nicht unveränderbar. Sollte die gewählte Ideologie im Zeitablauf nicht den gewünschten Wähleranteil anziehen, so kann die verwendete Ideologie durchaus abgewandelt oder ganz abgelegt werden (Reese-Schäfer 2006, 157). In der ökonomischen Theorie der Demokratie von Anthony Downs ist die Wählerin/der Wähler politische/r Konsumentin/Konsument, welche/r auf Basis ihrer/seiner Präferenzen das Parteienangebot prüft und sich in ihren/seinen persönlichen Optimierungsüberlegungen für diejenige Partei entscheidet, welche ihren/seinen Präferenzen am besten entspricht (Hartmann 1997, 209). Sind für die Wählerin/den Wähler zum Beispiel die Höhe der nationalen Bildungsausgaben bedeutend, so müssen vor der Wahl die politischen Programme, der zur Wahl stehenden Parteien bezüglich der angestrebten nationalen Bildungsausgaben überprüft werden. Die Wählerin/der Wähler ordnet die politischen Programme gemäß der Höhe, der darin angestrebten nationalen Bildungsausgaben, auf einer Skala. Niedrige Bildungsausgaben befinden sich im unteren Bereich und hohe Bildungsausgaben befinden sich im oberen Bereich der Skala. Die für die Wählerin/den Wähler optimale Höhe der nationalen Bildungsausgaben wird ebenfalls auf der Skala markiert. Die Präferenzrangordnung der politischen Programme wird somit vom Abstand der darin angestrebten nationalen Bildungsausgaben zur persönlichen Präferenz der Wählerin/des Wählers bestimmt. Kleinere Abstände, egal ob in positiver oder negativer Richtung entsprechen, eher den persönlichen Präferenzen als höhere. Ist die Höhe der Bildungsausgaben das einzige Kriterium, wird die Wählerin/der Wähler im Kontext der ökonomischen Theorie der Demokratie jene Partei wählen, welche den geringsten Abstand zur persönlichen Präferenz aufweist.

Parteien versuchen durch ihre politische Werbung (das Wahlprogramm) alle potentiellen WählerInnen zu erreichen. Dabei müssen sie immer auf die Balance zwischen (a) Anwerbung von WechselwählerInnen oder Randgruppen und (b) Zufriedenstellung der StammwählerInnen achten. Obwohl in Österreich der Anteil der StammwählerInnen seit Mitte der 1980er Jahre zu Gunsten der WechselwählerInnen abnimmt (Pelinka und Rosenberger 2003, 177), sind sie für die österreichischen Parteien eine nicht zu vernachlässigende WählerInnengruppe. Die inhaltliche Dimension der Wahlprogramme verlagert sich somit auf die Nachfrageseite der WählerInnen. Parteien versuchen die Präferenzen der WählerInnen zu erkennen und ihre Wahlprogramme anzupassen. Ist zum Beispiel bekannt, dass im Kontext einer Tiroler Landtagswahl das

Tiroler Transitproblem für die Wählerschaft hohe Relevanz hat, so werden Parteien versuchen die Mehrheitsmeinung in dieser speziellen Frage zu unterstützen, um so WählerInnen auf ihre Seite zu ziehen.

Die vorliegende Diplomarbeit untersucht die Wahlkabine-Antwortprofile der Parteien genau in diesem Kontext. Das heißt, die zu Grunde liegende These geht davon aus, dass Parteien mit dem Ziel der Stimmenmaximierung versuchen, auf internetaffine Wählergruppen (wie auch immer die einzelne Partei diese Wählergruppe definiert) abgestimmte Wahlkabine-Antwortprofile zu erstellen. Die folgende Analyse des Umfelds untermauert diese These durch die Darstellung der bzgl. Alter und Bildungsabschluss inhomogenen Struktur der InternetnutzerInnen in Österreich.

3 Analyse des Umfelds

Im Kontext der zugrunde liegenden Fragestellung und des damit verbundenen theoretischen Zugangs ist eine Analyse des Umfelds unerlässlich. Um die hinter der Forschungsfrage stehende These zu begründen, analysiert dieses Kapitel die Internetnutzung in Österreich, die Präsenz der österreichischen Parteien im Internet und das Internet als Wahlkampfmedium. Global gesehen hat das Internet Einfluss auf die Praxis der Politikvermittlung, die Nutzung politischer Informationsangebote, Partizipation am politischen Prozess, sowie verwaltungstechnische Abläufe (Filzmaier 2004, 103). Im politischen Kontext ist zwischen Informations-, Kommunikations- und Transaktionsfunktionen des Internets zu unterscheiden (Filzmaier 2004, 103). Während Informationsdienste, wie zum Beispiel tagesaktuelle Online-Medien, oder Behördenwegweiser nur Information bereitstellen, wurden Kommunikations- und Transaktionsdienste zur Interaktion bzw. Abwicklung politischer Prozesse entwickelt. Allgemeine Diskussionsforen oder Wahlkampagnen sind Beispiele für Kommunikationsfunktionen, während zum Beispiel Meinungsumfragen oder Online-Amtswege den Transaktionsdiensten zugeordnet werden können. Die Wahlkabine ist nicht ausschließlich einer Funktion zuordenbar, sondern stellt alle drei Funktionen bereit:

- Informationsfunktion (Information wird bereitgestellt)
 - Veröffentlichung der Antwortprofile
 - Bereitstellung von allgemeiner und spezifischer Wahlinformation
 - Definition und Erklärung von politikrelevanten Begriffen (Glossar)
- Kommunikationsfunktion (Information wird ausgetauscht)
 - Feedback – UserInnen haben die Möglichkeit allgemeines und fragenspezifisches Feedback an das Wahlkabine-Team zu senden
- Transaktionsfunktion (Information wird verarbeitet)
 - Ausfüllen des Fragebogens, die damit verbundene Auswertung und Ergebniserläuterung

3.1. Internetnutzung in Österreich

Zur Analyse der Internetnutzung in Österreich wurden der Austrian Internet Monitor Bericht (Integral 2009) von Integral Markt- und Meinungsforschung verwendet. Der Austrian Internet Monitor (Consumer Ausgabe) gibt seit 1996 Einblick in das Nutzungsverhalten der österreichischen Bevölkerung. Basis sind 12.000 telefonische Interviews (CATI) pro Jahr bzw. 3.000 pro Quartal. Die Befragung inkludiert einen repräsentativen Querschnitt der österreichischen Bevölkerung ab 14 Jahren.

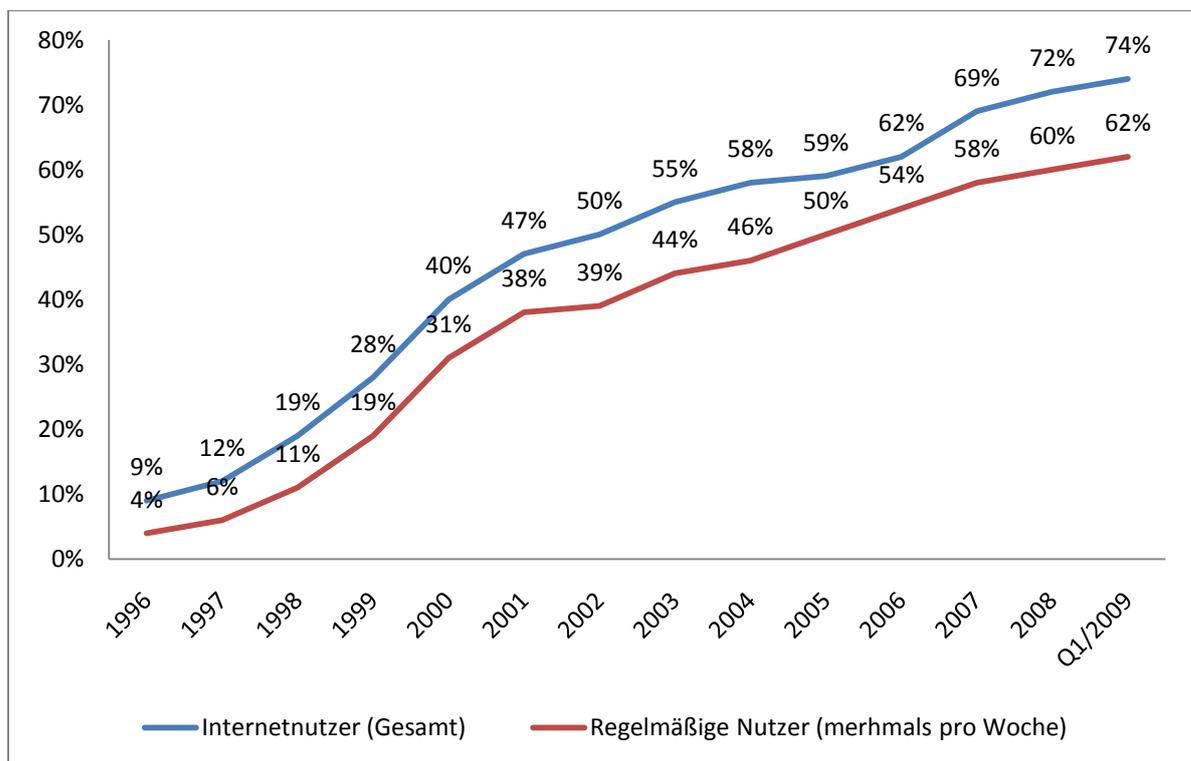


Abbildung 2: Internetnutzung seit 1996 (Integral 2009)

Abbildung 2 zeigt die Internetnutzung in Österreich seit 1996. Im ersten Quartal 2009 nutzen 74% der Befragten das Internet und 62% können als regelmäßige NutzerInnen, das heißt mehrmalige Nutzung innerhalb einer Woche, eingestuft werden. Am häufigsten wird das Internet für den Versand und den Empfang von privaten E-Mails (80% der befragten InternetnutzerInnen in Q1/2009) sowie den Zugriff auf aktuelle Nachrichten und Informationen (65% der befragten InternetnutzerInnen in Q1/2009) verwendet. Für den Kontakt mit Ämtern und Behörden nutzen nur 41% der befragten InternetnutzerInnen das Internet.

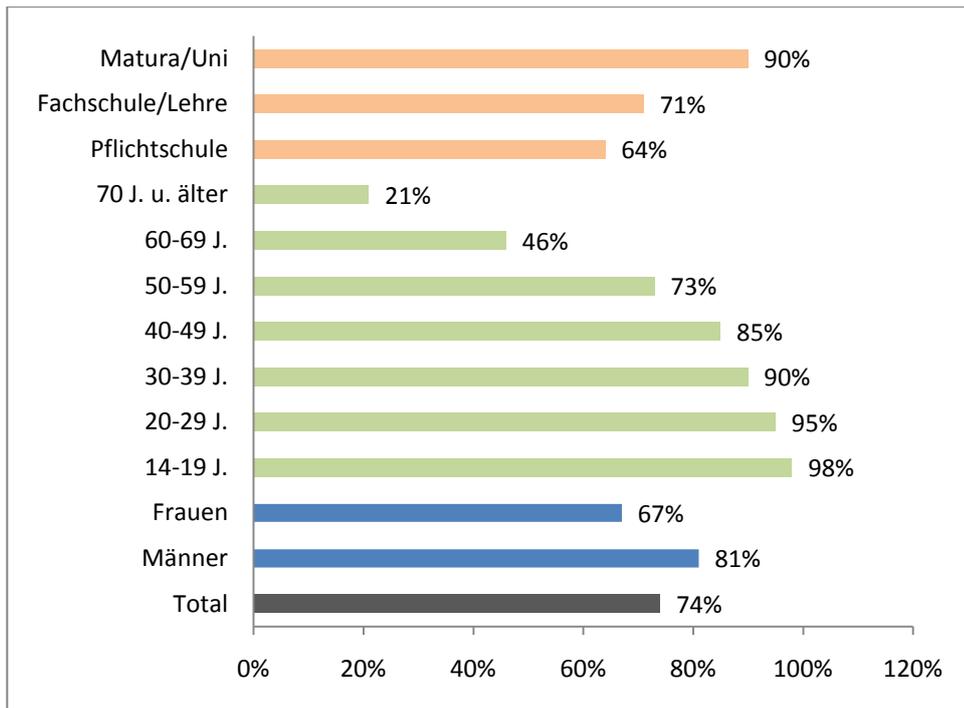


Abbildung 3: Internetnutzung nach Zielgruppen (Integral 2009)

Abbildung 3 zeigt die Internetnutzung nach Zielgruppen auf Basis der befragten Personen. Dabei gaben 81% der Männer und 67% der Frauen an, das Internet unregelmäßig oder regelmäßig zu nutzen. Für die vorliegende Arbeit sind besonders die Verteilungen innerhalb der Altersgruppen und Bildungsabschlüsse interessant. Besonders hoch ist mit 98% die Internetnutzung der 14- bis 19-jährigen sowie der 20- bis 29-jährigen (95%). Relativ gering wird das Internet in Österreich von über 70-jährigen verwendet (21%). Bezüglich der höchsten Bildungsabschlüsse gaben 90% der Befragten mit Matura oder Universitätsabschluss an, das Internet zu nutzen. Deutlich kleiner ist diese Zahl bei den Befragten, welche eine Lehre (71%) oder die Pflichtschule (64%) als höchsten Bildungsabschluss angegeben hatten.

Der relativ hohe Grad der Internetnutzung in Österreich und die überdurchschnittliche Nutzung durch junge Gruppen, welche einen höheren Bildungsabschluss aufweisen, lässt sehr grobe Rückschlüsse auf die NutzerInnen der Wahlkabine zu. Da keine empirischen Untersuchungen bzgl. Alter und Bildungsabschluss von Wahlkabine-NutzerInnen existieren, kann deren Strukturierung nur vermutet und grob eingrenzt werden.

Im Kontext der Rational Choice Theorie wird in dieser Arbeit davon ausgegangen, dass Parteien die Struktur der österreichischen InternetnutzerInnen kennen und davon

ausgehend Rückschlüsse auf die Wahlkabine-NutzerInnen ziehen und ihre Antwortprofile dahingehend optimieren. In wieweit Parteien ihre Webpräsenz für potentielle Zielgruppen gestalten, wird im folgenden Abschnitt untersucht.

3.2. Präsenz der Parteien im Internet

Die steigende Bedeutung des Internets als effizientes Kommunikations- und Wahlkampfmedium veranlasst immer mehr Parteien ihre Präsenz im Internet auszubauen. In Österreich sind alle Parlamentsparteien seit 1998 mit eigenen Seiten im Internet vertreten (Filzmaier 2004, 127). Im Wahljahr 1999 wurde das Internet in Österreich zum ersten Mal als Kampagneninstrument verwendet, seit den Nationalratswahlen 2002 ist es fixer Bestandteil der Wahlkämpfe (Filzmaier 2004, 128).

Im Zuge der Analyse wurden die Internetseiten, der zur Europawahl 2009 antretenden Parteien, nach Wahlprogrammen durchsucht. Dabei fiel der starke Trend zu Interaktivität und Kollaboration (Web 2.0²) auf. Speziell SPÖ, ÖVP und Grüne waren mit Angeboten auf YouTube³ (Videoplattform), Flickr⁴ (Fotoplattform) und Facebook⁵ (Aufbau und Pflege sozialer Kontakte) vertreten. BZÖ und FPÖ waren mit Videoangeboten, welche bei YouTube bereitgestellt wurden, vertreten. Die Grünen, KPÖ und die Jungen Liberalen (JuLis) waren zusätzlich zu YouTube, Flickr und Facebook auch auf Twitter⁶ (Kurzrichtendienst) vertreten (siehe Abbildung 4). Liste Martin hatte keine der genannten Dienste im Einsatz. Eine E-Mail Anfrage ergab, dass der zuständige Mitarbeiter der Liste Martin aus gesundheitlichen Gründen während der Europawahl 2009 nicht in der Lage war den „Web 2.0 Auftritt“ der Liste zu organisieren (siehe Anhang 10.2). Es wird allerdings bereits an einem neuen Webauftritt, welcher auch Web 2.0 Angebote einschließen soll, gearbeitet.

² Der Begriff Web 2.0 ist bis heute nicht eindeutig definiert und bezieht sich bereits seit seiner ersten Nennung im Jahr 2003 auf unterschiedliche Aspekte des sich seit den 1980er Jahren ständig verändernden World Wide Webs. Im Kontext dieser Arbeit bezieht sich der Begriff Web 2.0 auf die heute für die Durchschnittsnutzerin / den Durchschnittsnutzer verfügbaren und einfach zu verwendenden interaktiven und kollaborativen Elemente des World Wide Webs (z.B. Blogs, Videoplattformen, Fotoplattformen, soziale Netzwerkplattformen wie zum Beispiel Facebook oder Xing).

³ YouTube: <http://www.youtube.com>

⁴ Flickr: <http://www.flickr.com>

⁵ Facebook: <http://www.facebook.com>

⁶ Twitter: <http://www.twitter.com>

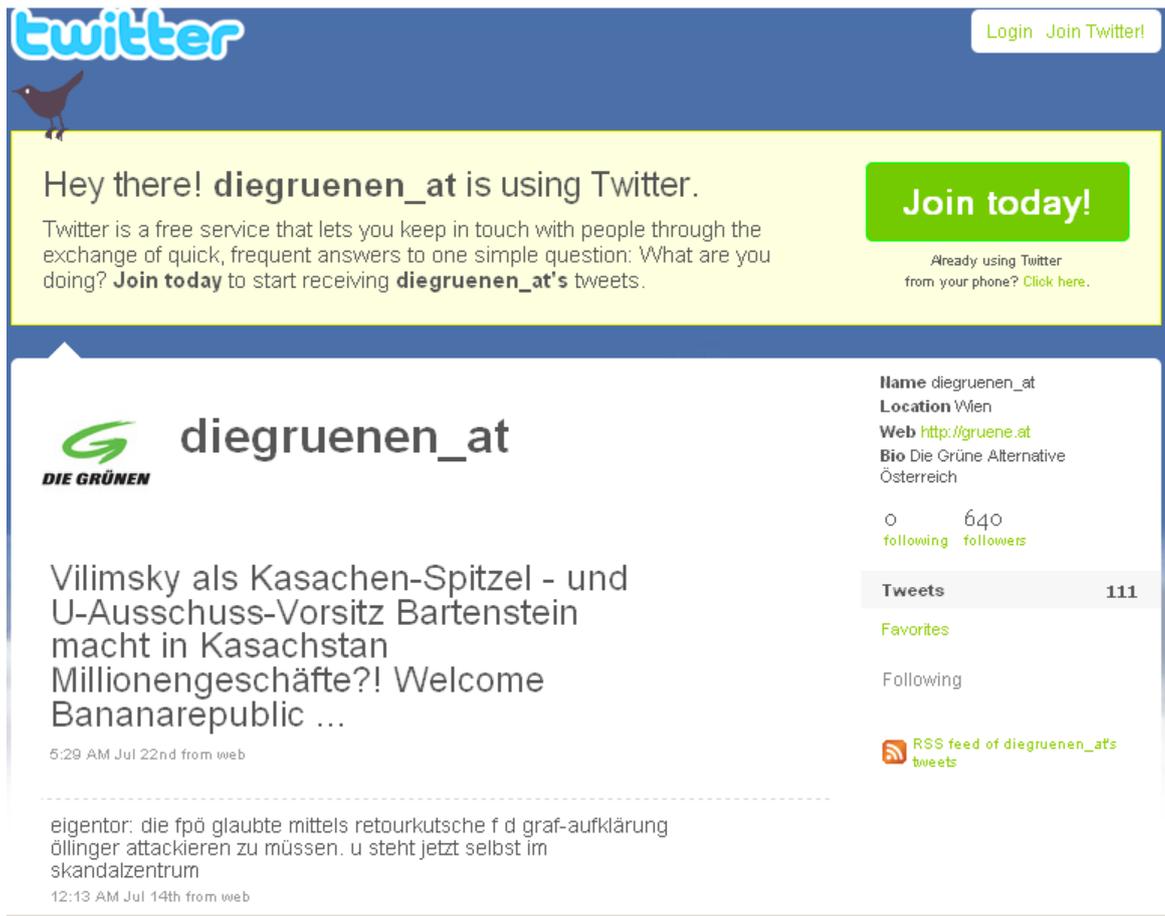


Abbildung 4: Twitter Auftritt der Grünen (Twitter 2009)

3.3. Das Internet als Wahlkampfmedium

Das Internet kann in vielerlei Hinsicht als Wahlkampfmedium genutzt werden. Die folgende Aufstellung wurde von (Filzmaier 2004, 132) abgeleitet und beansprucht keine Vollständigkeit. Filzmaiers Aufstellung wurde durch den Autor um eine Dimension, welche die Art der Kommunikation beschreibt, erweitert:

- (i) Informationsangebote, d.h. die Partei stellt Information bereit und die potentielle Wählerschaft ist nur in der Lage diese zu konsumieren, jedoch keine Rückmeldung zu geben, und
- (ii) Kommunikationsangebote, d.h. Informationsangebote bei welchen die potentielle Wählerschaft reagieren kann (z.B.: Chats).

- Informationsangebote
 - E-Mail-Zielgruppenkampagne
 - Virtuelle Kampagnentagebücher (Blogs)

- Online-Befragungen
 - Video-Angebote
 - Themenspezifische Informationsangebote
 - News-Angebote
 - Online-Wahlkampfzeitung
 - Politische Werbung (z.B. Bannerwerbung, Wahlkampflogos, etc.)
 - Negative Campaigning
- Kommunikationsangebote
 - Chats mit KandidatInnen
 - Spendensammlung
 - Organisationsbildung
 - Sammlung von Unterstützungserklärungen

Im Zuge der Europawahl 2009 haben größere Parteien (SPÖ, ÖVP) die Informationsangebote und Teile der Kommunikationsangebote sehr stark ausgebaut. Kleinere Parteien (FPÖ, Grüne, Liste Martin, JuLis, KPÖ) hingegen boten neben den Basisinformationsangeboten (politische Werbung, News-Angebote) vermehrt Kommunikationsangebote (Spendensammlung, Sammlung von Unterstützungserklärungen) an.

Das einzige Element, welches wirkliche sachliche Wählerbeteiligung zulässt, der Chat mit KandidatInnen, wurde zwar von manchen Parteien angeboten, doch ist die Qualität des Chats und der dort veröffentlichten Fragen und Antworten aufgrund der Parteikontrolle fraglich. Die Wahlkampfanalyse, welche im Zuge dieser Arbeit durchgeführt wurde, zeigte, dass das Internet eine kritische Auseinandersetzung mit den politischen Positionen der SpitzenkandidatInnen zwar nicht auf Parteiinternetseiten, aber sehr wohl auf den Internetauftritten großer Tageszeitungen zulässt. Neben den vermittelnden Informationskanälen TV, Zeitung und Radio besteht damit die Möglichkeit zum breit angelegten Informationsaustausch zwischen Wählerschaft und PolitikerIn. Die Tageszeitungen Der Standard, Salzburger Nachrichten und Die Presse boten auf ihren Internetseiten die Möglichkeit, sich mit allen zur Europawahl 2009 antretenden SpitzenkandidatInnen auszutauschen. Die Gefahr einer möglichen Fragenzensur war durch die große Öffentlichkeit und Unabhängigkeit der Tageszeitungen gering. Verglichen zu Interviews in TV, Zeitung und Radio war es bei diesen Online-Chats

möglich, konkrete Fragen zu vorher nicht bekannten Themenbereichen direkt an die SpitzenkandidatInnen zu stellen. Bei allen drei Tageszeitungen standen die SpitzenkandidatInnen den WählerInnen für eine Stunde zur Verfügung. Im Kontext der Wahlkabine-Antwortprofilanalyse bieten Online-Chats eine gute Möglichkeit die politischen Positionen der SpitzenkandidatInnen abseits der in den Massenmedien behandelten Themen zu untersuchen.

3.4. Politischer Ereignishintergrund

In diesem Abschnitt wird der innenpolitische Ereignishintergrund des Analysezeitraums (31. Mai 2009 bis 7. Juni 2009) im Überblick dargestellt. Relevante politische Ereignisse wurden durch eine gezielte Suche im Archiv der Website diePresse.com⁷ erhoben. Das diePresse.com-Archiv wurde aus Gründen der Verfügbarkeit gewählt. Die Onlinearchive anderer Tageszeitungen waren nur mit entsprechenden Zugangsberechtigungen verwendbar. Als Suchzeitraum wurde dabei 31. Mai 2009 bis 7. Juni 2009 und als Ressort „Politik“ definiert. Da die Wahlkabine-Fragen sich ausschließlich auf die politischen Positionen der Parteien beziehen und diese zumindest im Ressort „Politik“ veröffentlicht werden, wurden sonstige Ressorts (z.B.: „Wirtschaft“ oder „Panorama“) nicht untersucht. Nachdem die 198 Ergebnisartikel thematisch gruppiert und Nicht-Innenpolitik Artikel aussortiert wurden, flossen die umfangreichsten Gruppen in diese Beschreibung des politischen Ereignishintergrunds ein. Die Darstellung des politischen Ereignishintergrundes zeigt, dass der im Vorfeld erstellte Wahlkabine-Fragenkatalog naturgemäß nur einen Teil der kurz vor der Europawahl in den Medien behandelten Themen abdecken konnte.

Auf österreichischer Ebene konnte vor allem die FPÖ die Aufmerksamkeit der Medien und politischen Mitbewerber auf sich ziehen. Die Diskussion rund um den FPÖ Nationalratspräsidenten Martin Graf aufgrund dessen Verbalattacken gegen den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, Ariel Muzicant wurde im untersuchten Zeitraum insgesamt sieben mal thematisiert (2x 31.5.09, 1x 2.6.09, 3x 3.6.09, 1x 5.6.09 und 1x 6.6.09). Die steigende Kriminalität und das damit verbundene gesunkene subjektive Sicherheitsgefühl der österreichischen Bevölkerung wurden am 31.5.09 und am 3.6.09 thematisiert. Die Frage nach dem Assistenzeinsatz des Bundesheeres sowie die

⁷ Presse.com Archiv: <http://diepresse.com/user/search.do?detailForm=true&switch=true&showDetailForm=true>

Wiedereinführung der Ostgrenzen war ebenfalls Gegenstand der Diskussion. Die EU Asylregelung wurde am 1.6.09 und am 2.6.09 thematisiert. Die österreichische Innenministerin Maria Fekter sprach sich gegen eine liberalere Asylregelung in der EU aus.

Themen, welche vorwiegend in den analysierten Interviews mit den SpitzenkandidatInnen identifiziert werden konnten, waren: Einführung einer Finanztransaktionssteuer vor dem Hintergrund der Finanzkrise und die EU Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

4 Analyse der Antwortprofile

Um die Forschungsfrage zu operationalisieren werden sowohl qualitative als auch quantitative Methoden angewandt, um die Antwortprofile mit den im Wahlkampf vermittelten politischen Positionen der Parteien zu vergleichen. Dieser Abschnitt beschreibt das für die Analyse verwendete Material, die angewandten Methoden, die eigentliche Analyse sowie die daraus gewonnenen Ergebnisse.

4.1. Material

Im Zentrum der Untersuchung stehen die Wahlkabine-Antwortprofile der österreichischen zur Europawahl 2009 angetretenen Parteien (SPÖ, ÖVP, Grüne, FPÖ, BZÖ, JuLis, Liste Martin und KPÖ). Die Antwortprofile jeder Partei beziehen sich auf die folgenden, vom Wahlkabine-Redaktionsteam erstellten, Fragen. Um die Positionen innerhalb der Antwortprofile effizient mit jenen innerhalb des Wahlkampfes abzugleichen, wurde jede Frage -- durch den Autor dieser Arbeit -- in die Kategorien Krise, Bildung, Jugend, Terror, Menschenrechte, Energie, EU, Homosexualität, Rauchen, Medizin, Kriminalität, Asyl, Lebensmittel, Militär, Türkei, Verkehr und Klima eingeordnet. Die Kategorien spiegeln die Grundthematik der Frage verkürzt wieder und erlaubten eine für den Autor sinnvolle Gruppierung der Fragen. Bei der Kategorisierung ging es nicht um die Erarbeitung allgemein gültiger und nachvollziehbarer Kategorien, sondern primär um einen Arbeitsbehelf zur schnellen Kategorisierung von Wahlkampfpositionen, ohne diese mit jeder einzelnen Wahlkabine-Frage abgleichen zu müssen.

Frage 1. KRISE - Soll die EU Unternehmen finanziell unterstützen, damit die Beschäftigten durch Kurzarbeit vor Arbeitslosigkeit bewahrt werden können?

Frage 2. BILDUNG - Sollen europaweit Lehrpläne und Bildungsstandards im Schulbereich angeglichen werden, um den Schulbesuch in anderen Ländern zu erleichtern?

Frage 3. BILDUNG - Soll der freie Zugang zu Universitäten in jedem Mitgliedsstaat für alle EU-Bürger und Bürgerinnen uneingeschränkt möglich sein?

- Frage 4. JUGEND - Soll die EU zum Schutz der Jugend die Mitgliedsstaaten dazu verpflichten, die Verbreitung und das öffentliche Zugänglichmachen von Computer- und Videospiele mit gewalttätigen Inhalten strafrechtlich zu verfolgen?
- Frage 5. KRISE - Soll die krisenbedingte Finanzhilfe für die Automobilindustrie gestoppt werden, um stärker in die EU-weite Forschung in Zukunftstechnologien zu investieren?
- Frage 6. TERROR - Sollen zur Terrorismusbekämpfung auf Flughäfen innerhalb der EU die Sicherheitsvorkehrungen verschärft werden (z.B. durch Einsatz von so genannten "Nacktscannern")?
- Frage 7. MENSCHENRECHTE - Soll die EU im Falle von Menschenrechtsverletzungen in Nicht-EU-Ländern wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen verhängen?
- Frage 8. ENERGIE - Sollen EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, einander im Falle von Erdgas-Lieferschwierigkeiten zu unterstützen?
- Frage 9. EU - Sollen bei den Wahlen zum EU-Parlament Kandidaten und Kandidatinnen aus anderen Mitgliedsstaaten wählbar sein?
- Frage 10. EU - Soll die Möglichkeit bestehen, europaweite Abstimmungen durchzuführen (z.B. zum Reformvertrag)?
- Frage 11. HOMOSEXUALITÄT - Sollen homosexuelle Paare in allen EU-Staaten heiraten können?
- Frage 12. KRISE - Sollen EU-weit Unternehmen zur Offenlegung der Management-Gehälter verpflichtet werden, um Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen entgegenzuwirken?
- Frage 13. RAUCHEN - Soll EU-weit ein generelles Rauchverbot in Gastronomieeinrichtungen durchgesetzt werden?
- Frage 14. MEDIZIN - Soll medizinische Sterbehilfe für unheilbar Kranke EU-weit legalisiert werden?
- Frage 15. EU - Soll die EU kritische Kunstformen, die in den Nationalstaaten zu wenig Unterstützung finden, stärker fördern?
- Frage 16. KRIMINALITÄT - Soll die EU im Rahmen ihrer Kriminalitätsbekämpfung gegen Internetseiten vorgehen, die zu rassistischer Ausgrenzung und Gewalt anstiften?
- Frage 17. ASYL - Soll die EU mit militärischen Mitteln (See- und Luftpatrouillen) Flüchtlinge aus Afrika daran hindern, auf dem Seeweg in Länder der EU zu gelangen?
- Frage 18. LEBENSMITTEL - Soll die EU Lebensmittel aus ökologischem Anbau verstärkt fördern, selbst wenn dies für Österreich höhere Mitgliedsbeiträge bedeutet?
- Frage 19. EU - Soll es einen gemeinsamen Außenminister bzw. eine gemeinsame Außenministerin der EU geben?
- Frage 20. MILITÄR - Soll sich die EU in Konfliktregionen auf humanitäre Einsätze beschränken?
- Frage 21. TÜRKEI - Soll die Türkei der EU beitreten dürfen, wenn sie alle formalen Kriterien für einen Beitritt erfüllt?
- Frage 22. KLIMA - Soll EU-weit eine höhere Besteuerung des Treibstoffs von Flugzeugen eingeführt werden?
- Frage 23. VERKEHR - Soll die EU Sicherheitsvorschriften im Straßenverkehr vereinheitlichen (wie z.B. einheitliche Tempolimits, Alkoholverbot)?
- Frage 24. KRISE - Soll angesichts der Krise auf den Finanzmärkten die EU den neuen Mitgliedsstaaten (z.B. Rumänien, Bulgarien) eine größere finanzielle Unterstützung als bisher zusichern?

Frage 25. KRISE - Soll die EU ein System mit verbindlichen Sanktionsmechanismen in der Finanzmarktaufsicht schaffen?

Jede zur Europawahl 2009 angetretene österreichische Partei beantwortete den Fragenkatalog und sendete das Antwortprofil (Ja/Nein inkl. Kommentar und Gewichtung von 1-3) an das Wahlkabine-Redaktionsteam zurück.

Im Zuge dieser Analyse wurden die Antwortprofile der Parteien am 9. Mai 2009 von <http://wahlkabine.at/wahlkabine/eu2009/standpunkte> entnommen. Anhang 10.1 zeigt die Antwortprofile im Detail. Um die politischen Positionen der Parteien und SpitzenkandidatInnen im Wahlkampf zu analysieren wurden die folgenden Informationsquellen untersucht:

- Wahlprogramme zur Europawahl 2009 angetretenen Parteien
- Von 31. Mai 2009 bis 7. Juni 2009 österreichweit erschienene Printmedien
- Österreichische Onlinemedien
- TV Interviews der SpitzenkandidatInnen

Alle Quellen (ausgenommen jene, welche aus Printmedien entnommen wurden) ist durch einen in eckigen Klammern ([...]) stehenden Code gekennzeichnet. Der Code wird in Abschnitt 4.3 zur Codierung der Herkunft der einzelnen Analyseeinheiten verwendet. Aufgrund der Fülle der analysierten Printmedien wird in Abschnitt 4.3 immer vollständig auf die genaue Ausgabe und Seite des Printmediums verwiesen. Insgesamt wurden 84 Quellen untersucht (für genaue Verteilung nach Typen siehe Abbildung 5).

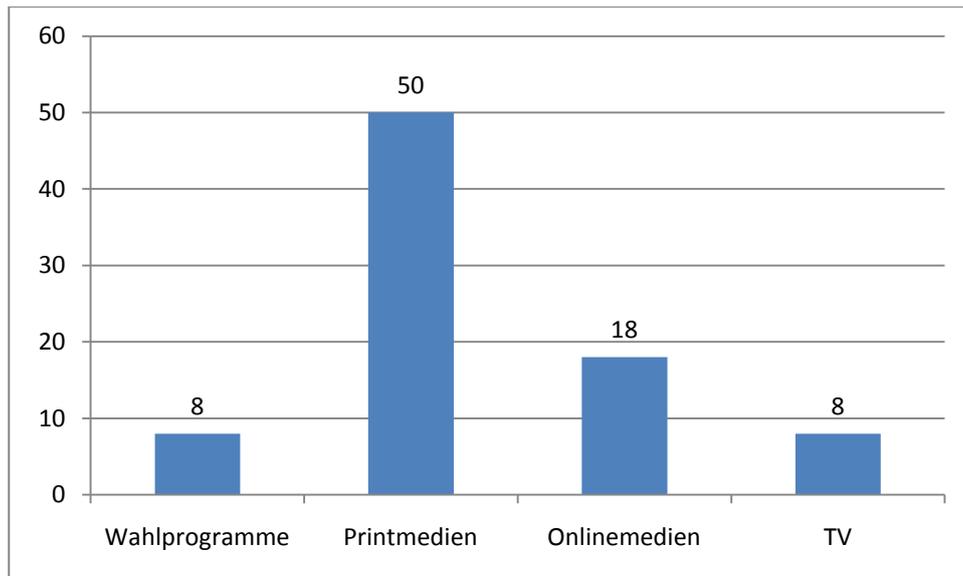


Abbildung 5: Anzahl der analysierten Quellen (nach Typ)

4.1.1. Wahlprogramme

In die Analyse mit einbezogen wurden acht Wahlprogramme (die Reihung der Parteien bezieht sich auf das Ergebnis der Europawahl 2009):

- [WAHLPROGRAMM_ÖVP] Wahlmanifest zur Europawahl 2009
- [WAHLPROGRAMM_SPÖ] Wahlmanifest – Wahl zum Europäischen Parlament 2009
- [WAHLPROGRAMM_MARTIN] „Nur er kontrolliert die Mächtigen“ (Flugblatt)
- [WAHLPROGRAMM_FPÖ] Echte Volksvertreter statt EU-Verräter, Tag der Abrechnung am 7. Juni 2009 (Folder)
- [WAHLPROGRAMM_GRÜNE] Vorwärts Grün!
- [WAHLPROGRAMM_BZÖ] „Ein Europa für Bürger“ – Leitantrag
- [WAHLPROGRAMM_JULIS] Dafür stehen wir: Das Programm der Jungen Liberalen zur EP-Wahl 2009
- [WAHLPROGRAMM_KPÖ] Wahlaufruf der KPÖ für die Europaparlamentswahl 2009

Es ist anzumerken, dass es nicht bei jeder Partei möglich war, ein Wahlprogramm im herkömmlichen Sinn zu beziehen. Aus diesem Grund mussten die einzelnen Positionen stattdessen aus vorhandenen Flugblättern und Foldern entnommen werden.

4.1.2. Printmedien

Die Printmedienanalyse umfasst die österreichweiten Tageszeitungen mit den höchsten Reichweiten:

- Neue Kronen Zeitung (41,9%)
- Österreich (10%)
- Kurier (8,9%)
- Der Standard (5,5%)
- Die Presse (3,4%)
- Wirtschaftsblatt (1,5%)
- Heute

Die Stichprobe der ausgewählten Tageszeitungen deckt 71,2% an Nettoreichweite im österreichischen Tageszeitungssektor ab (Media Analyse 2008). Zusätzlich wurden die politisch relevanten Wochenzeitungen mit den höchsten Reichweiten analysiert:

- News (12%)
- Profil (5,7%)
- Format (2,4%)
- Falter (1,2%)

Alle Ausgaben von 31. Mai 2009 bis 7. Juni 2009 wurden in die Analyse mit einbezogen. Wahlwerbungen und Interviews mit SpitzenkandidatInnen wurden dabei analysiert, um deren Inhalte mit den Wahlkabine-Antwortprofilen abzugleichen. Nur Wahlwerbungen und Interviews in die Analyse aufzunehmen ist mit der Unverfälschtheit, der darin vermittelten Positionen, begründet. In die Analyse mit einbezogen wurden folgende insgesamt 50 Ausgaben:

- **Neue Kronen Zeitung:** 31. Mai 2009 (4W), 2. Juni 2009, 3. Juni 2009 (2W), 4. Juni 2009 (2W), 5. Juni 2009 (2W), 6. Juni 2009 (5W), 7. Juni 2009 (2W)
- **Kurier:** 31. Mai 2009 (2W), 2. Juni 2009 (1W), 3. Juni 2009, 4. Juni 2009, 5. Juni 2009 (2W), 6. Juni 2009 (4W), 7. Juni 2009 (2W, 3I)

- **Österreich:** 31. Mai/1. Juni 2009 (4W, 2I), 2. Juni 2009 (1W, 2I), 3. Juni 2009 (2W), 4. Juni 2009 (1W), 5. Juni 2009 (3W), 6. Juni 2009 (6W, 6I)
- **Der Standard:** 30./31. Mai / 1. Juni 2009 (2W), 2. Juni 2009, 3. Juni 2009 (1W), 4. Juni 2009, 5. Juni 2009, 6./7. Juni 2009 (3W)
- **Die Presse:** 31. Mai/1. Juni 2009 (2W), 2. Juni 2009 (1I), 3. Juni 2009, 4. Juni 2009 (1I), 5. Juni 2009 (2W, 1I), 6. Juni 2009 (1W), 7. Juni 2009 (1W)
- **Wirtschaftsblatt:** 2. Juni 2009 (1W), 3. Juni 2009, 4. Juni 2009, 5./6. Juni 2009 (1W)
- **Wiener Zeitung:** 2. Juni 2009, 3. Juni 2009, 4. Juni 2009, 5. Juni 2009 (2I), 6. Juni 2009
- **Heute:** 2. Juni 2009 (3W), 3. Juni 2009 (2W), 4. Juni 2009 (2W), 5. Juni 2009 (5W)
- **Falter:** Nr. 23/09, 3. Juni 2009 (1W)
- **Profil:** Nr. 23 40. Jg., 29. Mai 2009 (3W)
- **Format:** Nr. 23, 5. Juni 2009 (1W)
- **News:** Nr. 23, 4. Juni 2009 (2W)

Trefferquote

Tabelle 1 zeigt die Analyseeinheiten im Überblick. Für jede Tageszeitung wurden die analysierten Wahlwerbungen (W) und Interviews mit SpitzenkandidatInnen (I) analysiert. Die geklammerte Zahl repräsentiert die Anzahl jener Analyseeinheiten, welche mit Teilen der Wahlkabine-Antwortprofile abgeglichen werden konnten.

	Krone		Kurier		Österreich		Der Standard		Die Presse		Wirtschaftsblatt		Wiener Zeitung		Heute		Falter		Profil		Format		News		
	W	I	W	I	W	I	W	I	W	I	W	I	W	I	W	I	W	I	W	I	W	I	W	I	
ÖVP	4	-	6	-	3	2	3	-	4	1	2	-	-	1	2	-	-	-	-	1	-	-	-	1	-
SPÖ	4	-	1	1	4	2	2	-	2	1	-	-	-	1	4	-	-	1	-	1	-	1	-	1	-
				(1)		(1)				(1)															
Liste Martin	-	-	-	1	2	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
FPÖ	7	-	3	1	2	1	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	(3)		(2)												(1)										
Grüne	-	-	1	-	1	1	1	-	-	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
BZÖ	2	-	-	-	5	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	(2)				(3)																				
JuLis	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
KPÖ	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Tabelle 1: Printmedien Trefferquote

4.1.3. Onlinemedien

Für die Onlinemedienanalyse wurden im Zeitraum von 31. Mai 2009 bis 7. Juni 2009 18 europawahlspezifische Angebote von ORF.at, DiePresse.com und DerStandard.at untersucht. Der Analysezeitraum schloss, die Analyse von zuvor veröffentlichten und noch verfügbaren Quellen, nicht aus.

- **ORF.at – EU Wahl 2009:** <http://euwahl09.orf.at>
 - [FUTUREZONE] futurezone.orf.at: Parteien zur EU-Wahl: Gewalt Games (23.5.2009)⁸

- **DiePresse.com – Mein Parlament:** <http://meinparlament.diepresse.com/>
 - [PRESSEPARLAMENT_MÖLZER] DiePresse.com – MeinParlament: Mölzer⁹
 - [PRESSEPARLAMENT_LUNACEK] DiePresse.com – MeinParlament: Lunacek¹⁰
 - [PRESSEPARLAMENT_STRASSER] DiePresse.com – MeinParlament: Strasser¹¹
 - [PRESSEPARLAMENT_SWOBODA] DiePresse.com – MeinParlament: Swoboda¹²

- **DiePresse.com – Chat:** <http://www.diepresse.com/chat>
 - [PRESSECHAT_STRASSER] DiePresse.com: Strasser im Chat: „EU muss selbstbewusster werden“ (14.5.2009)¹³
 - [PRESSECHAT_SWOBODA] DiePresse.com: Swoboda: „Man kann nicht immer den ersten Platz haben“ (18.5.2009)¹⁴

⁸ Futurezone.orf.at, Parteien zur EU-Wahl: Gewalt Games: <http://futurezone.orf.at/stories/1603555/>, letzter Zugriff: 2.6.2009

⁹ DiePresse.com: Andreas Mölzer: http://meinparlament.diepresse.com/andreas_moelzer-10776-22259.html, letzter Zugriff 31.7.2009

¹⁰ DiePresse.com: Mag. Ulrike Lunacek: http://meinparlament.diepresse.com/mag_ulrike_lunacek-10776-22274.html, letzter Zugriff 31.7.2009

¹¹ DiePresse.com: Dr. Ernst Strasser: http://meinparlament.diepresse.com/dr_ernst_strasser-10776-22218.html, letzter Zugriff 31.7.2009

¹² DiePresse.com: Dr. Hannes Swoboda: http://meinparlament.diepresse.com/dr_hannes_swoboda-10776-22176.html, letzter Zugriff 31.7.2009

¹³ DiePresse.com: Strasser im Chat: http://diepresse.com/home/chat/479180/index.do?vl_backlink=/home/chat/index.do, letzter Zugriff 31.7.2009

- [PRESSECHAT_LUNACEK] DiePresse.com: Lunacek: „United States of Europe gefällt mir“ (25.5.2009)¹⁵
 - [PRESSECHAT_MÖLZER] DiePresse.com: Mölzer: „Bin kein politischer Wendehals“ (27.5.2009)¹⁶
 - [PRESSECHAT_STADLER] DiePresse.com: Stadler: „FPÖ mit Vollgas in die Nazi-Sackgasse“ (28.5.2009)¹⁷
 - [PRESSECHAT_MARTIN] DiePresse.com: Hans-Peter Martin: „EU-Fraktionen wie Zwangsjacken“ (2.6.2009)¹⁸
- **DerStandard.at - Chat: <http://derstandard.at/?ressort=ipoeuwahlen>**
 - [STANDARDCHAT_LUNACEK] DerStandard.at – Chats zur Europawahl: Lunacek: „Wenn wir die EU nicht hätten, müssten wir sie erfinden“ (12.5.2009)¹⁹
 - [STANDARDCHAT_MÖLZER] DerStandard.at – Chats zur Europawahl: Mölzer: „Kulturkampf zwischen Christentum und militantem Zuwanderungsislam“ (13.5.2009)²⁰
 - [STANDARDCHAT_MÜLLNER] DerStandard.at – Chats zur Europawahl: JuLis: „Wir sind keine Anarchokapitalisten“ (18.5.2009)²¹
 - [STANDARDCHAT_STADLER] DerStandard.at – Chats zur Europawahl: Stadler: „Das BZÖ teilt nicht in gut und schlecht“ (25.5.2009)²²

¹⁴ DiePresse.com: Swoboda: http://diepresse.com/home/chat/480241/index.do?_vl_backlink=/home/chat/index.do, letzter Zugriff 31.7.2009

¹⁵ DiePresse.com: Lunacek: http://diepresse.com/home/chat/481960/index.do?_vl_backlink=/home/chat/index.do, letzter Zugriff 31.7.2009

¹⁶ DiePresse.com: Mölzer: http://diepresse.com/home/chat/482514/index.do?_vl_backlink=/home/chat/index.do, letzter Zugriff 31.7.2009

¹⁷ DiePresse.com: Stadler: http://diepresse.com/home/chat/482923/index.do?_vl_backlink=/home/chat/index.do, letzter Zugriff 31.7.2009

¹⁸ DiePresse.com: Hans-Peter Martin: http://diepresse.com/home/chat/483974/index.do?_vl_backlink=/home/chat/index.do, letzter Zugriff 31.7.2009

¹⁹ DerStandard.at: Chats zur Europawahl: Grüne: <http://derstandard.at/1241622469605/Lunacek-Wenn-wir-die-EU-nicht-haetten-muessten-wir-sie-erfinden>, letzter Zugriff 31.7.2009

²⁰ DerStandard.at: Chats zur Europawahl: FPÖ: <http://derstandard.at/1241622591102/Moelzer-Kulturkampf-zwischen-Christentum-und-militantem-Zuwanderungsislam>, letzter Zugriff 31.7.2009

²¹ DerStandard.at: Chats zur Europawahl: JuLis: <http://derstandard.at/1242316066133/JuLis-Wir-sind-keine-Anarchokapitalisten>, letzter Zugriff 31.7.2009

²² DerStandard.at: Chats zur Europawahl: BZÖ: <http://derstandard.at/1242316577518/Das-BZOe-teilt-nicht-in-gut-und-schlecht>, letzter Zugriff 31.7.2009

- [STANDARDCHAT_SWOBODA] DerStandard.at – Chats zur Europawahl: Swoboda: „Ich bleibe dabei, ich bin gegen Barroso“ (27.5.2009)²³
- [STANDARDCHAT_STRASSER] DerStandard.at – Chats zur Europawahl: Strasser: „Wir spielen nicht FPÖ“ (28.5.2009)²⁴
- [STANDARDCHAT_MARTIN] DerStandard.at – Chats zur Europawahl: Martin: „Ich habe noch einen Kredit aufgenommen“ (29.5.2009)²⁵

4.1.4. TV

In die Analyse mit einbezogen wurden 8 wahlrelevante TV Sendungen in welchen die SpitzenkandidatInnen ihre politischen Positionen vermitteln konnten (chronologisch geordnet):

- [PRESSESTUNDE_STADLER] ORF Pressestunde vom 26.4.2009 mit Ewald Stadler (Spitzenkandidat des BZÖ)²⁶.
- [PRESSESTUNDE_MÖLZER] ORF Pressestunde vom 3.5.2009 mit Andreas Mölzer (Spitzenkandidat der FPÖ)²⁷.
- [PRESSESTUNDE_LUNACEK] ORF Pressestunde vom 10.5.2009 mit Ulrike Lunacek (Spitzenkandidatin der Grünen)²⁸.
- [PRESSESTUNDE_MARTIN] ORF Pressestunde vom 17.5.2009 mit Hans-Peter Martin (Spitzenkandidat der Liste Martin)²⁹.
- [BÜRGERFORUM] ORF Bürgerforum vom 20.5.2009³⁰.

²³ DerStandard.at: Chats zur Europawahl: SPÖ: <http://derstandard.at/1242316772044/Ich-bleibe-dabei-ich-bin-gegen-Barroso>, letzter Zugriff 31.7.2009

²⁴ DerStandard.at: Chats zur Europawahl: ÖVP: <http://derstandard.at/1242316852823/Wir-spielen-nicht-FPOe>, letzter Zugriff 31.7.2009

²⁵ DerStandard.at: Chats zur Europawahl: Martin: <http://derstandard.at/1242316965193/Chat-zur-EUWahl-Ich-habe-noch-einen-Kredit-aufgenommen>, letzter Zugriff 31.7.2009

²⁶ ORF Pressestunde vom 26.4.2009: mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Pressestunde_2009-04-26_Stadler.wmv, letzter Zugriff 16.6.2009

²⁷ ORF Pressestunde vom 3.5.2009: mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Pressestunde_2009-05-03_Moelzer.wmv, letzter Zugriff 16.6.2009

²⁸ ORF Pressestunde vom 10.5.2009: mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Pressestunde_2009-05-10_Lunacek.wmv, letzter Zugriff 16.6.2009

²⁹ ORF Pressestunde vom 17.5.2009: mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Pressestunde_2009-05-17_Martin.wmv, letzter Zugriff 16.6.2009

³⁰ ORF Bürgerforum vom 20.5.2009: mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Buergerforum_2009-05-20.wmv, letzter Zugriff 16.6.2009

- [PRESSESTUNDE_STRASSER] ORF Pressestunde vom 24.5.2009 mit Ernst Strasser (Spitzenkandidat der ÖVP)³¹.
- [PRESSESTUNDE_SWOBODA] ORF Pressestunde vom 31.5.2009 mit Hannes Swoboda (Spitzenkandidat der SPÖ)³².
- [DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN] ORF Diskussion der Spitzenkandidaten vom 2.6.2009³³.

4.2. Methode

Um die einzelnen erhobenen Quellen zu erfassen und für die Beantwortung der Forschungsfrage zu verwenden, wird die statistische Methode der Datenanalyse (Patzelt 2003, 146) angewandt. Deskriptive Statistik wird verwendet um die erhobenen Daten der Forschungsfrage entsprechend zu verdichten und aufzubereiten. Dabei wird auf Häufigkeitsanalysen und allgemeine Methoden der deskriptiven Statistik zurückgegriffen. Die Analysen werden computergestützt mit Microsoft Excel 2007 durchgeführt. Die Untersuchung beschränkt sich ausschließlich auf öffentlich zugängliches Material. Um die im Wahlkampf vermittelten Positionen der Parteien mit den Wahlkabine-Antwortprofilen zu vergleichen, werden die Inhalte von (i) Wahlprogrammen, (ii) Wahlwerbungen in Printmedien, (iii) Interviews mit SpitzendkandidatInnen in Printmedien, (iv) Interviews mit SpitzenkandidatInnen in TV-Auftritten und (v) Interviews mit SpitzenkandidatInnen in Web-Auftritten analysiert. Für jeden Bestandteil (thematisch abgegrenzte Textblöcke bzw. Aussagen in TV Auftritten) der analysierten Quelle (nachfolgende als Analyseeinheit bezeichnet) wird der Analyseprozess, wie in Abbildung 6 dargestellt, durchlaufen:

³¹ ORF Pressestunde vom 24.5.2009: [mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Pressestunde_2009-05-24_Strasser.wmv](https://www.apasf.at/worldwide/FI1_Pressestunde_2009-05-24_Strasser.wmv), letzter Zugriff 16.6.2009

³² ORF Pressestunde vom 31.5.2009: [mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Pressestunde_2009-05-31_Swoboda.wmv](https://www.apasf.at/worldwide/FI1_Pressestunde_2009-05-31_Swoboda.wmv), letzter Zugriff 16.6.2009

³³ ORF Diskussion der Spitzenkandidaten vom 2.6.2009: [mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Elefantenrunde_2009-06-02.wmv](https://www.apasf.at/worldwide/FI1_Elefantenrunde_2009-06-02.wmv), letzter Zugriff 16.6.2009

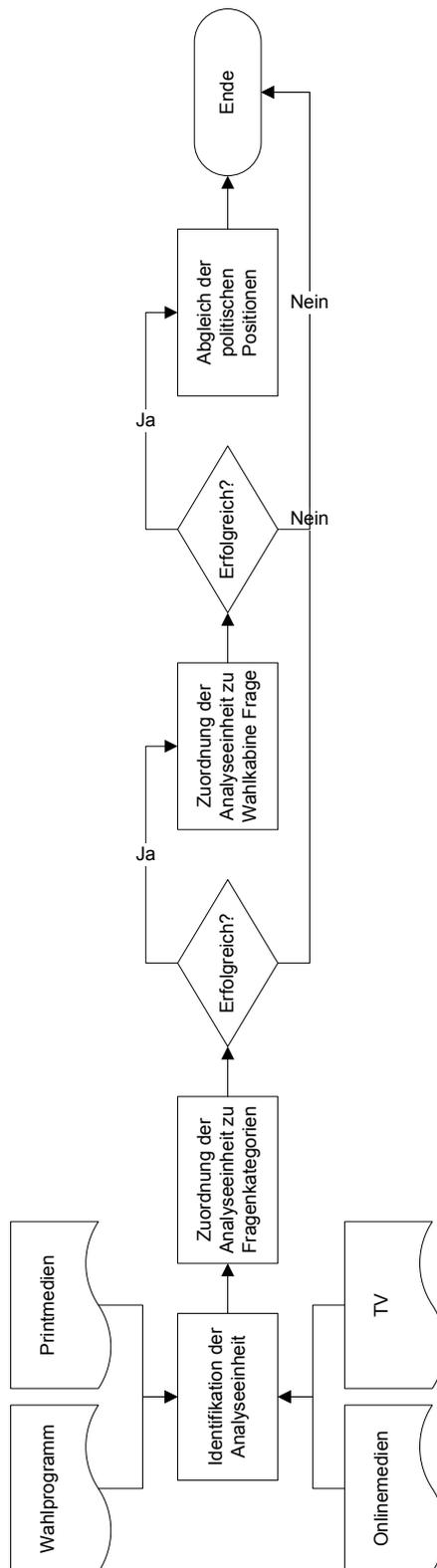


Abbildung 6: Methodischer Ablauf der Analyse

- **Identifikation der Analyseeinheit.** Thematisch abgegrenzte Aussagen werden in Wahlprogrammen, Printmedien, Onlinemedien und TV identifiziert.
- **Zuordnung der Analyseeinheit zu Fragenkategorien.** Es wird versucht, die identifizierte Analyseeinheit zu einer der vorhandenen Fragenkategorien zuzuordnen.
- **Zuordnung der Analyseeinheit zu Wahlkabine-Frage.** Konnte die Analyseeinheit zu einer Fragenkategorie zugeordnet werden, so wird versucht, die Analyseeinheit, zu einer der in der Fragenkategorie enthaltenen Wahlkabine-Fragen, zuzuordnen.
- **Abgleich der politischen Positionen.** Konnte die Analyseeinheit zu einer Wahlkabine-Frage zugeordnet werden, so wird die in der Analyseeinheit enthaltene politische Position mit der Wahlkabine-Position der jeweiligen Partei abgeglichen. Folgende Vorgangsweise wird dabei eingehalten:
 - Sowohl die Analyseeinheit als auch die dazu gehörige Wahlkabine-Position inklusive Parteikommentar wird für die Leserin / den Leser nachvollziehbar dokumentiert. Die Dokumentation und Analyse orientiert sich an der Abfolge der Wahlkabine-Fragen. Die Grundaussage von Wahlkabine-Position und Analyseeinheit wird abgeglichen. Anmerkungen innerhalb der Bewertung weisen auf Auffälligkeiten hin.
 - Für jeden Abgleich existieren zwei potentielle Ergebnisse:
 - Positionen stimmen überein
 - Positionen stimmen nicht überein

4.3. Analyse

Die Darstellung der detaillierten Analyseergebnisse erfolgt in Reihenfolge der Wahlkabine-Fragen. Wahlkabine-Fragen zu Themen, welche in den analysierten Quellen nicht vorkamen, sind in den Analyseergebnissen nicht enthalten. Insgesamt wurden bei 16 von 25 Wahlkabine-Fragen vergleichbare politische Positionen gefunden. Die detaillierte Darstellung der Ergebnisse erfolgt mit folgender Struktur:

- Wahlkabine-Frage
 - Wahlkabine-Position der Partei inklusive Gewichtung und Kommentar

- Frage, welche der Analyseeinheit voransteht (im Falle von Interviews)
- Analyseeinheit Position der Partei
- Bewertung inklusive Erläuterung

Innerhalb jeder Partei sind die Analyseeinheiten nach deren Typ gereiht: (1) Wahlprogramm, (2) Printmedien, (3) Onlinemedien und (4) TV.

4.3.1. Frage 1: Soll die EU Unternehmen finanziell unterstützen, damit die Beschäftigten durch Kurzarbeit vor Arbeitslosigkeit bewahrt werden können?

Wahlkabine **SPÖ**: Ja (2) – Kommentar: „Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit brauchen wir eine gemeinsame Kraftanstrengung auf allen Ebenen. Die EU sollte die Maßnahmen der Mitgliedsstaaten durch eigene Konjunkturmaßnahmen ergänzen und unterstützen.“

WAHLPROGRAMM_SPÖ Seite 7: „Es müssen die Wirtschafts-, Lohn-, Finanz- und Geldpolitik auf europäischer Ebene besser koordiniert und einem klaren Ziel untergeordnet werden: dem Wohl aller Menschen in Europa. Wachstum und Beschäftigung müssen auch für die Europäische Zentralbank die wichtigsten Ziele neben der Preisstabilität werden. Die Kreditvergabe der Europäischen Investitionsbank soll rasch ausgeweitet werden, um den Unternehmen in der Krise zu helfen und Arbeitsplätze zu erhalten.“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein.

4.3.2. Frage 3: Soll der freie Zugang zu Universitäten in jedem Mitgliedsstaat für alle EU-Bürger und Bürgerinnen uneingeschränkt möglich sein?

Wahlkabine **ÖVP**: Nein (1) – Kommentar: „Die ÖVP hat für Österreich die Quotenregelung bei jenen Studienrichtungen durchgesetzt, die bei ausländischen Studenten besonders begehrt sind. Dadurch kann Österreich weiter die Ausbildung von Akademikerinnen und Akademikern in diesen Bereichen sicherstellen. Solange es keine bessere Lösung gibt, treten wir weiterhin für den Erhalt der Quotenregelung ein.“

WAHLPROGRAMM_ÖVP Seite 23: „Die Zukunft unserer Jugend steht im Vordergrund. Ein ÖVP-Minister hat für Österreich die Quotenregelung bei jenen Studienrichtungen durchgesetzt, die bei ausländischen Studentinnen und Studenten besonders begehrt sind. Dadurch kann Österreich weiter die Ausbildung von Akademikerinnen und Akademikern in diesen Bereichen sicherstellen. Solange es keine bessere Lösung gibt, treten wir weiterhin für den Erhalt der Quotenregelung ein.“

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein. – Wahlkabine-Antwort wurde exakt aus Wahlprogramm übernommen.

4.3.3. Frage 4: Soll die EU zum Schutz der Jugend die Mitgliedsstaaten dazu verpflichten, die Verbreitung und das öffentliche Zugänglichmachen von Computer- und Videospiele mit gewalttätigen Inhalten strafrechtlich zu verfolgen?

Wahlkabine ÖVP: Nein (1) – Kommentar: „Eltern und Jugendliche müssen umfassend über Videospiele mit gewalttätigen Inhalten informiert werden. Die ÖVP unterstützt das Vorhaben der EU, mehr Transparenz und Information in diesem Bereich zu erzielen - zum Schutz unserer Kinder und Familien. Die Entscheidung über eine strafrechtliche Verfolgung wird aber in der Kompetenz der Mitgliedstaaten verbleiben.“

FUTUREZONE – Frage: „Nach jedem Schulamoklauf mit Schusswaffen wie etwa vor kurzem im deutschen Winnenden werden Forderungen von Politikern laut, die "Killerspiele" verbieten wollen. Auch im EU-Parlament sind Gewaltspiele des Öfteren Thema. Wie stehen Sie zur Regulierung von Computerspielen?“

FUTUREZONE - ÖVP: „Killerspiele" sind ein Symptom, keine Ursache des Problems. Es gibt einen beunruhigenden Trend unter Jugendlichen zu Verharmlosung von Gewalt. Dieser Trend hat viele Ursachen. Um unseren Kindern und Jugendlichen soziale Kompetenz im Umgang miteinander zu vermitteln, sind zuallererst die Eltern, Familien und die Schulen gefordert. Wenn Eltern der Meinung sind, dass ihre Kinder solche Spiele nicht benutzen sollten, ist es zuallererst Aufgabe der Eltern, das mit den Kindern zu besprechen. Eltern können ihre Verantwortung nicht an den Gesetzgeber abgeben. Ein gesetzliches Verbot der Spiele würde nur die Jugendlichen kriminalisieren. Strengere Regeln im Umgang mit solchen Spielen kann man durchaus diskutieren (z. B. Anhebung

des Mindestalters oder der Preise für solche Spiele). Als alleinige Maßnahme sind sie aber wirkungslos.“

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein.

Wahlkabine **SPÖ**: Ja (1) – Kommentar: „Es bedarf klarer Regeln für Spiele mit hetzerischen, Gewalt verherrlichenden, rassistischen oder sexistischen Inhalten. In schweren Fällen ist auch die strafrechtliche Verfolgung der Verbreitung verbotener Spiele anzustreben.“

FUTUREZONE – Frage: siehe FUTUREZONE Frage bei ÖVP

FUTUREZONE - SPÖ: „Wir stehen hinter dem Entschluss, mit dem der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des EU-Parlaments einen Bericht des liberalen niederländischen Abgeordneten Toine Manders einstimmig angenommen hat. Manders setzt auf die Selbstregulierung der Spielebranche und auf eine europaweite Kennzeichnung der Games nach dem PEGI-System. Im aktuellen Regierungsprogramm sind neben Aktivitäten hinsichtlich Einschränkung der Darstellung von Gewalt in den Medien auf ein jugendverträgliches Maß auch die Weiterführung und der Ausbau der Bundesstelle für Positivprädikatisierung von Computer-Konsolenspielen zur Sensibilisierung der Eltern bezüglich Gewaltdarstellungen in Computerspielen festgelegt.“

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen nicht überein - Im Kontext der Wahlkabine spricht sich die SPÖ deutlich für klare Regeln und eventuelle strafrechtliche Verfolgung aus, während im Kontext der Analyseinheit auf die Selbstregulierung der Branche gesetzt wird.

Wahlkabine **FPÖ**: Ja (2) – Kommentar: Kein Kommentar

FUTUREZONE – Frage: siehe FUTUREZONE Frage bei ÖVP

FUTUREZONE - FPÖ: „Hier ist in erster Linie die Familie gefragt, und nicht der Staat. Es sind ja nicht nur "Killerspiele", sondern auch problematische TV- und Kino-

Produkte, die zu solcherlei Verhalten beitragen. Hier muss es natürlich einen entsprechenden Jugendschutz geben – sprich eine Freigabe erst ab 18. Diesen Schutz jedoch umzusetzen, liegt letztlich in der Hand der Familien. Das zu stärken, ist aus unserer Sicht die Aufgabe.“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen nicht überein - Im Kontext der Wahlkabine wird eine strafrechtliche Verfolgung bei illegaler Verbreitung verlangt, während im Futurezone Kontext die Verantwortung den Familien übertragen wird.

Wahlkabine **Grüne**: Ja (2) – Kommentar: „Kinder und Jugendliche sind vor Gewalt und Gewaltverherrlichung zu schützen. Wer aus Profitgier den Jugendschutz missachtet, ist zu bestrafen.“

FUTUREZONE – Frage: siehe FUTUREZONE Frage bei ÖVP

FUTUREZONE - Grüne: „Killerspiele" sind ein ernstes Problem, weil sie die Schwelle zur Gewaltanwendung unter Umständen senken können. Darüber gibt es eine heftige Auseinandersetzung zwischen Experten. Man kann sie aber keinesfalls allein für Amokläufe verantwortlich machen. Ich stelle mir eine Regulierung sehr schwierig vor – die Grenze zur Zensur ist fließend!“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein - Keine Widersprüche beider Aussagen. Es ist jedoch festzuhalten, dass sich die Antworten auf unterschiedliche Thematiken beziehen (Verbreitung, Zensur).

Wahlkabine **BZÖ**: Nein (2) – Kommentar: Kein Kommentar

FUTUREZONE – Frage: siehe FUTUREZONE Frage bei ÖVP

FUTUREZONE - BZÖ: „Computerspiele sind bereits jetzt reguliert, beispielsweise sind verhetzende oder rassistische Spiele bereits jetzt durch das Strafgesetzbuch zu Recht

verboten. Generell Computerspiele zu verbieten ist in Zeiten des Internets sinnlos und kontraproduktiv.“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein - Das BZÖ fordert in beiden Fällen keinen Bedarf für weiteres staatliches Handeln.

Wahlkabine **JuLis**: Nein (3) – Kommentar: „Die Jungen Liberalen lehnen im Zusammenhang mit Gewalttaten die pauschale Verurteilung von PC- und Videospiele ab, die soziale und persönliche Missstände von Tätern außer Acht lässt. Sie akzeptieren es nicht, wenn ein Hobby vieler Menschen ungerechtfertigt als Sündenbock missbraucht wird.“

FUTUREZONE – Frage: siehe FUTUREZONE Frage bei ÖVP

FUTUREZONE - JuLis: „Die Jungen Liberalen lehnen im Zusammenhang mit Gewalttaten die pauschale Verurteilung von PC- und Videospiele ab, die soziale und persönliche Missstände von Tätern außer Acht lässt. Sie akzeptieren es nicht, wenn ein Hobby vieler Menschen ungerechtfertigt als Sündenbock missbraucht wird. Natürlich sind nicht alle Videospiele zu begrüßen. Dennoch gilt hier für uns (wie in vielen anderen Bereichen): Aufklärung statt Verbote!“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein – Wahlkabine-Position entspricht exakt der Futurezone Position der Jungen Liberalen.

Wahlkabine **KPÖ**: Ja (2) – Kommentar: „Prävention setzt auch in diesem Bereich anders ein. Die Produktion dieser Spiele und Filme muss undenkbar werden. Politik muss sich dafür einsetzen, dass über soziale Voraussetzungen, kulturelle und politische Bildung wieder Werte in unsere Gesellschaft wichtig werden; Zukunftsangst abgebaut wird.“

FUTUREZONE – Frage: siehe FUTUREZONE Frage bei ÖVP

FUTUREZONE - KPÖ: „Killerspiele" sind die eine Sache. Gewalt in der Gesellschaft, tagtäglich vielfach von Männern in nicht wenigen Familien in den eigenen vier Wänden auch real vorgelebt, sind eine andere Sache. Mord und Totschlag auf

staatliche Anweisung hin (Kriege genannt) sind ein dritter Bereich, wo vorgelebt wird, wie Probleme "gelöst" bzw. "nicht gelöst" werden. Nur ein simples Verbot von "Killerspielen" wird das Problem nicht lösen. Zudem, wie die Wirtschaftskrise zeigt, wo Profit erzielt werden kann und muss, da zählen Moral und Ethik nichts. Und werden die Lobbyisten dieser Branche nicht argumentieren, dass durch ein Verbot solcher Spiele "die freie Marktwirtschaft" selbst gefährdet wird?"

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein – In beiden Aussagen spricht sich die KPÖ gegen Killerspiele aus. Mit der unmittelbaren Fragestellung hat dies allerdings in beiden Fällen nichts zu tun.

4.3.4. Frage 5: Soll die krisenbedingte Finanzhilfe für die Automobilindustrie gestoppt werden, um stärker in die EU-weite Forschung in Zukunftstechnologien zu investieren?

Wahlkabine **Grüne**: Ja (3) – Kommentar: „Zukunftstechnologien schaffen Arbeitsplätze. Geld für nicht zukunftsfähige Industrie ist hinausgeschmissenes Geld. Die Neuausrichtung der Industrie auf ökologische Ziele und Klimaschutz ist zu unterstützen.“

PRESSESTUNDE_LUNACEK – Frage: „Das heißt von einer Verschrottungsprämie halten sie nichts?“ (bei 17:21)

PRESSESTUNDE_LUNACEK - Lunacek: „Halte ich überhaupt nichts, dass ist tatsächlich Schrott denn wenn dann die Leute hergehen und ihre Autos noch haben denn das ist materieller Wert den es gibt, das wird dann einfach verschrottet und dann kaufen sie sich neue wo nicht einmal die Bedingungen dargestellt werden was für Autos das dann sein sollen. Das halte ich wirklich nicht für sinnvoll. [...] wir haben gesagt das in den nächsten fünf Jahren auf europäischer Ebene fünf Millionen Jobs geschaffen werden, grüne Jobs im Bereich der Energieeffizienz, thermische Sanierung, Anlagenbau, [...]“ (Ulrike Lunacek bei 17:25).

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

4.3.5. Frage 6: Sollen zur Terrorismusbekämpfung auf Flughäfen innerhalb der EU die Sicherheitsvorkehrungen verschärft werden (z.B. durch Einsatz von sogenannten „Nacktscannern“)?

Wahlkabine **Grüne**: Nein (3) – Kommentar: „Wer Grund- und Freiheitsrechte missachtet, schwächt die Demokratie und damit auch die Abwehrkraft der Demokratie gegen Terrorismus. Terrorismus wird NICHT durch Nacktphotos aller BürgerInnen, sondern durch konsequente Ermittlungsarbeit sowie Außen-, Entwicklungs- und Sozialpolitik bekämpft.“

WAHLPROGRAMM_GRÜNE Seite 19: „Die ÖVP-MinisterInnen haben in Brüssel an diesen Maßnahmen führend mitgewirkt, die SPÖ sah schweigend zu. Wir Grüne haben diesen Überwachungswahn stets bekämpft und konnten teils noch schlimmere Eingriffe, wie die Installation von Nacktscannern an Flughäfen und die inhaltliche Überwachung des Internets, verhindern.“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

4.3.6. Frage 7: Soll die EU im Falle von Menschenrechtsverletzungen in Nicht-EU-Ländern wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen verhängen?

Wahlkabine **Grüne**: Ja (2) – Kommentar: „Menschenrechte gelten überall und sind unteilbar. Die Grünen treten daher für eine aktive Menschenrechtspolitik der EU ein. Wer zu Menschenrechtsverletzungen (in- oder außerhalb der EU) schweigt, macht sich mitschuldig.“

WAHLPROGRAMM_GRÜNE Seite 18: „Wir Grüne setzen uns dafür ein, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in Europa den weltweit höchsten Menschenrechtsschutz zu etablieren: [...] Europa muss auf globaler Ebene praktizieren, was es predigt: In den Wirtschaftsbeziehungen – etwa zu Russland oder China – dürfen die europäischen Handels- und Energieinteressen nicht Vorrang vor den Menschenrechten haben.“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

4.3.7. Frage 9: Sollen bei den Wahlen zum EU-Parlament Kandidaten und Kandidatinnen aus anderen Mitgliedsstaaten wählbar sein?

Wahlkabine **ÖVP**: Nein (1) – Kommentar: „Der ÖVP geht es um die bestmögliche Vertretung österreichischer Interessen im Europäischen Parlament. Dafür haben wir ein starkes Team aufgestellt, das diese Vertretung garantiert. Auf europäischer Ebene arbeiten wir in der Familie der Europäischen Volkspartei erfolgreich mit, um gemeinsam als stärkste Fraktion im Europaparlament Politik im Interesse der Menschen gestalten zu können.“

PRESSECHAT_STRASSER – Frage: „können sie sich in zukunft vorstellen dass wir gemeinsame europäische parteien und ihre abgeordneten wählen?“

PRESSECHAT_STRASSER - Strasser: „kann ich mir grundsätzlich vorstellen, aber das wird noch dauern.“

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen nicht überein

4.3.8. Frage 10: Soll die Möglichkeit bestehen, europaweite Abstimmungen durchzuführen (z.B. zum Reformvertrag)?

Wahlkabine **Grüne**: Ja (3) – Kommentar: „Ein Europa der Menschen kann ohne aktive Einbindung der Menschen nicht bestehen. Europäische Fragen sind auch gesamteuropäisch zu entscheiden. Die Grünen treten für einen Ausbau direktdemokratischer Elemente wie BürgerInnenbegehren und europäische Volksabstimmungen ein.“

WAHLPROGRAMM_GRÜNE Seite 6: „GRÜNE INITIATIVEN FÜR EUROPA [...]Stärkung der direkten Demokratie, etwa durch europaweite Volksbefragungen und Volksabstimmungen“

PRESSESTUNDE_LUNACEK - Frage: „...was die Volksabstimmung beispielweise anlangt, haben sie gesagt, europaweit kann ich mir das vorstellen, in Österreich nicht, bleibt es dabei oder können sie sich da eine Änderung vorstellen?“ (bei 5:11)

PRESSESTUNE_LUNACEK - Lunacek: „...ist die Position eine zu sagen wir wollen und haben uns immer für eine europaweite Volksabstimmung eingesetzt...“ (Ulrike Lunacek bei 5:19).

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein.

Wahlkabine **BZÖ**: Ja (3) – Kommentar: Kein Kommentar.

WAHLPROGRAMM_BZÖ Seite 4: „Verpflichtende nationale Volksabstimmungen in allen EU-Staaten: Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Europäische Union wieder zu gewinnen, bedarf es einer nachhaltigen Einbindung der Bevölkerung in die Entscheidungsfindungsprozesse und damit der Notwendigkeit der EU-weit verpflichtenden Verankerung direktdemokratischer Elemente: Zeitgleiche Durchführung nationaler Volksabstimmungen in allen Mitgliedsstaaten, die alle rechtsverbindlich sind; das heißt, nur bei mehrheitlicher Zustimmung der Bürger eines jeden einzelnen Mitgliedstaates kommt der Vertrag zustande. Bei weitgehenden Vertiefungsschritten, etwa die Abgabe von Kompetenzen, Änderung der Organe der EU, Finanzen, Erweiterungen etc. sind verpflichtende nationale Volksabstimmungen in allen EU-Staaten durchzuführen. Bis zu einer vertraglichen Normierung der Abhaltung zeitgleicher nationaler Volksabstimmungen in allen EU-Staaten sind in den genannten Fällen in Österreich jedenfalls nationale Volksabstimmungen durchzuführen.“

PRESSESTUNDE_STADLER – Frage: „Darf ich sie was zu diesem Leitantrag fragen? Der Kernpunkt ist die nationale Volkabstimmung. Sie wollen sozusagen, dass es als EU Recht festgeschrieben wird, dass es zu Fragen wie dem Lissabonvertrag oder Veränderungen der EU nationale Volksabstimmungen gibt.“ (bei 28:00)

PRESSESTUNDE_STADLER - Stadler: „In allen Mitgliedsstaaten mit dem Erfordernis in allen Ländern eine Mehrheit zu haben und die Möglichkeit, das ist übrigens historisch, da gibt's historisch Erklärungen dafür, zu sagen der Vertrag tritt in Kraft, wenn 15-20 Staaten ratifiziert haben, die Ratifizierungsurkunde hinterlegt haben...“ (Ewald Stadler bei 28:14).

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen nicht überein – Die Wahlkabine bezieht sich auf europaweite Abstimmungen, bei welchen alle EU BürgerInnen

gemeinsam entscheiden und nicht Mehrheiten in jedem Mitgliedsstaat erzielt werden müssen.

4.3.9. Frage 11: Sollen homosexuelle Paare in allen EU-Staaten heiraten können?

Wahlkabine **ÖVP**: Ja (1) – Kommentar: „Wir treten für ein Partnerschaftsgesetz ein, das der Beziehung von gleichgeschlechtlichen Paaren einen eigenständigen Rahmen gibt. Jedem Staat soll die Entscheidung darüber selbst obliegen.“

STANDARDCHAT_STRASSER - Frage: „Schwule und Lesben sind eu-weit (mit einigen ausnahmen) immernoch unterprivilegiert, eine "ehe" (vlt. als anderer begriff) wird kommen müssen. wie stehen sie dazu?“

STANDARDCHAT_STRASSER - Strasser: „keine diskriminierung von gleichgeschlechtlichen partnerschaften“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **FPÖ**: Nein (2) – Kommentar: Kein Kommentar

PRESSESTUNDE_MÖLZER – Frage: „Der riesige Grundrechtekatalog, der in diesem Lissabonreformvertrag drinnen wär, sehen sie da auch negatives?“ (bei 35:25)

PRESSESTUNDE_MÖLZER - Mölzer: „Naja, es ist etwas, an sich ist es eine positive Geschichte [...] da gibt es verschiedenste Dinge die man bemängeln könnte [...] es ist insgesamt der große Bereich der Antidiskriminierung, der von der EU sehr politisch korrekt ausgelegt wird, wo all diese Dinge wie die Schwulenehe und und und unter dem Stichwort der Antidiskriminierung womöglich durchgesetzt werden“ (Andreas Mölzer bei 35:30).

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **Grüne**: Ja (3) – Kommentar: „Alle Menschen - egal, ob gleich- oder verschiedengeschlechtlich l(i)ebend - haben das Recht auf freie Wahl ihrer Beziehungsform. Die Grünen schlagen einen Zivilpakt vor, der die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare eröffnet.“

STANDARDCHAT_LUNACEK - Frage: „Wann wird die Gleichberechtigung bei der Zivilehe in Ö kommen? Wann werden Schwule und Lesben in der gesamten EU heiraten können und wie wollen Sie dieses Ziel erreichen?“

STANDARDCHAT_LUNACEK - Lunacek: „In Österreich muss die ÖVP endlich ihr altmodisches Familiendenken aufgeben und das "Schweizer Modell", das die Perspektivengruppe unter Pröll vor 1 1/2 Jahren versprochen hat, endlich umsetzen. Ich habe hier mit "Grüne andersrum" in den letzten Jahren viel Druck gemacht und werde das auch im Europaparlament tun.“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **JuLis**: Ja (3) – Kommentar: „Die Jungen Liberalen halten eine europaweite rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften im Hinblick auf Ehe-, Erb- und Adoptionsrecht für längst überfällig.“

WAHLPROGRAMM_JULIS Seite 4: „Wir fordern engagiertere Bemühungen um die Gleichstellung sexueller Minderheiten in allen Lebensbereichen konsequent zu erwirken. Insbesondere soll die EU darauf hinwirken, dass die Nationalstaaten entsprechende Maßnahmen im Ehe-, Erb- und Adoptionsrecht setzten und sich Diskriminierte unbürokratisch an Hilfestellen wenden können.“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

4.3.10. Frage 13: Soll EU-weit ein generelles Rauchverbot in Gastronomieeinrichtungen durchgesetzt werden?

Wahlkabine **ÖVP**: Nein (1) – Kommentar: Kein Kommentar

PRESSEPARLAMENT_STRASSER - Frage: „Werden Sie sich für ein europaweites Rauchverbot in gastronomischen Betrieben und öffentlichen Bereichen einsetzen?“

PRESSEPARLAMENT_STRASSER - Strasser: „Die Umsetzung einzelner konkreter Maßnahmen soll in der Kompetenz der Mitgliedsländer bleiben.“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **SPÖ**: Ja (2) – Kommentar: „Wir bekennen uns zum Recht der ArbeitnehmerInnen auf einen rauchfreien Arbeitsplatz.“

PRESSEPARLAMENT_SWOBODA - Frage: „Werden Sie sich für ein europaweites Rauchverbot in gastronomischen Betrieben und öffentlichen Bereichen einsetzen?“

PRESSEPARLAMENT_SWOBODA - Swoboda: „Die SPÖ-Delegation im Europäischen Parlament bekennt sich aber zu einem umfassenden NichtraucherInnenschutz am Arbeitsplatz und in der Gastronomie.“

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein – aber sowohl die Wahlkabine-Antwort als auch die Interviewantwort gehen nicht auf die ursprüngliche Frage ein.

Wahlkabine **Grüne**: Ja (2) – Kommentar: „Die Angestellten in Gastronomiebetrieben haben keine Wahlfreiheit. Sie müssen in verrauchten Lokalen arbeiten. Solange die Trennung von rauchfreien und rauchbelasteten Zonen nicht funktioniert, haben auch Allergiker und Eltern kleiner Kinder keine Wahl.“

PRESSECHAT_LUNACEK - Frage: „Wie stehen Sie, s.g. Frau Lunacek zu einem EU-weiten Rauchverbot? Sinnvoll, weil dann kein nationaler Populismus auf Kosten der Gesundheit (siehe Österreich) oder abzulehnende Überschreitung der Kompetenz der EU (Vertrag von Nizza)? Halten Sie es für richtig, dass EU mit Lissabon-Vertrag Kompetenz in Sachen Rauchverbot erhält? Wenn ja/nein, warum?“

PRESSECHAT_LUNACEK - Lunacek: „Grundsätzlich halte ich ein EU-weites Vorgehen gerade auch in Gesundheitsfragen für sinnvoll. Wichtiger wäre es jedoch fürs Erste, dass es in Österreich eine klare Regelung (klares Rauchverbot) gibt, weil das auch für das Gastgewerbe viel einfacher wäre. Wenn es in Italien funktioniert, warum soll das nicht in Österreich funktionieren?“

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein – die Wahlkabine-Antwort beantwortet nicht die Wahlkabine-Frage

PRESSEPARLAMENT_LUNACEK - Frage: „Werden Sie sich für ein europaweites Rauchverbot in gastronomischen Betrieben und öffentlichen Bereichen einsetzen?“

PRESSEPARLAMENT_LUNACEK - Lunacek: „grundsätzlich liegen die Tabakbestimmungen in der Verantwortung der Nationalstaaten. Die Grünen sind für eine strengere Kontrolle der Tabakbestimmungen in Österreich, aber auch europaweit. Die Angestellten in Gastronomiebetrieben haben keine Wahlfreiheit. Sie müssen in verrauchten Lokalen arbeiten. Solange die Trennung von rauchfreien und rauchbelasteten Zonen nicht funktioniert, haben auch Allergiker und Eltern kleiner Kinder keine Wahl. Ein europaweites Rauchverbot in gastronomischen Betrieben und öffentlichen Bereichen könnte hierbei einen wesentlichen Teil zur Minderung des Passivrauchens beitragen.“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein – Da einzelne Textpassagen exakt der Wahlkabine-Antwort entsprechen kann davon ausgegangen werden, dass diese Art von Fragen zentral beantwortet werden.

4.3.11. Frage 19: Soll es einen gemeinsamen Außenminister bzw. eine gemeinsame Außenministerin der EU geben?

Wahlkabine FPÖ: Ja (2) – Kommentar: Kein Kommentar

PRESSECHAT_MÖLZER - Frage: „Grüß Gott Herr Mölzer, Ich habe heute am frühen Vormittag von der Errichtung eines gemeinsamen europäischen Außenamtes gelesen, welches nach einem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages geschaffen werden soll. Die Debatte über eine gemeinsame europäische Außenpolitik ist in der Diskussion um den Vertrag aber großteils untergegangen. Meiner Meinung nach braucht solch eine Idee Unmengen an Zeit. Es ist doch keine leichte Aufgabe die außenpolitische Interessen aller Mitgliedsstaaten der EU unter einen Hut zu bringen... Wie stehen Sie zu diesem Thema und wie sehen Ihre konkreten Vorstellungen dazu aus? m f G.“

PRESSECHAT_MÖLZER - Mölzer: „In der Tat sieht der Vertrag von Lissabon einen "hohen Beauftragten" für Außenpolitik vor. Man vermeidet den Begriff Außenminister, um so zu tun, als wäre die EU nach dem Lissabonvertrag nicht bereits ein Staat, der die Mitgliedsstaaten nur zu administrativen Untergliederungen degradiert. Wie man weiß, sind wir Freiheitliche ja gegen den Vertrag von Lissabon, allerdings meine ich selbst, dass die EU nach außen hin viel stärker und entschiedener auftreten müsste, um

europäische Interessen im weltweiten Wettbewerb durchzusetzen. Bislang ist es ja so, dass die EU außenpolitisch eher wie ein politischer Eunuch agiert, der allenfalls als Zahler auftreten darf nach US-amerikanischen Kriegen. Dies sollte sich in Zukunft ändern, weil wir ein nach außen hin starkes und einiges Europa brauchen, das nach innen liberal, dezentral und direktdemokratisch ist - also das Gegenteil von dem, was wir gegenwärtig haben.“

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **Grüne**: Ja (1) – Kommentar: „Eine gemeinsame Stimme der EU stärkt die Union in ihrem Auftreten und ihrem Gewicht in der Welt.“

PRESSECHAT_LUNACEK - Frage: „Sehr geehrte Frau Lunacek Mit dem Vertrag von Lissabon werden nahezu alle Entscheidungen supranational (Parlament + Rat) entschieden. Einzig und allein die GASP (Gesamt Europäische Sicherheits/Außenpolitik) wird noch intergouvernemental (nur von den Regierungschefs) entschieden. In wie weit soll das so bleiben? Sind sie dafür das Europa einheitlich auch in außenpolitischen Fragen gemeinsam auftritt und dadurch sich endlich unabhängig von der Nato macht - oder soll das jedem Land selbst überlassen sein? Danke für Ihre Antwort“

PRESSECHAT_LUNACEK - Lunacek: „Ich bin auf jeden Fall für eine gemeinsame Europäische Außenpolitik, die - und da stimme ich Ihnen voll zu - Europa auch unabhängiger von der Nato machen sollte. Es war für mich auch als Außenpolitiksprecherin im Nationalrat untragbar, wie lange es oft gedauert hat, bis die EU zu gemeinsamen Positionen in Außenpolitikfragen sich durchgerungen hat. Gerade beim Irak-Krieg war es eine Schande für Europa, hier nicht gemeinsam dagegen aufzutreten.“

STANDARDCHAT_LUNACEK - Frage: „Sind Sie persönlich für ein gemeinsames europ. Heer und einem gemeinsamen europ. Außenminister sowie das Zurückgreifen auf NATO Einrichtungen?“

STANDARDCHAT_LUNACEK - Lunacek: „Für eine/n europäische/n AußenministerIn ja, für ein gemeinsames europäisches Heer nein. Und ich sehe auch die NATO nicht als Zukunftsmodell. Viel wichtiger ist, den Schwerpunkt auf Konfliktprävention zu verlagern, auch finanziell.“

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **BZÖ**: Nein (3) – Kommentar: Kein Kommentar

PRESSECHAT_STADLER - Frage: „Sehr geehrte Herr Mag. Stadler Mit dem Lissabon-Vertrag wird auch der 1. Schritt getätigt zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) [die auch handlungsfähig ist [war sie aufgrund von zu viel Bürokratie noch nicht - siehe Irak oder Jugoslawienkrieg]in wie fern stehen sie dazu? Sollte die EU international auch außenpolitisch gemeinsam Auftreten (d.h. wenn das Parlament entscheidet, solln die Mitgliedstaaten dazu verpflichtete werden) und somit unabhängig von dem Schutz der NATO werden. Oder soll es jedem Mitgliedstaat frei sein sich zu Entscheiden? Herzlichen Dank für Ihre Antwort.“

PRESSECHAT_STADLER - Stadler: „Zunächst Danke für Ihre Frage, weil darin die Erkenntnis vorhanden ist, dass nicht die EU für den Frieden auf dem Kontinent gesorgt hat, sondern in erster Linie die Nato. Für einen neutralen Staat wie Österreich stellt aber eine GASP stets ein Problem dar, sodass man daran nur mit dem Neutralitätsvorbehalt teilnehmen kann. So vernünftig eine GASP ist, so sehr muss das neutrale Österreich auf die Wahrung seiner eigenen außenpolitischen Interessen als neutraler Staat achten. Dem wird im derzeitigen Vertragstext des Lissabonvertrages nicht entsprochen, weshalb dies ein weiterer Grund für meine Ablehnung dieses Vertrages ist. Ich kann mir aber eine GASP-Teilnahme Österreichs mit einem Neutralitätsvorbehalt durchaus vorstellen.“

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen nicht überein –
Stadler spricht sich für eine spezifische Form der GASP
Teilnahme aus

Wahlkabine JuLis: Ja (3) – Kommentar: „Die Jungen Liberalen sehen als Ziel der Europäischen Einigung die Schaffung eines föderalen Bundesstaates, der außenpolitisch mit einer Stimme spricht, damit Europa auch politisch so ernst genommen wird, wie es im wirtschaftlichen Bereich bereits der Fall ist.“

WAHLPROGRAMM_JULIS Seite 2: „Als Junge Liberale stehen wir für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Hierzu müssen langfristig Kompetenzen von den einzelnen Nationalstaaten auf die Europäische Union übergehen, was auch die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip auf Mehrheitsentscheidungen

beinhalten soll. Die GASP umfasst alle außenpolitischen, entwicklungspolitischen und verteidigungspolitischen Fragen. In diesem Zuge soll auch ein neues, europäisches Ressort der Verteidigungspolitik entstehen, sowie gemeinsame diplomatische Vertretungen, die die nationalen Botschaften ersetzen sollen und das Amt eines Europäischen Außenministers geschaffen werden.“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

4.3.12. Frage 20: Soll sich die EU in Konfliktregionen auf humanitäre Einsätze beschränken?

Wahlkabine **ÖVP**: Ja (1) – Kommentar: „Europa hat eine Verantwortung auch in der Welt. Wir können nicht nur der größte Zahler sein, wir wollen auch aktiv zu Frieden und Sicherheit beitragen. Humanitäre Hilfe, die Einhaltung der Menschenrechte und der Schutz der Opfer sind daher eine Aufgabe der EU, an der sich all jene Staaten beteiligen können, die das wollen. Unsere Neutralität bleibt selbstverständlich unangetastet. Auf der Grundlage dieser Neutralität werden wir, wie bisher, verlässlicher und solidarischer Partner in der Welt und in Europa sein.“

PRESSECHAT_STRASSER - Frage: „Der EU wird vorgeworfen, sie würde Militarisierung fördern und fordern. Sind sie dafür, dass die EU ihre Anliegen notfalls auch mit Gewalt durchsetzen kann?“

PRESSECHAT_STRASSER - Strasser: „*in abstimmung mit der uno. nur so.*“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen nicht überein – Strasser kann sich militärische Einsätze mit UNO Abstimmung vorstellen.

Wahlkabine **SPÖ**: Nein (2) – Kommentar: „Wir bekennen uns zur Durchsetzung der Menschenrechte und des Völkerrechts durch die Vereinten Nationen. Auslandseinsätze des österreichischen Bundesheeres sind nur mit gültigem UN-Mandat vorstellbar. Dies betrifft sowohl friedenssichernde als auch friedenserhaltende Einsätze. Zivile Instrumente der Krisenprävention und Friedensstabilisierung haben aus unserer Sicht jedenfalls Vorrang.“

STANDARDCHAT_SWOBODA - Frage: „Soll Österreich im Rahmen von EU-Mandaten an militärischen Aktionen teilnehmen?“

STANDARDCHAT_SWOBODA - Swoboda: „Nur dann, wenn Österreich überzeugt ist, dass es sich um eine gute und notwendige Aktion handelt, z.B. zur Wahrung der Menschenrechte.“

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **FPÖ**: Ja (2) – Kommentar: Kein Kommentar

PRESSESTUNDE_MÖLZER - Mölzer: „...die Neutralität ist uns sehr wichtig. Dadurch können wir uns der Instrumentalisierung der NATO entziehen.“ (Mölzer bei 13:35).

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein –
Anmerkung: der Aussage Mölzers ist keine damit korrespondierende Frage voraus gegangen.

Wahlkabine **BZÖ**: Ja (3) – Kommentar: Kein Kommentar

WAHLPROGRAMM_BZÖ Seite 7: „Wir fordern daher eine Stärkung der außen- und sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der EU nach außen, mit Sicherheitsgarantie für die Mitgliedstaaten nach innen, bei gleichzeitiger Wahrung der absoluten Neutralität Österreichs. Eine Europaarmee wird daher auch entschieden abgelehnt.“

STANDARDCHAT_STADLER - Frage: „Soll sich Österreich im Rahmen eines EU-Mandates an militärischen Aktionen beteiligen, wie z.B. die Piratenjagd vor Somalia?“

STANDARDCHAT_STADLER - Stadler: „Nein, Österreich wurde mit seiner Neutralität EU-Mitglied, weshalb keine Beteiligung an militärischen Aktionen stattfinden sollten.“

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **JuLis**: Nein (2) – Kommentar: „Die Jungen Liberalen fordern die Schaffung eines Europäischen Heeres, das in Krisengebieten eingesetzt werden kann, und auch im Rahmen von UN-Missionen zur Friedenssicherung beiträgt.“

WAHLPROGRAMM_JULIS Seite 2: „Wir fordern als Fernziel die Schaffung einer Europäischen Armee, die einem gestärkten Europäischen Parlament unterstellt sein soll. Dies kann auf dem Weg einer schrittweisen Integration der nationalen Streitkräfte sowie der verstärkten Kooperation als erste Vorläufer geschehen. Die Armee soll sich auf die tatsächlichen Aufgaben der heutigen Zeit spezialisieren und insbesondere eine schnelle Eingreiftruppe zur Verfügung stellen. Eine europäische Armee muss jedoch eine reine Berufsarmee sein.“

STANDARDCHAT_MÜLLNER - Frage: „Wollen die JULIS die österr. (Rest)neutralität in einer größeren europ. Dimension entgültig mittels eines EU-Heeres abschaffen?“

STANDARDCHAT_MÜLLNER - Müllner: „Die Forderung nach einer Parlamentsarmee ist eher finanziell motiviert: Die Militärausgaben der EU-Länder sind im Verhältnis zur Schlagkraft der Streitkräfte gigantisch. Man könnte das Geld im Bildungs- und Sozialbereich besser gebrauchen. Wir wollen dezidiert keine Angriffsarmee nach amerikanischen Muster, wir wollen eine schnelle Eingreiftruppe zur Sicherung von Naturkatastrophen und Einsätzen im Rahmen von UN-Mandaten. Die Armee soll außerdem dem EU-Parlament unterstellt sein, d.h. der Europäischen Bürgerkammer.“

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

4.3.13. Frage 21: Soll die Türkei der EU beitreten dürfen, wenn sie alle formalen Kriterien für einen Beitritt erfüllt?

Wahlkabine **ÖVP**: Nein (2) – Kommentar: „Zum jetzigen Zeitpunkt sind aus Sicht der ÖVP die Voraussetzungen für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union nicht gegeben. Sollte die Frage des Beitritts der Türkei irgendwann doch zur Entscheidung anstehen, müssen jedenfalls die Österreicherinnen und Österreicher bei einer Volksabstimmung das letzte Wort haben.“

WAHLPROGRAMM_ÖVP Seite 32: „Das betrifft vor allem Verhandlungen mit der Türkei, die auf Druck Österreichs verhandlungsoffen geführt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt sind aus unserer Sicht die Voraussetzungen für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union nicht gegeben. Sollte die Frage des Beitritts der Türkei irgendwann doch zur Entscheidung anstehen, müssen jedenfalls die Österreicherinnen und Österreicher bei einer Volksabstimmung das letzte Wort haben.“

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein – Wahlkabine-Antwort wurde exakt aus dem Wahlprogramm übernommen

PRESSECHAT_STRASSER - Frage: „Heute findet eine Demonstration gegen den Bau einer Moschee in Wien statt, bei der Ausschreitungen befürchtet werden. Wie stehen Sie zum EU-Beitritt der Türkei?“

PRESSECHAT_STRASSER - Strasser: „derzeit ist das ein "no go"“

STANDARDCHAT_STRASSER - Frage: „Wie ist Ihre Einstellung zum EU-Beitritt der Türkei?“

STANDARDCHAT_STRASSER - Strasser: „die türkei ist nicht reif für einen beitritt“

DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN – Frage: „Sind sie, Herr Strasser, dafür die Verhandlungen abubrechen?“ (bei 16:30)

DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN - Strasser: „Die Türkei ist nicht reif für den Beitritt und daher ist es richtig und gut, dass die beitriffsrelevanten Kapitel unterbrochen sind und das wir am Ende des Jahres einen Bericht von der Kommission bekommen, wo wir darüber zu entscheiden haben und zwar insbesondere, der Rat und dann noch das Parlament, ob die Verhandlungen noch weitergeführt werden oder nicht. [...] Meine persönliche Meinung, die Türkei ist nicht reif für einen Beitritt und daher bin ich dafür, dass diese Verhandlungen, wenn die Ergebnisse so sind, wie wir sie jetzt sehen, abgebrochen werden“ (Strasser bei 16:45)

BÜRGERFORUM – Frage: „Die Frage des Türkeibeitrittes in die EU. Dafür, Dagegen?“ (bei 52:28)

BÜRGERFORUM - Strasser: „Türkei nein. Ohne Wenn und Aber.“ (Strasser bei 54:37).

PRESSESTUNDE_STRASSER – Frage: „Sie sagen, es gibt keine Geschäftsgrundlage. Man soll die Verhandlungen sofort abbrechen. Othmar Karas ist genau anderer Ansicht und sagt, man soll jetzt nicht im Wahlkampf andere Positionen vertreten. Was gilt jetzt?“ (bei 2:43)

PRESSESTUNDE_STRASSER - Strasser: „Die ÖVP Linie sagt sehr klar: Die Verhandlungen sind auf Eis gelegt und die ÖVP Linie sagt auch, das ist gut so.“ (Strasser bei 3:00). „Die Türkei ist nicht reif für einen Beitritt“ (Strasser bei 4:14).

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **SPÖ**: Nein (2) – Kommentar: „Die SPÖ tritt für eine verbindliche Volksabstimmung auf nationaler Ebene zum Türkeibeitritt ein. Den in der Fragestellung implizierten Automatismus lehnen wir ab.“

Österreich 6. Juni Wahlbeilage Seite 3 – Frage: „Zu den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei: Erst waren sie dafür, dann dagegen. Was gilt jetzt?“

Österreich 6. Juni Wahlbeilage Seite 3 – Swoboda: „Begonnen wurden die Verhandlungen unter Schwarz-Blau-Orange. Weil seit vielen Jahren Verhandlungen versprochen wurden, wenn gewissen Bedingungen erfüllt werden. Und ich bin für die Einhaltung von Verträgen. Ich bin aber einer, der immer wieder in die Türkei fährt und ich habe auch erkannt: wir kommen dort nicht zu Rande, weil die Reformen in der Türkei viel zu langsam vor sich gehen. Außerdem bin ich der Meinung: Lösen wir zuerst einmal die Integrationsprobleme in Österreich, bevor wir über die Frage der Integration der Türkei in Europa überhaupt diskutieren können.“

Die Presse 2. Juni Seite 5 – Frage: „Zum EU-Beitritt der Türkei werden Ihre Töne immer schärfer.“

Die Presse 2. Juni Seite 5 – Swoboda: „Nicht schärfer. Mich unterscheidet, dass ich nicht hetze. Ich habe schon 2008 gesagt, dass wir mit einem Türkei-Beitritt nicht zurande kommen. Da soll auch die Regierung, der Außenminister die Konsequenzen ziehen und sagen: Wir kommen nicht zu einem Beitritt, aber wir brauchen ein gutes Verhältnis mit

der Türkei, eine Zwischenstufe. Und dann wird man in zehn, fünfzehn Jahren sehen, ob wir zurande kommen.“

PRESSECHAT_SWOBODA - Frage: „Türkei in die EU. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit sie dem zustimmen könnten? Sollte es zu dem Thema auch eine Volksabstimmung in Österreich geben?“

PRESSECHAT_SWOBODA - Swoboda: „Ich habe mich lange mit diesem Thema beschäftigt, und bin zur Meinung gekommen, dass ein EU-Beitritt derzeit nicht aktuell ist. Es sind so viele Reformen in der Türkei notwendig, und es sind wichtige Schritte zur Stärkung der Entscheidungsfindung in der EU notwendig. Darüber hinaus würde in Österreich ohnedies eine Volksabstimmung stattfinden. Aber ich meine, in den nächsten zehn Jahren ist das Thema überhaupt nicht aktuell.“

STANDARDCHAT_SWOBODA - Frage: „Klubchef Josef Cap fordert eine Umwandlung der EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei in Verhandlungen über eine privilegierte Partnerschaft. Sie haben sich früher immer für einen Vollbeitritt der EU ausgesprochen. Wer soll Ihnen bzw. der SPÖ eigentlich noch glauben?“

STANDARDCHAT_SWOBODA – Swoboda: „Schon als Türkeiberichterstatter Ende der 90er Jahre habe ich klargestellt, dass mangels positiver Verhandlungsergebnisse ein "dritter Weg" im Verhältnis EU-Türkei gefunden werden muss. Nach meinem letzten Besuch in Ankara November 2008 habe ich das nochmals klar festgestellt.“

PRESSESTUNDE_SWOBODA – Frage: „Der Türkeibeitritt ist seit vielen Jahren ein sehr umstrittener Punkt. Sie haben gemeint, sofortiger Stopp der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Sie sollten nicht mehr in Richtung Beitritt, sondern nur mehr in Richtung eines engeren Arbeitsverhältnis geführt werden können. Können sie das übersetzen? Was heißt engeres Arbeitsverhältnis?“ (bei 36:30)

PRESSESTUNDE_SWOBODA - Swoboda: „Engeres Arbeitsverhältnis, zum Beispiel Zusammenarbeit in der Energiefrage wo wir die Türkei als Partner brauchen, ist ganz wichtig. In der regionalen Stabilität, brauchen wir in dieser Region einen stabilen Partner. Sicherlich auch in der Weiterentwicklung der Demokratie in der Türkei. Die Türkei ist ein wichtiger Partner. Es geht nicht, dass wir jetzt noch immer weiterverhandeln auf den Beitritt hin, weil das auch unfair der Türkei gegenüber ist.“ (Swoboda bei 36:42)

BÜRGERFORUM – Frage: „Die Frage des Türkeibeitrittes in die EU. Dafür, Dagegen?“ (bei 52:28)

BÜRGERFORUM - Swoboda: „Ich habe bereits im November aufgrund meiner langen Beschäftigung mit der Türkei ganz klar öffentlich gesagt und geschrieben und im Internet nachzulesen eine Mitgliedschaft der Türkei kommt nicht in Frage weil wir andere Probleme haben. Wir haben das Problem der Arbeitslosigkeit, wir müssen uns um unsere Jobs kümmern, wir müssen uns um unsere soziale Sicherheit kümmern, da können wir jetzt nicht einen Beitritt der Türkei diskutieren. Ich fordere den Außenminister auf die Verhandlungen mit Ende dieses Jahres abubrechen und ein neues gutes Verhältnis zur Türkei herzustellen.“ (Swoboda bei 53:55)

DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN – Frage: „Sollen alle Verhandlungen, wenn es nach ihnen geht, die in Folge zu einem Beitritt der Türkei, wann auch immer führen können, ihrer Meinung nach abgebrochen werden?“ (bei 14:47)

DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN - Swoboda: „Dass die Türkeiverhandlungen mit Ende dieses Jahres abgebrochen werden. [...] Weil ich glaube es macht nicht Sinn, weder für die Türkei noch für uns diese Verhandlungen fortzuführen, weil wir mit der Türkei eine Partnerschaft brauchen, eine richtige Partnerschaft brauchen, aber nicht die Beitrittsverhandlungen.“ (Swoboda bei 16:00)

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **Liste Martin**: Nein (3) – Kommentar: „Die Türkei gehört nur zu einem verschwindenden Teil zu Europa und einen Beitritt könnte die EU nicht verkraften. Nur ein paar Unternehmen (billige Arbeitskräfte, Investitionssicherheit) und US-Geostrategen hätten etwas davon.“

WAHLPROGRAMM_MARTIN Seite 2: „Wir treten für Volksabstimmungen in allen wichtigen Fragen ein, für die Neutralität Österreichs und gegen einen Beitritt der Türkei zur EU.“

Österreich 5. Juni 2009 Seite 32 – Wahlwerbung Martin: „H.P. Martin kämpft gegen einen EU-Beitritt der Türkei und gegen den Parteienfilz.“

Österreich 6. Juni 2009 Seite 11 – Wahlwerbung Martin: „für eine demokratische EU ohne die Türkei“

PRESSECHAT_MARTIN - Frage: „werter hpm, zum thema eu-beitritt der türkei: sind sie wirklich kompromisslos dagegen oder würden sie einen beitritt befürworten, wenn eines tages - sagen wir in etwa 10-15 jahren - die eu-elite zur meinung kommt "die türkei sei jetzt soweit"...? was halten sie von der aussage vom israelischen aussenminister liebermann, wonach der beitritt israels zur eu "eine option" sei ? beste grüße, t.“

PRESSECHAT_MARTIN - Martin: „Einen EU-Beitritt der Türkei kann und will ich mir nicht vorstellen. Da halte ich es mit dem deutschen Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt: "Nein, sie passen nicht dazu", schrieb er immer wieder in der hochangesehenen deutschen Wochenzeitung "Die Zeit". Das zentrale Argument: Ein Beitritt würde die Integration der schon hier lebenden Türken und Kurden noch viel schwerer machen, vor allem den USA nützen und die EU überfordern. Außerdem ist die Türkei nur zu einem ganz kleinen Teil ein Teil des europäischen Kontinents. Auch Israel ist nicht Teil Europas, ebenso wenig wie Australien etc.“

STANDARDCHAT_MARTIN - Frage: „Welche Position vertreten Sie in der Diskussion um den EU Beitritt der Türkei?“

STANDARDCHAT_MARTIN - Martin: „Die Position des deutschen Ex-Kanzlers Helmut Schmidt, der in der "Zeit" schrieb "Nein, sie passen nicht dazu". Argument Türkeibeitritt überfordert EU, Integration der bereits hier lebenden Türken dann fast unmöglich, auch geografisch ist die Türkei nur zum kleinsten Teil europäisch (siehe auch Argument Voggenhuber).“

DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN – Frage: „Sollen alle Verhandlungen, wenn es nach ihnen geht, die in Folge zu einem Beitritt der Türkei, wann auch immer führen können, ihrer Meinung nach abgebrochen werden?“ (bei 14:47)

DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN - Martin: „Ja, ein ganz deutliches Ja.“ (Martin bei 14:56)

BÜRGERFORUM – Frage: „Die Frage des Türkeibeitrittes in die EU. Dafür, Dagegen?“ (bei 52:28)

BÜRGERFORUM - Martin: „Ganz massiv dagegen mit den Argumenten eines großen deutschen Sozialdemokraten Helmut Schmidt, der sagt: Integration ist dann überhaupt nicht mehr möglich. [...] Es ist mir ganz ganz wichtig, weil es Europa überfordern würde, weil auch es geographisch nicht dazugehört.“ (Martin bei 53:01)

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **FPÖ**: Nein (3) – Kommentar: Kein Kommentar

WAHLPROGRAMM_FPÖ Seite 2: „FPÖ-HC Strache und Andreas Mölzer sagen als einzige Partei: „Nein zu einem EU-Beitritt der Türkei und Null Toleranz für den radikalen Islamismus.““

Kronen Zeitung 31. Mai 2009 Seite 37 – Wahlwerbung FPÖ: „Dass es unser gutes Recht ist, einen möglichen EU-Beitritt der Türkei u.a. Staaten abzulehnen.“

Kronen Zeitung 3. Juni 2009 Seite 13 – Wahlwerbung FPÖ: „die Türkei und Israel nicht zur EU und Europa gehören.“

Kronen Zeitung 4. Juni 2009 Seite 11 – Wahlwerbung FPÖ: „EU-Beitritt der Türkei: Dagegen ohne Wenn und Aber. Logisch auch gegen Verhandlungen darüber und Milliardenzahlungen an die Türkei.“

Kurier 5. Juni 2009 Seite 7 – Wahlwerbung FPÖ: „Die FPÖ sagt als einzige Partei ohne Wenn und Aber, dass weder die Türkei noch Israel zur EU gehören sollen.“

Kurier 6. Juni 2009 Seite 20 – Wahlwerbung FPÖ: „Ohne Wenn und Aber gegen den EU-Beitritt. Daher auch gegen Verhandlungen mit der Türkei.“

Heute 5. Juni 2009 Seite 17 – Wahlwerbung FPÖ: „Ohne Wenn und Aber gegen den EU-Beitritt. Daher auch gegen Verhandlungen mit der Türkei.“

PRESSECHAT_MÖLZER - Frage: „Warum wird von der FPÖ immer das EU-Beitritt der Türkei zum Thema gemacht? Selbst die Grünen die in dieser Hinsicht

grundsätzlich sehr offen sind, sagen dass das nicht innerhalb der nächsten 7 Jahren passiert. Warum ist es überhaupt ein Thema für den heurigen Wahlkampf? Purer Populismus oder gibt es einen ernsthaften Hintergrund?“

PRESSECHAT_MÖLZER – Mölzer: „Bekanntlich laufen ja die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, und diese laufen eben auf einen Beitritt hinaus und keineswegs nur auf eine privilegierte Partnerschaft. Die Behauptungen der anderen Parteien, dass die Türkei zur Zeit nicht auf der Tagesordnung stehe, soll nur die Wähler beruhigen. Nach der Wahl werden diese Beitrittsverhandlungen ungemindert weitergeführt. Wir hingegen sind prinzipiell gegen einen Beitritt, auch nicht in sieben Jahren.“

STANDARDCHAT_MÖLZER - Frage: „Herr Mölzer, würden sie einem EU beitriff der Türkei zustimmen, wenn alle vorgegebenen Richtlinien und Kriterien der EU erfüllt wären?“

STANDARDCHAT_MÖLZER - Mölzer: „Der EU-Beitritt der Türkei würde meines Erachtens das Ende einer positiven europäischen Integration bedeuten. Geopolitisch, kulturell und natürlich auch religiös ist die Türkei weder heute noch in absehbarer Zeit so etwas wie ein europäisches Land. Im Gegenteil, aktuelle Entwicklungen beweisen, dass die Türkei nicht nur ein vordemokratisches Staatswesen ist, ohne die entsprechende Respektierung der Menschenrechte, sondern von einem unehmenden Prozess der Re-Islamierung geprägt ist. Im Gegensatz zu unserem politischen Konkurrenten, die den Türkeibeitritt wahlkampfbedingt nur für den gegenwärtigen Zeitpunkt ausschließen - nach der Wahl wird das alles wieder anders aussehen - sind wir prinzipiell und dauerhaft gegen diesen Türkeibeitritt. Allerdings sollte die Türkei ein wichtiger Partner für die EU sein.“

PRESSESTUNDE_MÖLZER – Frage: „Wer soll denn aller beitreten?“ (bei 6:58)

PRESSESTUNDE_MÖLZER - Mölzer: „Was die Türkei betrifft, so ist das aus geopolitischen Gründen absurd für mich und aus historisch, kulturellen, religiösen Gründen.“ (Mölzer bei 8:35)

DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN – Frage: „Sollen alle Verhandlungen, wenn es nach ihnen geht, die in Folge zu einem Beitritt der Türkei, wann auch immer, führen können, ihrer Meinung nach abgebrochen werden?“ (bei 14:47)

DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN - Mölzer: „Wenn die Türkei die Zypernfrage positiv im Sinne der EU beantworten würde, dann ist die Türkei deswegen auch noch immer kein EU-reifes Beitrittsland, weil es kein europäisches Land ist.“ (Mölzer bei 18:30)

BÜRGERFORUM – Frage: „Die Frage des Türkeibeitrittes in die EU. Dafür, Dagegen?“ (bei 52:28)

BÜRGERFORUM - Mölzer: „Ich glaube, dass der Türkeibeitritt nicht nur zur Zeit, sondern insgesamt für Europa unmöglich und unverkraftbar ist. Die Türkei ist eben kein europäisches Land. Geopolitisch, sie ist kulturell und religiös keines, sie ist kein demokratisches Land und sie ist natürlich ein Land, das durch weitere Massenzuwanderung und Islamisierung unsere Identität gefährden würde.“ (Mölzer bei 52:05)

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **Grüne**: Ja (2) – Kommentar: „Voraussetzung eines EU-Beitritts der Türkei sind: Demokratie, Rechtsstaat, Wahrung und Umsetzung der Menschenrechte.“

WAHLPROGRAMM_GRÜNE Seite 23: „Türkei: Wir wollen verlässliche und faire Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und das Offenhalten der Beitrittsoption. Nur diese sind ein Motor für Reformen. Die Türkei kann - soweit sie die Beitrittskriterien tatsächlich erfüllt haben wird - als EU-Mitglied zu einem stabilen Anker in der Region werden.“

Die Presse 4. Juni 2009 Seite 8 – Frage: „Sie sind die einzige Spitzenkandidatin, die langfristig für einen Beitritt der Türkei eintritt. Können Sie sich auch eine Alternative zur Vollmitgliedschaft vorstellen?“

Die Presse 4. Juni 2009 Seite 8 – Lunacek: „Jetzt geht es einmal darum, ob die Türkei die Beitrittskriterien erfüllt. Ich bin nicht eine, die sagt, die Türkei muss um jeden Preis teilnehmen. Derzeit bin ich mir nicht sicher, ob es der Türkei gelingen wird. Ich halte es aber für falsch, den Beitrittsprozess abubrechen, solange er ein Reformmotor etwa auch im Sinne von Menschenrechtsorganisationen ist.“

PRESSECHAT_LUNACEK - Frage: „Wie können Sie für den Beitritt der Türkei sein, wenn diese nicht mals das EU-Mitglied Zypern anerkennt?“

PRESSECHAT_LUNACEK - Lunacek: „Die Türkei ist derzeit ist derzeit nicht beitriffsreif und die Entscheidung darüber wird auch nicht in den nächsten fünf Jahren fallen. Für einen Beitritt muss sie sowohl alle Menschenrechts- und Wirtschaftskriterien der EU erfüllen als auch Zypern anerkennen, das steht für mich außer Frage.“

STANDARDCHAT_LUNACEK - Frage: „Würden Sie die Türkei in der EU begrüßen?“

STANDARDCHAT_LUNACEK - Lunacek: „Wenn sie alle von der EU verlangten Kriterien erfüllt, ja. Dies ist jetzt noch nicht der Fall. Die Kriterien sind u. a. Menschenrechte, Demokratie, wirtschaftliche Reformen. Die Beitrittsoption will ich auf jeden Fall offenhalten, weil diese ein Reformmotor gerade für Menschenrechte und Medienfreiheit ist.“

PRESSESTUNDE_LUNACEK – Frage „Die Grünen sind glaube ich, stärkste Gruppierung, also inhaltlich für einen Beitritt der Türkei. Sie auch?“ (bei 35:03)

PRESSESTUNDE_LUNACEK - Lunacek: „Wir sagen die Beitrittsoption ist für die Reformkräfte in der Türkei der Motor, Reformen weiterzubringen. [...] Es ist aber lange nicht so, dass wir sagen, die Türkei soll jetzt beitreten. Der Prozess wird, wenn überhaupt, noch zehn Jahre dauern. Aber ich halte es für falsch, jetzt zu sagen, wir müssen den Beitrittsprozess stoppen.“ (Lunacek bei 35:16).

DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN – Frage: „Sollen alle Verhandlungen, wenn es nach ihnen geht, die in Folge zu einem Beitritt der Türkei, wann auch immer, führen können, ihrer Meinung nach abgebrochen werden?“ (bei 14:47)

DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN - Lunacek: „Ich will weiterverhandeln“ (Lunacek bei 18:12)

BÜRGERFORUM – Frage: „Die Frage des Türkeibeitrittes in die EU. Dafür, Dagegen?“ (bei 52:28)

BÜRGERFORUM - Lunacek: „Dafür, wenn die Kriterien eingehalten werden und Menschenrechte, Frauenrechte, Minderheitenrechte gesichert sind. In zehn Jahren vielleicht.“ (Lunacek bei 52:40)

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **BZÖ**: Nein (3) – Kommentar: Kein Kommentar

WAHLPROGRAMM_BZÖ Seite 5: „Eine EU- Mitgliedschaft der Türkei wird aufgrund massiver Defizite in den Bereichen demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Menschenrechte, der Rechte und Gleichberechtigung von Frauen und der Meinungsfreiheit abgelehnt. Die Türkei kann die für einen Beitritt erforderlichen Kriterien eine EU-Mitgliedschaft nicht erfüllen und ist zudem nicht Teil Europas. Anstelle eines Beitritts erscheint eher eine Zusammenarbeit in Form einer Partnerschaft mit Europa vor dem Hintergrund der geopolitischen Bedeutung der Türkei als sinnvoller und realistischer.“

Kronen Zeitung 31. Mai 2009 Seite 15 – Wahlwerbung BZÖ: „Eine strenge Ausländerpolitik, keinen EU-Beitritt der Türkei, für die Einführung von Grenzkontrollen und gegen den EU-Vertrag“

Kronen Zeitung 6. Juni 2009 Seite 37 – Wahlwerbung BZÖ: „wenn Sie gegen den EU-Beitritt der Türkei sind, weil die Türkei einfach nicht zu Europa gehört“

Österreich 31. Mai 2009 Seite 7 – Wahlwerbung BZÖ: „Eine strenge Ausländerpolitik, keinen EU-Beitritt der Türkei, für die Einführung von Grenzkontrollen und gegen den EU-Vertrag“

Österreich 4. Juni 2009 Seite 7 – Wahlwerbung BZÖ: „Denn wir sind die einzigen, die sich immer gegen einen Beitritt der Türkei ausgesprochen haben.“

Österreich 6. Juni 2009 Seite 40 – Wahlwerbung BZÖ: „wenn Sie gegen den EU-Beitritt der Türkei sind, weil die Türkei einfach nicht zu Europa gehört“

STANDARDCHAT_STADLER - Frage: „Sehen Sie in der Türkei ein europäisches Land? Bzw. ein Land, das in die EU als Vollmitglied aufgenommen werden sollte?“

STANDARDCHAT_STADLER - Stadler: „Nein, die Türkei gehört nicht zu Europa, weder historisch, noch kulturell, geographisch und politisch. Sie wird dies auch in 100 Jahren noch nicht sein.“

PRESSESTUNDE_STADLER – Frage: „Sie sind ganz definitiv gegen einen Türkeibeitritt?“ (bei 42:20)

PRESSESTUNDE_STADLER - Stadler: „Definitiv.“ (Stadler bei 42:23)

DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN – Frage: „Sollen alle Verhandlungen, wenn es nach ihnen geht, die in Folge zu einem Beitritt der Türkei, wann auch immer, führen können, ihrer Meinung nach abgebrochen werden?“ (bei 14:47)

DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN - Stadler: „Sofortiger Abbruch der Türkeiverhandlungen“ (Stadler bei 15:04)

BÜRGERFORUM – Frage: „Die Frage des Türkeibeitrittes in die EU. Dafür, Dagegen?“ (bei 52:28)

BÜRGERFORUM - Stadler: „Dagegen und zwar mit Überzeugung. Weder jetzt, noch in fünfzig Jahren.“ (Stadler bei 52:32)

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **JuLis**: Ja (3) – Kommentar: „Die Jungen Liberalen sehen keinen Grund der Türkei einen Beitritt zur Europäischen Union zu verwehren, sofern die Kopenhagener Kriterien erfüllt sind. Sie sehen darin eine große Chance, um eine Brücke zum islamischen Kulturkreis aufzubauen.“

STANDARDCHAT_MÜLLNER - Frage: „wo fängt für die jungen liberalen europa an und wo hört es auf? welche länder sollen aufgenommen werden, welche sicher nicht?“

STANDARDCHAT_MÜLLNER - Müllner: „Generell: ich sehe als Liberaler keinen Grund, Länder aufgrund ihrer Kultur auszugrenzen. Wenn die Kopenhagener Kriterien erfüllt werden, d.h. sich die Länder auch zu Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bekennen, wenn die Union von ihrer Struktur her aufnahmefähig und

–willig ist, sollte der Integrationsprozess weitergehen. Speziell: Ich denke, Island und Kroatien können sehr bald beitreten, auch den restlichen Balkanländern sollte man die Möglichkeit geben. Ich hoffe, dass sich auch Norwegen, die Schweiz und die Kleinstaaten dazu entschließen. Die Türkei hat noch einen sehr langen Weg vor sich, aber wenn sie ihn gehen will, sollten wir sie dabei unterstützen.“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

4.3.14. Frage 22: Soll EU-weit eine höhere Besteuerung des Treibstoffs von Flugzeugen eingeführt werden?

Wahlkabine **Liste Martin**: Ja (2) – Kommentar: „Es muss eine Fairness zwischen Bahn-Auto-Flugzeug geben. Und ökologisch sowieso. Allerdings sollten im Gegenzug Einkommen steuerlich entlastet werden.“

BÜRGERFORUM – Frage: „Ökosteuern auf europäischer Ebene. Sind sie dafür – ja oder nein?“ (bei 25:05)

BÜRGERFORUM - Martin: „Ökosteuern. Keine neuen Steuern bitte, solange die EU nicht wirklich reformiert ist und wir auch die Chance haben, unsere Beiträge zu senken“ (Martin bei 27:25)

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen nicht überein

4.3.15. Frage 24: Soll angesichts der Krise auf den Finanzmärkten die EU den neuen Mitgliedsstaaten (z.B. Rumänien, Bulgarien) eine größere finanzielle Unterstützung als bisher zusichern?

Wahlkabine **BZÖ**: Nein (2) – Kommentar: Kein Kommentar

PRESSESTUNDE_STADLER – Frage: „Werden sie so wie SPÖ und ÖVP in Brüssel für eine Osthilfe kämpfen und für die Rettung der österreichischen Banken?“ (bei 46:48)

PRESSESTUNDE_STADLER - Stadler: „Das werden wir müssen [...], dann muss man natürlich versuchen, dass man hier einen gesamteuropäischen Rettungsplan zusammenbringt. Nur ich sags noch einmal, das setzt voraus, dass man auf europäischer

Ebene im gesamten EU Raum stattfindenden Spekulationen also zumindest einen Teil nämlich 0,01% dieser Spekulationsvolumina abschöpft als Steuer...“ (Stadler bei 47:34)

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen nicht überein

4.3.16. Frage 25: Soll die EU ein System mit verbindlichen Sanktionsmechanismen in der Finanzmarktaufsicht schaffen?

Wahlkabine **ÖVP**: Ja (2) – Kommentar: „Es muss für grenzüberschreitende Märkte auch grenzüberschreitende Kontrollen geben. Eine gemeinsame Finanzmarktaufsicht soll helfen, Lücken in der Beaufsichtigung von Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmern zu schließen, Missbrauchsmöglichkeiten abzustellen und Wettbewerbsgleichheit zwischen den Anbieterinnen und Anbietern herzustellen.“

WAHLPROGRAMM_ÖVP Seite 17: „Wir wollen mehr Transparenz im System, damit es für alle einsehbarer wird. Es muss für grenzüberschreitende Märkte auch grenzüberschreitende Kontrollen geben. Eine gemeinsame Finanzmarktaufsicht soll helfen, Lücken in der Beaufsichtigung von Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmern zu schließen, Missbrauchsmöglichkeiten abzustellen und Wettbewerbsgleichheit zwischen den Anbieterinnen und Anbietern herzustellen. Europa muss mit einer Stimme gemeinsame Antworten mit unseren Partnerinnen und Partnern außerhalb Europas finden, damit solche Krisen künftig nicht mehr passieren können.“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein – Teile der Wahlkabine-Antwort wurden aus dem Wahlprogramm übernommen.

DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN – Frage: „Kann man etwas tun?“
Anmerkung: gegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit (bei 09:37)

DISKUSSION_SPITZENKANDIDATEN - Strasser: „Da brauchen wir Regeln für den Finanzmarkt, für eine ordentliche Finanzmarktaufsicht, für eine Bankenaufsicht gegen Ratingagenturen und wir brauchen eine Transaktionssteuer, damit Spekulanten besteuert und Häuslbauer geschützt werden“ (Strasser bei 10:07)

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

BÜRGERFORUM - Strasser: „Wir brauchen eine Transaktionssteuer die Spekulanten besteuert und Häuslbauer schützt. Drittens, wir brauchen klare Regelungen für den europäischen Finanzmarkt, weil wir nicht mehr erleben wollen, dass amerikanische Spekulanten hier vielen Menschen das Geld nehmen.“ (Strasser bei 1:30:05)

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein –
Anmerkung: Da es sich hierbei um ein
Schlussstatement handelt, gab es keine dazu gehörige
Frage.

PRESSESTUNDE_STRASSER – Frage: „Wie soll denn diese Spekulationssteuer funktionieren?“ (bei 33:53)

PRESSESTUNDE_STRASSER - Strasser: „Wir brauchen Europa das klare Regeln da sind. Das es Gebote und Verbote gibt für bestimmte Produkte, das Ratingagenturen genau das tun, was sie tun sollen und nichts anderes. Das müssen wir in den nächsten 3, 4, 5 Jahren auf die Beine bringen. Im Parlament, in der Kommission und im Rat. Das was wir zusätzlich fordern, vorschlagen ist, dass jene die spekulieren, Steuern zahlen und jene, die Häuslbauen sich etwas ansparen wollen, geschützt werden.“ (Strasser bei 34:20).

➔ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine SPÖ: Ja (3) – Kommentar: Kein Kommentar

WAHLPROGRAMM_SPÖ Seite 12: „Wir setzen uns für wirksame Kontrollinstanzen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein. Die Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden muss weiterentwickelt werden, und die internationalen Finanzinstitutionen sollen ein Frühwarnsystem und politische Handlungsempfehlungen für stabile Finanzmärkte entwickeln.“

Kurier 7. Juni 2009 Seite 4 Interview Swoboda: „Schon lange vor der Wirtschaftskrise habe ich mit meiner Fraktion darauf gedrängt, strenge Kontrollen für den Finanzmarkt zu bekommen. Diesem Druck auf die Kommission ist zu verdanken, dass nun Rating-Agenturen, Hedge Fonds etc. einer Regulierung unterworfen werden“.

PRESSECHAT_SWOBODA - Frage: „Auf Ihrem Wahlplakat steht als einer ihrer Punkte, dass die SPÖ vor Spekulation schützen will. Wie bitte wollen Sie das bewerkstelligen??“

PRESSECHAT_SWOBODA - Swoboda: „Es ist absolut notwendig, den Finanzmärkten in Europa strengere Regeln zu geben, die auch auf globaler Ebene durchzusetzen sind und es sind steuerliche Maßnahmen zu setzen, um die Spekulationen einzudämmen. Dabei geht es vor allem um eine Transaktionssteuer, die einerseits Spekulationen "bestraft", und andererseits Geld für den Ausbau der europäischen Infrastruktur bereitstellt.“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **Liste Martin**: Ja (3) – Kommentar: „Als ich 1999 erstmals kandidierte, wollte ich vor allem an einer neuen „Finanzarchitektur“ mitwirken, weil schon damals die Krisengefahr deutlich war. Doch vor allem die Sozialdemokraten blockierten dies damals. Hoffentlich ändert sich das endlich - doch dazu braucht es Druck von Seiten der Wählerinnen und Wähler.“

STANDARDCHAT_MARTIN - Frage: „In Bezug auf die Finanzkrise: Welche konkreten Maßnahmen schlagen sie vor, um ein nachhaltiges System zu schaffen, in dem sich die Produktion von nützlichen Gütern oder die Bereitstellung sinnvoller Dienstleistungen auch finanziell mehr lohnt, als auf Währungen, Papiere, etc. zu spekulieren.“

STANDARDCHAT_MARTIN - Martin: „1. Herstellung von Transparenz und Einblick für zumindest EU-weite Kontrolleure in die grenzüberschreitend tätigen Banken, damit Eindämmung der Schattenbankwirtschaft. 2.Eine globale Finanzarchitektur, wie schon in der "Globalisierungsfalle" gefordert. Wechselkurssysteme aufbauend auf Bretton Woods. 3. Rückkoppelung der spekulativ eingesetzten Geldmengen in ein sinnvolles Verhältnis zur realen Güterproduktion. 4. Völlig andere steuerliche Anreize, also Transportkostenwahrheit, Entsteuerung gerade von sozial nützlichen Dienstleistungen. 5. Die parlamentarische Intergroup "Tobin Tax" habe ich 1999 gemeinsam mit Harlem Desir und Glyn Ford in Strassburg gegründet - Stichwort Devisentransaktionssteuer. Leider hat die sozialdemokratische EU-Fraktion diese Initiative bis vor kurzem noch

nicht unterstützt - Lobbydruck auf Labour, die SPD, aber auch österreichische Sozialdemokraten.“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

Wahlkabine **Grüne**: Ja (3) – Kommentar: „Die gegenwärtige Krise zeigt, wie verwundbar ein Wirtschaftssystem gegenüber der Abzockermentalität auf den Kapitalmärkten ist. Die Grünen fordern zum Schutz der Menschen eine europäische Finanzmarktaufsicht, eine Finanztransaktionssteuer und die Trockenlegung von Steueroasen.“

WAHLPROGRAMM_GRÜNE Seite 10: „Die Finanzmärkte müssen wieder in den Dienst der Realwirtschaft gestellt, transparent arbeiten und kontrolliert werden. EU-weite Regulierungen sollen für alle Institutionen des Finanzsektors – ohne Ausnahme – in Kraft treten: • starker Verbraucherschutz für AnlegerInnen • europaweite Genehmigungspflicht von Finanzprodukten • Regulierung von Hedge- und Private-Equity Fonds • eine unabhängige EU-weite Rating-Agentur • strenge Vorschriften für spekulative Geschäfte und eine höhere Eigenkapitalunterlegung • klare Haftungsregeln • Beschränkung von Managementgehältern“

→ BEWERTUNG: Positionen stimmen überein

4.4. Ergebnisse

Tabelle 2 zeigt zusammenfassend die Analyseergebnisse der Untersuchung. Für jede Partei werden die insgesamt analysierten Positionen, aufgeschlüsselt nach Medium, angezeigt. Die Spalten „gleich“ und „ungleich“ geben an, wie viele Positionen mit den Wahlkabine-Antwortprofilen übereingestimmt haben und bei wie vielen es zu Abweichungen gekommen ist. Die Verteilung von gleichen und ungleichen Positionen ist für jede Partei angegeben. Insgesamt wurden 98 Analyseeinheiten untersucht, von welchen 89 (~91%) die gleiche Position wie die Wahlkabine-Antwort vertraten und 9 (~9%) von der Wahlkabine-Antwort abwichen. Die der Tabelle folgenden Abschnitte interpretieren die Ergebnisse der einzelnen Parteien.

		Positionen					Positionen			
		insgesamt	gleich	ungleich			insgesamt	gleich	ungleich	
ÖVP	Wahlprogramm	3	3	-	Grüne	Wahlprogramm	5	5	-	
	Printmedien	0	-	-		Printmedien	1	1	-	
	Onlinemedien	7	5	2		Onlinemedien	8	8	-	
	TV	9	9	-		TV	5	5	-	
	Summe	19	17	2		Summe	19	19	0	
	Verteilung	100%	89%	11%		Verteilung	100%	100%	0%	
SPÖ	Wahlprogramm	2	2	-	BZÖ	Wahlprogramm	3	2	1	
	Printmedien	3	3	-		Printmedien	5	5	-	
	Onlinemedien	6	5	1		Onlinemedien	4	3	1	
	TV	0	-	-		TV	5	3	2	
	Summe	11	10	1		Summe	17	13	4	
	Verteilung	100%	91%	9%		Verteilung	100%	76%	24%	
Liste Martin	Wahlprogramm	1	1	-	Julis	Wahlprogramm	3	3	-	
	Printmedien	2	2	-		Printmedien	0	-	-	
	Onlinemedien	3	3	-		Onlinemedien	3	3	-	
	TV	3	2	1		TV	0	-	-	
	Summe	9	8	1		Summe	6	6	0	
	Verteilung	100%	89%	11%		Verteilung	100%	100%	0%	
FPÖ	Wahlprogramm	1	1	-	KPÖ	Wahlprogramm	0	-	-	
	Printmedien	6	6	-		Printmedien	0	-	-	
	Onlinemedien	4	3	1		Onlinemedien	1	1	-	
	TV	5	5	-		TV	0	-	-	
	Summe	16	15	1		Summe	1	1	0	
	Verteilung	100%	94%	6%		Verteilung	100%	100%	0%	
		Total					Wahlprogramm	18	17	1
							Printmedien	17	17	0
							Onlinemedien	36	31	5
							TV	27	24	3
							Summe	98	89	9
							Verteilung	100%	91%	9%

Tabelle 2: Analyseergebnisse

Vergleichbare Positionen der **ÖVP** konnten vor allem im Wahlprogramm, Onlinemedien und TV gefunden werden. Bei insgesamt 19 Positionen wichen nur 2 (11%) vom Wahlkabine-Antwortprofil ab. Bei Wahlkabine-Frage 9 spricht sich die ÖVP gegen die europaweite Wählbarkeit von EU-Parlaments-KandidatInnen aus. Im Pressechat kann sich Strasser jedoch grundsätzlich eine solche europaweite Wahl vorstellen. Bei Wahlkabine-Frage 20 vermerkt die ÖVP in ihrem Antwortprofil, dass sich die EU in Konfliktregionen auf humanitäre Einsätze beschränken soll. Im Pressechat kann sich Strasser jedoch militärische Operationen mit UNO Abstimmung vorstellen.

Verglichen zur ÖVP konnten bei der **SPÖ** nur 11 vergleichbare Positionen gefunden werden. Davon entsprach nur eine Position (9%) nicht dem Wahlkabine-Antwortprofil. Im Kontext der Wahlkabine-Frage 4 spricht sich die SPÖ deutlich für klare Regeln und eventuelle strafrechtliche Verfolgung aus, während im Kontext des Futurezone Artikels auf die Selbstregulierung der Computerspielbranche gesetzt wird. Auffallend ist, dass innerhalb der analysierten TV Sendungen keine Positionen gefunden werden konnten.

Von insgesamt neun analysierten Positionen machte die **Liste Martin** nur bei einer Position (11%) widersprüchliche Aussagen. Im Zusammenhang mit Wahlkabine-Frage 22 spricht sich die Liste Martin im Antwortprofil für die höhere Besteuerung des Treibstoffs von Flugzeugen aus, während in der TV Sendung „Bürgerforum“ alle neuen EU Steuern abgelehnt werden.

Bei der **FPÖ** wurden insgesamt 16 Positionen verglichen und insgesamt nur eine widersprüchliche Position identifiziert (6%). Eine Abweichung konnte bei Frage 4 festgestellt werden. Im Kontext der Wahlkabine wird von der FPÖ eine strafrechtliche Verfolgung bei illegaler Verbreitung von gewalttätigen Computerspielen verlangt, während im Futurezone Artikel die Verantwortung den Familien übertragen wird. Der hohe Anteil der Printmedien ist primär auf Wahlwerbungen zurückzuführen.

Bei den **Grünen** konnten bei 19 analysierten Positionen keine Abweichungen festgestellt werden. Gemeinsam mit der ÖVP haben die Grünen mit 19 Positionen den höchsten Anteil an der Gesamtheit der Analyseeinheiten.

Das **BZÖ** hat mit vier abweichenden von insgesamt 17 analysierten Positionen den höchsten Anteil an widersprüchlichen Positionen (24%). Bei Frage 10 tritt das BZÖ im

Wahlkabine-Antwortprofil für europaweite Volksabstimmungen ein. Das Wahlprogramm und die Aussage Stadlers in der ORF Pressestunde beziehen sich jedoch auf europaweite Abstimmungen, bei welchen nicht alle EU BürgerInnen gemeinsam entscheiden, sondern Mehrheiten in jedem Mitgliedsstaat erzielt werden müssen. Möglicherweise hat das BZÖ bei der Erstellung des Wahlkabine-Antwortprofils die Frage falsch interpretiert. Bei Frage 19 spricht sich das BZÖ gegen eine/n gemeinsame/n EU AußenministerIn aus. Im Pressechat spricht sich Stadler jedoch für eine spezifische, die Neutralität Österreichs berücksichtigende, GASP Teilnahme Österreichs, aus. Bei Frage 24 spricht sich das BZÖ im Zuge der Finanzmarktkrise gegen eine größere finanzielle Unterstützung der neuen EU Mitgliedsstaaten aus. In der Pressestunde fordert Stadler jedoch einen gesamteuropäischen Rettungsplan (Osthilfe) zur Rettung der österreichischen Banken.

Bei den **JuLis** konnten bei insgesamt 6 analysierten Positionen keine Abweichungen festgestellt werden.

Bei der **KPÖ** konnten bei einer analysierten Position keine Abweichungen festgestellt werden.

Die Betrachtung der Analyseeinheiten aufgeschlüsselt nach Medium (siehe Tabelle 2) lässt erkennen, dass vor allem bei Onlinemedien und TV ungleiche Positionen gefunden werden konnten. Die einzig abweichende Position innerhalb der Wahlprogramme kann als Ausreißer betrachtet werden. Es ist anzunehmen, dass das BZÖ die Wahlkabine-Frage der europaweiten Volksabstimmungen falsch interpretiert hat.

Sehr ungleich verteilt ist die Anzahl der Analyseeinheiten pro Partei. In absteigender Reihenfolge: ÖVP (19), Grüne (19), BZÖ (17), FPÖ (16), SPÖ (11), Liste Martin (9), JuLis (6), und KPÖ (1). Während JuLis und KPÖ aufgrund der fehlenden medialen Aufmerksamkeit nicht mit den restlichen Parteien verglichen werden können, gibt es deutliche Unterschiede zwischen den stimmenstärkeren Parteien. So wurden nur 11 Analyseeinheiten der stimmenstarken SPÖ identifiziert und fast doppelt so viele (19) bei den stimmenschwachen Grünen. Der einzige Rückschluss, welcher dieser Vergleich zulässt, ist ein für die politische Realität relativ irrelevanter: die Grünen haben im Wahlkampf mehr Wahlkabine-Themen adressiert, als die SPÖ. Zwar ist diese Feststellung im Kontext dieser Arbeit interessant, doch ist sie von zu vielen Faktoren

beeinflusst um davon ausgehend, weitere Schlüsse zu ziehen: (i) in Interviews und Onlinechats werden Themen durch die dort gestellten Fragen definiert, (ii) viele Analyseeinheiten bedeuten nicht, dass ein besonders breiter Themenwahlkampf geführt wurde – es ist ausreichend immer wieder dasselbe Thema zu adressieren (z.B. Türkeibeitritt im Fall der FPÖ), und (iii) das Ergebnis ist durch die Gestaltung der Wahlwerbung beeinflusst – während zum Beispiel die FPÖ relativ klare Positionen in ihren Wahlwerbungen kommuniziert, versucht die SPÖ durch sehr breite Positionen ihre WählerInnen zu erreichen.

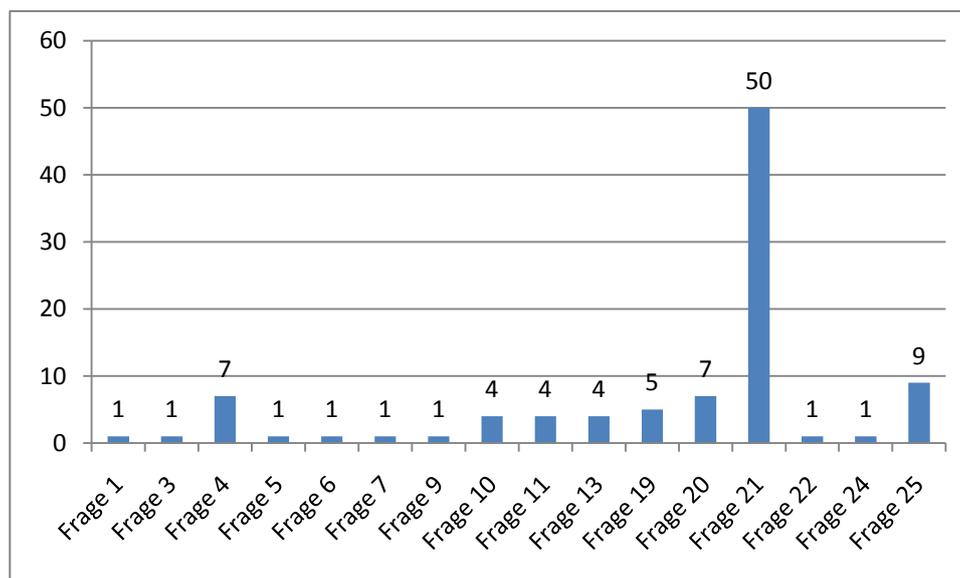


Abbildung 7: Verteilung Analyseeinheiten auf Wahlkabine-Fragen

Abbildung 7 zeigt, wie die Analyseeinheiten auf die Wahlkabine-Fragen verteilt sind. Insgesamt setzten sich die analysierten Medien und Wahlprogramme mit 16 von 25 Wahlkabine-Fragen auseinander. Mit Abstand am meisten wurden Positionen zu Frage 21 (Türkei Beitritt) gefunden. In nahezu jeder analysierten Quelle wurde dieses brisante Thema behandelt. Frage 25, welche sich verbindlichen Sanktionsmechanismen in der Finanzmarktaufsicht widmet, erhielt ebenfalls eine erhöhte Aufmerksamkeit in den Wahlprogrammen und Medien. Weitere, relativ häufig angesprochene Fragen, waren: Frage 4 (Verbreitung gewalttätiger Computerspiele), Frage 10 (europaweite Abstimmungen), Frage 11 (Heirat homosexueller Paare), Frage 13 (EU-weites Rauchverbot), Frage 19 (gemeinsamer EU Außenminister) und Frage 20 (Beschränkung der EU auf humanitäre Einsätze in Konfliktregionen). Warum zu manchen Fragen mehr Analyseeinheiten als zu anderen gefunden werden konnten, hängt grundlegend von zwei

Faktoren ab: (i) Medien- und WählerInneninteressen bzgl. einzelner Sachthemen, und (ii) Themenfokus der Parteien im Wahlkampf. Werden Analyseeinheiten vermehrt in Wahlprogrammen und Printmedienwahlwerbungen gefunden, so ist das auf den Themenfokus der Partei zurückzuführen (zum Beispiel die starke Thematisierung des Türkei EU-Beitritts durch die FPÖ in Printmedienwahlwerbungen). Das Medien- und WählerInneninteresse bzgl. einzelner Sachthemen wirkt sich bei Quellen aus, in welchen nicht die Parteien die behandelten Themen bestimmen: Printmedien (abgesehen von dort erscheinender Wahlwerbung), Onlinemedien und TV Interviews mit SpitzenkandidatInnen. Bei allen drei Quellen bestimmen InterviewerIn, ChatteilnehmerInnen oder ModeratorInnen die behandelten Themen. Als typisches Beispiel kann Frage 4 (Verbreitung gewalttätiger Computerspiele) genannt werden. Obwohl es sich dabei um ein sehr spezielles Thema handelt, welches im Rahmen der durchgeführten Analyse von nur einer Quelle (ORF Futurezone) behandelt wurde, wurden insgesamt sieben Analyseeinheiten gefunden.

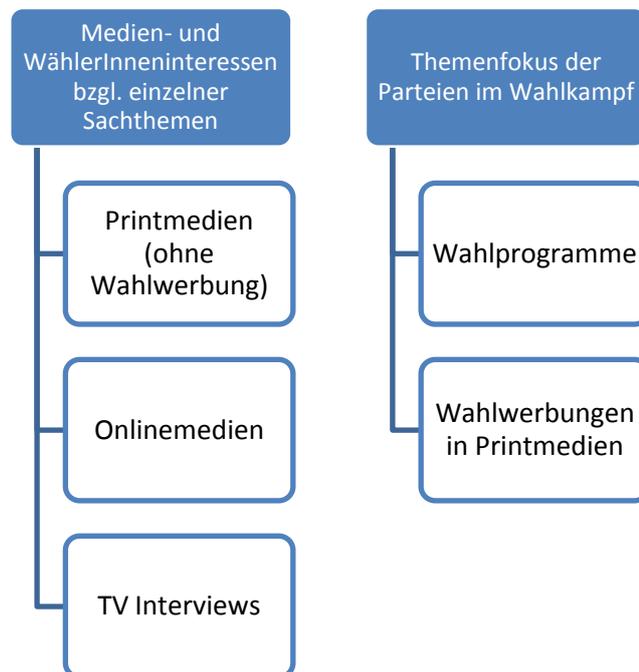


Abbildung 8: Einflussfaktoren auf Häufigkeit der Analyseeinheiten pro Wahlkabine-Frage im Kontext der betrachteten Quelle

Bei der Analyse ist aufgefallen, dass ÖVP, Grüne und JuLis Antworten in Onlinemedien und Wahlkabine exakt aus ihrem Wahlprogramm übernommen haben. Bei

der ÖVP war dies dreimal der Fall, während Grüne und JuLis einmal aus dem Wahlprogramm kopierten. Bei der Analyse der TV Statements fiel vor allem bei der ÖVP im Zusammenhang mit den Sanktionsmechanismen für den Finanzmarkt auf, dass Spitzenkandidat Strasser eine fast idente Wortwahl bei unterschiedlichen TV Sendungen verwendete.

5 Interpretation der Analyseergebnisse

Die Analyseergebnisse zeigen, dass die Wahlkabine-Antwortprofile im Kontext der Europawahl 2009 nicht signifikant von den durch die Parteien im Wahlkampf vermittelten Positionen abweichen. Welche Implikationen hat diese Erkenntnis? Heißt es, dass Parteien doch nicht rational agieren wie in der ökonomischen Theorie der Demokratie angenommen? Die folgenden Abschnitte fassen mögliche Erklärungen dieses Phänomens zusammen.

5.1. Parteien haben das Potential noch nicht erkannt

Wird das Rahmenwerk der Ökonomischen Theorie der Demokratie beibehalten und unterstellen wir weiterhin, dass das einzige Ziel der Parteien die Machterlangung bzw. der Machterhalt ist, so besteht die Möglichkeit, dass die Parteien schlicht und einfach das Potential von optimierten Antwortprofilen noch nicht erkannt haben. Diese Variante und das damit verbundene Bild der stimmenmaximierenden Partei setzen jedoch voraus, dass die Kosten eines möglichen Imageschadens, welcher aus dem Abweichen von traditionellen Positionen resultieren würde, geringer sind als der Nutzen, welcher durch Stimmengewinne bei der Europawahl 2009 entsteht. Eine stimmenmaximierende und rational agierende Partei würde nur dann Antwortprofile optimieren, wenn die dadurch entstehenden Stimmenzuwächse die zu erwartenden Stimmenverluste bedingt durch Imageschädigung übersteigen.

5.2. Erwarteter Nutzen ist zu gering

Diese Variante unterstellt, dass Parteien die Möglichkeit optimierter Antwortprofile bereits erkannt haben, jedoch den erwarteten Nutzen als zu gering einschätzen. Die Kosten von Rufschädigung und Imageverlust wären höher als der Nutzen, welcher durch Stimmenzuwächse bei der Europawahl 2009 entsteht. Dies wird vor allem in folgendem Kontext klar (abgeleitet von (Wittman 1990, 66)): Angenommen Parteien agieren tatsächlich mit dem einzigen Ziel, die Stimmen bei der Europawahl 2009 mit allen

Mitteln zu erhöhen. Um das Ziel der Stimmenmaximierung zu erreichen, müssten sie sich an die politischen Positionen fiktiver MedianwählerInnen³⁴ annähern und diese im Wahlkampf vertreten. Auch partielle Abweichungen von diesen politischen Positionen würde die breit gefasste Schicht der MedianwählerInnen an ihrem erwarteten Nutzen, welcher ihnen durch die Wahl der Partei entstehen würde, zweifeln lassen. Die Unsicherheit der WählerInnen wäre durch die inkonsistenten politischen Positionen der Partei zu hoch, weshalb rationale WählerInnen die ursprünglich zweitbeste Option in der Präferenzrangordnung wählen würden.

Neben den WählerInnen ist speziell in Österreich die hohe Anzahl an Parteimitgliedern eine nicht zu vernachlässigende Komponente. Parteimitglieder sind aufgrund der geringen politischen Einflussnahme eher sach- als machtorientiert (Braun 1999, 94). Auch teilweise Abweichungen von traditionellen politischen Linien könnten die bei jeder Wahl noch immer sehr wichtigen Parteimitglieder dazu bewegen, ihre Wahlentscheidung zu überdenken. Auch in diesem Fall würden die Parteien höhere Kosten erwarten und den Nutzen optimierter Antwortprofile als geringer einschätzen.

5.3. Unsicherheit bezüglich WählerInnen Präferenzen

Die ökonomische Theorie der Demokratie nimmt an, dass Parteien perfekt bezüglich der Interessen der WählerInnen informiert sind. Da die perfekt informierte Partei in der Realität nicht existiert, entscheiden Parteien bezüglich den Wählerpräferenzen immer auf einer unsicheren Entscheidungsgrundlage (Braun 1999, 79). Selbst wenn die Parteien das Potential optimierter Antwortprofile erkannt haben und Stimmenmaximierung ihr einziges Ziel ist, so besteht in dieser Variante Unsicherheit bezüglich der politischen Positionen der Wahlkabine-UserInnen.

5.4. Falsches Parteienbild

Der ökonomischen Theorie der Demokratie wird das Menschenbild des Homo Oeconomicus zugrunde gelegt. Der Homo Oeconomicus verwirklicht seine

³⁴ Innerhalb des Medianwählermodells wird die politische Realität auf ein zweidimensionales Modell reduziert. Zum Beispiel können Parteien und WählerInnen als politisch „links“ oder „rechts“ eingestuft werden. Die fiktive Medianwählerin / der fiktive Medianwähler befindet sich auf dieser „links-rechts“ Achse genau an jenem Punkt, an welchem genauso viele der übrigen WählerInnen, links als auch rechts zu finden sind. Auf mögliche Probleme bei mehrdimensionalen Modellen wird hier nicht eingegangen.

Nutzenvorstellungen, handelt dabei ohne Gefühle, nach eigenen Normen und konkurriert mit seinen Mitmenschen um knappe Ressourcen. Handlungen sind das Ergebnis einer rationalen Abwägung zwischen Kosten und Nutzen jeder Handlungsalternative. Im Gegensatz dazu reagiert der Homo Sociologicus auf andere Menschen gemäß internalisierter Normen der Gesellschaft und erwartet dabei bestimmtes Verhalten von anderen (Thiery 2003, 232). Individuelle Handlungen erfolgen aufgrund von Zwängen aus sozialen Beziehungen und die Nichtvollziehung einer geforderten Handlung bzw. Vollziehung einer unerlaubten Handlung wird durch die Gesellschaft sanktioniert. Wird das zu Grunde liegende Menschenbild des Homo Oeconomicus durch jenes des Homo Sociologicus ausgetauscht und auf Parteien umgelegt, so könnten die Forschungsergebnisse dieser Arbeit damit erklärt werden. Die Gesellschaft erwartet von Parteien Kontinuität und Integrität. Abweichungen von diesen erwarteten Handlungen würden bei Wahlen durch Wahl einer anderen Partei sanktioniert werden. Aus diesem Grund behält die Partei ihre traditionelle politische Linie bei und sieht von einer Optimierung der Wahlkabine-Antwortprofile ab.

5.5. Kompromiss zwischen Stimmenmaximierung und Policy-Verwirklichung

Stimmenmaximierung und der damit verbundene Machterhalt ist in der ökonomischen Theorie der Demokratie das oberste Ziel der Parteien. Im Gegensatz zur Stimmenmaximierung steht das Ziel der Policy-Verwirklichung. Parteien sind also nicht macht- sondern sachorientiert und versuchen ihre Programme zu verwirklichen. Da Policy-Verwirklichung ohne WählerInnenstimmen nicht funktionieren kann, muss die Partei einen Kompromiss zwischen den Zielen Stimmenmaximierung und Policy-Verwirklichung finden → Primär wollen Parteien ihre Ziele durchsetzen, Stimmenmaximierung wird zur zweiten Präferenz (Braun 1999, 93). Diese neue Grundannahme könnte das Ergebnis dieser Forschungsarbeit erklären. Parteien setzen, um ihre Ziele zu verwirklichen, auf langfristige Strategien und Ideologien. Stimmenmaximierung wird nur im Rahmen der verfolgten Policy-Verwirklichung eingesetzt. Davon abweichende politische Positionen werden zu Gunsten der Glaubwürdigkeit der Partei vermieden.

6 Schlussbemerkung

Online-Wahlhilfen ermöglichen den eigenen politischen Standpunkt mit jenem der zur Wahl antretenden Parteien zu vergleichen. Im Fall der österreichischen Wahlkabine wird dazu ein 25/26 Fragen umfassender Fragenkatalog, an die zur Wahl antretenden Parteien, ausgesendet. Die Parteien senden ihre Positionen (Ja/Nein) inkl. Gewichtung und Kommentar (Antwortprofil) an das Wahlkabine-Team. Wahlkabine-UserInnen können anschließend durch die selbstständige Beantwortung des Fragenkatalogs erkennen, welche Partei am ehesten ihren politischen Positionen entspricht. Nach wie vor ist in Österreich die Intensität der Internetnutzung abhängig vom Alter und Bildungsniveau der NutzerInnen. Tendenziell sind es eher gebildete und junge Menschen, welche das Internet regelmäßig nutzen.

Die ökonomische Theorie der Demokratie, eine von Anthony Downs stammende Theorie aus der Familie der Rational-Choice Theorien, versteht Politik als einen Markt. Parteien erstellen mit ihren Wahlprogrammen ein Angebot, welches von WählerInnen nachgefragt wird. Parteien agieren immer rational mit dem Ziel der Machterhaltung und Stimmenmaximierung. Die spezifische Funktionsweise der Wahlkabine, die soziale Inhomogenität der österreichischen InternetnutzerInnen und die Annahme rational agierender stimmenmaximierender Parteien lässt folgende These zu:

Parteien optimieren ihre Wahlkabine-Antwortprofile abweichend von den im Wahlkampf vermittelten Positionen, um die Stimmen der dort überrepräsentierten Wählergruppen zu maximieren.

Im Zuge dieser Diplomarbeit wurden die These und die dazu korrespondierende Forschungsfrage bearbeitet:

Wie unterscheiden sich im Kontext der Europawahl 2009 (4. bis 7. Juni 2009) die Wahlkabine-Antwortprofile der österreichischen Parteien von deren im Wahlkampf generell kommunizierten politischen Positionen?

Die Untersuchung zeigt, dass von insgesamt 98 verglichenen Wahlkampfpositionen nur neun Positionen (~9%) von den Wahlkabine-Antwortprofilen abweichen. In der Analyse beinhaltet sind insgesamt 84 Quellen bestehend aus Wahlprogrammen (8), Printmedien (50), Onlinemedien (18) und TV Sendungen (8). Der prozentuelle Anteil der im Wahlkampf vertretenen Einzelpositionen wich bei den einzelnen Parteien verglichen zu den Wahlkabine-Antwortprofilen wie folgt ab: ÖVP 11%, SPÖ 9%, Liste Martin 11%, FPÖ 6%, Grüne 0%, BZÖ 24%, JuLis 0%, KPÖ 0%. Der überdurchschnittliche Anteil abweichender Positionen beim BZÖ wurde zum Teil von einer vermuteten Falschinterpretation einer Wahlkabine-Frage durch das BZÖ verursacht. Insgesamt muss die These dieser Arbeit aufgrund der nur wenig vorhandenen abweichenden Positionen verworfen werden. Im Zuge der Europawahl 2009 haben österreichische Parteien innerhalb der Wahlkabine-Antwortprofile keine stark vom Wahlkampf abweichende Position vertreten. Mögliche Gründe für dieses Verhalten können nur vermutet werden. Folgende Varianten wurden im Zuge dieser Arbeit identifiziert: (i) Parteien haben das Potential noch nicht erkannt, (ii) der erwartete Nutzen ist zu gering, (iii) Unsicherheit bezüglich WählerInnen Präferenzen, (iv) falsches Parteienbild und (v) Kompromiss zwischen Stimmenmaximierung und Policy-Verwirklichung.

Aufgrund der beschränkten Ressourcen konnte nur ein kleiner Zeitraum, im Kontext von nur einer Wahl, untersucht werden. Dennoch war es möglich, ein großes Spektrum der österreichischen Medien für die Analyse abzudecken. Eine Erweiterungsmöglichkeit wäre die Fortführung der Untersuchung bei National- und Landtagswahlen. Da traditionell der Europawahl in Österreich durch die Parteien nur wenig Bedeutung beigemessen wird, könnte sich die These eventuell im Zuge nationaler Wahlen bestätigen. Die Wahlkabine bietet in Kombination mit den vermehrt verwendeten Onlinemedien (insbesondere Chats mit den SpitzenkandidatInnen) eine gute Möglichkeit, Parteipositionen bzgl. einzelner Sachthemen zu analysieren und auf ihre Konsistenz zu prüfen.

Parteien mögen vielleicht im großen Kontext in ihrem ganzheitlichen Handeln von der ökonomischen Theorie der Demokratie geleitet sein, im mikroskopisch kleinen Kontext dieser Untersuchung konnte das aber nicht bestätigt werden. Online-Wahlhilfen, wie die Wahlkabine erlauben es, die politischen Positionen der Parteien systematisch mit deren generellen Wahlkampfpositionen abzugleichen. Für WählerInnen ist es somit erstmals möglich, die Parteipositionen abseits der in den Medien behandelten Mainstream Themen mit ihren eigenen politischen Positionen abzugleichen und in ihre

Wahlentscheidung mit einzubeziehen. Die Kosten, der damit verbundenen Informationsbeschaffung sind durch die spielerische Gestaltung der Online-Wahlhilfen sehr gering. Die früher meist vorherrschende Informationsasymmetrie zwischen WählerInnen und Parteien wird dadurch für Online-Wahlhilfe UserInnen deutlich abgebaut. Parteien werden sich mehr denn je um konsistente politische Positionen bemühen müssen und Online-Wahlhilfen, wie die Wahlkabine machen einen großen Schritt in die Richtung einer besser informierten Wählerschaft. Die Zukunft und eventuell nachfolgende Forschungsarbeiten werden zeigen, wie die Parteien mit der wachsenden Popularität der Online-Wahlhilfen umgehen.

7 Literaturverzeichnis

Behnke, Joachim. „Die politische Theorie des Rational Choice: Anthony Downs.“ In *Politische Theorien der Gegenwart II*, von Andre Brodocz und Gary S. Schaal, 467-498. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, 2006.

Braun, Dietmar. *Theorien rationalen Handelns in der Politikwissenschaft - Eine kritische Einführung*. Opladen: Leske + Budrich, 1999.

Downs, Anthony. *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen: Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1968.

Filzmaier, Peter. „Internet und neue Formen der Mediendemokratie.“ In *Politische Kommunikation in Österreich*, von Fritz Plasser, 101-148. Wien: WUV Universitätsverlag, 2004.

Hartmann, Jürgen. *Wozu politische Theorie?* Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1997.

Hauck, Martin, und Wolfgang Muno. „Internet und Politik.“ In *Politikwissenschaft: Eine Einführung*, von Manfred Mols, Hans-Joachim Lauth und Christian Wagner, 467-485. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh, 2003.

Integral. *Austrian Internet Monitor - Kommunikation und IT in Österreich - 1. Quartal 2009*. Wien: Integral Markt- und Meinungsforschung, 2009.

Lengauer, Günther, Günther Pallaver, und Clemens Fig. „Redaktionelle Politikvermittlung in der Mediendemokratie.“ In *Politische Kommunikation in Österreich*, von Fritz Plasser, 149-236. Wien: WUV Universitätsverlag, 2004.

Liebhart, Karin, und Martin Wassermair. „Wahlkabine.at - eine Online-Wahlhilfe erweckt neues Interesse an Politik.“ In *Kopf an Kopf*, von TODO. 2002.

Media Analyse. „Media Analyse 2008.“ 2008. <http://www.media-analyse.at/studieDetail.do?year=2008> (Zugriff am 31. Juli 2009).

Patzelt, Werner J. *Einführung in die Politikwissenschaft*. Passau: Wissenschaftsverlag Richard Rothe, 2003.

Pelinka, Anton, und Sieglinde Rosenberger. *Österreichische Politik*. Wien: WUV, 2003.

Plasser, Fritz. *Politische Kommunikation in Österreich*. Wien: WUV Universitätsverlag, 2004.

Reese-Schäfer, Walter. *Politische Theorie der Gegenwart in fünfzehn Modellen*. München - Wien: Oldenburg Verlag, 2006.

Schulz, Winfried. *Politische Kommunikation - Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.

Seeber, Gilg. „Analyse der Tiroler Landtagswahl 2008.“ 2008.

Thiery, Peter. „Moderne politikwissenschaftliche Theorie.“ In *Politikwissenschaft: Eine Einführung*, von Manfred Mols, Hans-Joachim Lauth und Christian Wagner, 209-248. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh, 2003.

Twitter. „Twitter: Die Grünen.“ *Twitter*. 23. August 2009. http://twitter.com/diegruenen_at (Zugriff am 23. August 2009).

Wahlkabine.at. „Wahlkabine.at - Erläuterungen zur Umsetzung und Methodik.“ 7. August 2009.

—. *wahlkabine.at*. 20. März 2009. <http://www.wahlkabine.at> (Zugriff am 20. März 2009).

Wittman, Donald. „Spatial strategies when candidates have policy preferences.“ In *Advances in the spatial theory of voting*, von James M. Enelow und Melvin J. Hinich, 66-98. Cambridge University Press, 1990.

7.1. Analyisierte Medienquellen

7.1.1. Wahlprogramme

- ÖVP: Wahlmanifest zur Europawahl 2009
- SPÖ: Wahlmanifest – Wahl zum Europäischen Parlament 2009
- MARTIN: Nur er kontrolliert die Mächtigen (Flugblatt)
- FPÖ: Echte Volksvertreter statt EU-Verräter, Tag der Abrechnung am 7. Juni 2009 (Folder)
- GRÜNE: Vorwärts Grün!
- BZÖ: Ein Europa für Bürger – Leitantrag
- JULIS: Dafür stehen wir: Das Programm der Jungen Liberalen zur EP-Wahl 2009
- KPÖ: Wahlaufruf der KPÖ für die Europaparlamentswahl 2009

7.1.2. Printmedien

- **Neue Kronen Zeitung:** 31. Mai 2009, 2. Juni 2009, 3. Juni 2009, 4. Juni 2009, 5. Juni 2009, 6. Juni 2009, 7. Juni 2009
- **Kurier:** 31. Mai 2009, 2. Juni 2009, 3. Juni 2009, 4. Juni 2009, 5. Juni 2009, 6. Juni 2009, 7. Juni 2009
- **Österreich:** 31. Mai/1. Juni 2009, 2. Juni 2009, 3. Juni 2009, 4. Juni 2009, 5. Juni 2009, 6. Juni 2009
- **Der Standard:** 30./31. Mai / 1. Juni 2009, 2. Juni 2009, 3. Juni 2009, 4. Juni 2009, 5. Juni 2009, 6./7. Juni 2009
- **Die Presse:** 31. Mai/1. Juni 2009, 2. Juni 2009, 3. Juni 2009, 4. Juni 2009, 5. Juni 2009, 6. Juni 2009, 7. Juni 2009
- **Wirtschaftsblatt:** 2. Juni 2009, 3. Juni 2009, 4. Juni 2009, 5./6. Juni 2009
- **Wiener Zeitung:** 2. Juni 2009, 3. Juni 2009, 4. Juni 2009, 5. Juni 2009, 6. Juni 2009
- **Heute:** 2. Juni 2009, 3. Juni 2009, 4. Juni 2009, 5. Juni 2009
- **Falter:** Nr. 23/09, 3. Juni 2009
- **Profil:** Nr. 23 40. Jg., 29. Mai 2009
- **Format:** Nr. 23, 5. Juni 2009

- News: Nr. 23, 4. Juni 2009

7.1.3. Onlinemedien

- futurezone.orf.at: Parteien zur EU-Wahl: Gewalt Games (23.5.2009)³⁵
- DiePresse.com – MeinParlament: Mölzer³⁶
- DiePresse.com – MeinParlament: Lunacek³⁷
- DiePresse.com – MeinParlament: Strasser³⁸
- DiePresse.com – MeinParlament: Swoboda³⁹
- DiePresse.com: Strasser im Chat: „EU muss selbstbewusster werden“ (14.5.2009)⁴⁰
- DiePresse.com: Swoboda: „Man kann nicht immer den ersten Platz haben“ (18.5.2009)⁴¹
- DiePresse.com: Lunacek: „United States of Europe gefällt mir“ (25.5.2009)⁴²
- DiePresse.com: Mölzer: „Bin kein politischer Wendehals“ (27.5.2009)⁴³
- DiePresse.com: Stadler: „FPÖ mit Vollgas in die Nazi-Sackgasse“ (28.5.2009)⁴⁴
- DiePresse.com: Hans-Peter Martin: „EU-Fraktionen wie Zwangsjacken“ (2.6.2009)⁴⁵

³⁵ Futurezone.orf.at, Parteien zur EU-Wahl: Gewalt Games: <http://futurezone.orf.at/stories/1603555/>, letzter Zugriff: 2.6.2009

³⁶ DiePresse.com: Andreas Mölzer: http://meinparlament.diepresse.com/andreas_moelzer-10776-22259.html, letzter Zugriff 31.7.2009

³⁷ DiePresse.com: Mag. Ulrike Lunacek: http://meinparlament.diepresse.com/mag_ulrike_lunacek-10776-22274.html, letzter Zugriff 31.7.2009

³⁸ DiePresse.com: Dr. Ernst Strasser: http://meinparlament.diepresse.com/dr_ernst_strasser-10776-22218.html, letzter Zugriff 31.7.2009

³⁹ DiePresse.com: Dr. Hannes Swoboda: http://meinparlament.diepresse.com/dr_hannes_swoboda-10776-22176.html, letzter Zugriff 31.7.2009

⁴⁰ DiePresse.com: Strasser im Chat: http://diepresse.com/home/chat/479180/index.do?_vl_backlink=/home/chat/index.do, letzter Zugriff 31.7.2009

⁴¹ DiePresse.com: Swoboda: http://diepresse.com/home/chat/480241/index.do?_vl_backlink=/home/chat/index.do, letzter Zugriff 31.7.2009

⁴² DiePresse.com: Lunacek: http://diepresse.com/home/chat/481960/index.do?_vl_backlink=/home/chat/index.do, letzter Zugriff 31.7.2009

⁴³ DiePresse.com: Mölzer: http://diepresse.com/home/chat/482514/index.do?_vl_backlink=/home/chat/index.do, letzter Zugriff 31.7.2009

⁴⁴ DiePresse.com: Stadler: http://diepresse.com/home/chat/482923/index.do?_vl_backlink=/home/chat/index.do, letzter Zugriff 31.7.2009

⁴⁵ DiePresse.com: Hans-Peter Martin: http://diepresse.com/home/chat/483974/index.do?_vl_backlink=/home/chat/index.do, letzter Zugriff 31.7.2009

- DerStandard.at – Chats zur Europawahl: Lunacek: „Wenn wir die EU nicht hätten, müssten wir sie erfinden“ (12.5.2009)⁴⁶
- DerStandard.at – Chats zur Europawahl: Mölzer: „Kulturkampf zwischen Christentum und militantem Zuwanderungsislam“ (13.5.2009)⁴⁷
- DerStandard.at – Chats zur Europawahl: JuLis: „Wir sind keine Anarchokapitalisten“ (18.5.2009)⁴⁸
- DerStandard.at – Chats zur Europawahl: Stadler: „Das BZÖ teilt nicht in gut und schlecht“ (25.5.2009)⁴⁹
- DerStandard.at – Chats zur Europawahl: Swoboda: „Ich bleibe dabei, ich bin gegen Barroso“ (27.5.2009)⁵⁰
- DerStandard.at – Chats zur Europawahl: Strasser: „Wir spielen nicht FPÖ“ (28.5.2009)⁵¹
- DerStandard.at – Chats zur Europawahl: Martin: „Ich habe noch einen Kredit aufgenommen“ (29.5.2009)⁵²

7.1.4. TV

- ORF Pressestunde vom 26.4.2009 mit Ewald Stadler (Spitzenkandidat des BZÖ)⁵³.
- ORF Pressestunde vom 3.5.2009 mit Andreas Mölzer (Spitzenkandidat der FPÖ)⁵⁴.
- ORF Pressestunde vom 10.5.2009 mit Ulrike Lunacek (Spitzenkandidatin der Grünen)⁵⁵.

⁴⁶ DerStandard.at: Chats zur Europawahl: Grüne: <http://derstandard.at/1241622469605/Lunacek-Wenn-wir-die-EU-nicht-haetten-muessten-wir-sie-erfinden>, letzter Zugriff 31.7.2009

⁴⁷ DerStandard.at: Chats zur Europawahl: FPÖ: <http://derstandard.at/1241622591102/Moelzer-Kulturkampf-zwischen-Christentum-und-militantem-Zuwanderungsislam>, letzter Zugriff 31.7.2009

⁴⁸ DerStandard.at: Chats zur Europawahl: JuLis: <http://derstandard.at/1242316066133/JuLis-Wir-sind-keine-Anarchokapitalisten>, letzter Zugriff 31.7.2009

⁴⁹ DerStandard.at: Chats zur Europawahl: BZÖ: <http://derstandard.at/1242316577518/Das-BZOe-teilt-nicht-in-gut-und-schlecht>, letzter Zugriff 31.7.2009

⁵⁰ DerStandard.at: Chats zur Europawahl: SPÖ: <http://derstandard.at/1242316772044/Ich-bleibe-dabei-ich-bin-gegen-Barroso>, letzter Zugriff 31.7.2009

⁵¹ DerStandard.at: Chats zur Europawahl: ÖVP: <http://derstandard.at/1242316852823/Wir-spielen-nicht-FPOe>, letzter Zugriff 31.7.2009

⁵² DerStandard.at: Chats zur Europawahl: Martin: <http://derstandard.at/1242316965193/Chat-zur-EUWahl-Ich-habe-noch-einen-Kredit-aufgenommen>, letzter Zugriff 31.7.2009

⁵³ ORF Pressestunde vom 26.4.2009: mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Pressestunde_2009-04-26_Stadler.wmv, letzter Zugriff 16.6.2009

⁵⁴ ORF Pressestunde vom 3.5.2009: mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Pressestunde_2009-05-03_Moelzer.wmv, letzter Zugriff 16.6.2009

- ORF Pressestunde vom 17.5.2009 mit Hans-Peter Martin (Spitzenkandidat der Liste Martin)⁵⁶.
- ORF Bürgerforum vom 20.5.2009⁵⁷.
- ORF Pressestunde vom 24.5.2009 mit Ernst Strasser (Spitzenkandidat der ÖVP)⁵⁸.
- ORF Pressestunde vom 31.5.2009 mit Hannes Swoboda (Spitzenkandidat der SPÖ)⁵⁹.
- ORF Diskussion der Spitzenkandidaten vom 2.6.2009⁶⁰.

⁵⁵ ORF Pressestunde vom 10.5.2009: mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Pressestunde_2009-05-10_Lunacek.wmv, letzter Zugriff 16.6.2009

⁵⁶ ORF Pressestunde vom 17.5.2009: mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Pressestunde_2009-05-17_Martin.wmv, letzter Zugriff 16.6.2009

⁵⁷ ORF Bürgerforum vom 20.5.2009: mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Buergerforum_2009-05-20.wmv, letzter Zugriff 16.6.2009

⁵⁸ ORF Pressestunde vom 24.5.2009: mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Pressestunde_2009-05-24_Strasser.wmv, letzter Zugriff 16.6.2009

⁵⁹ ORF Pressestunde vom 31.5.2009: mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Pressestunde_2009-05-31_Swoboda.wmv, letzter Zugriff 16.6.2009

⁶⁰ ORF Diskussion der Spitzenkandidaten vom 2.6.2009: mms://apasf.apa.at/worldwide/FI1_Elefantenrunde_2009-06-02.wmv, letzter Zugriff 16.6.2009

8 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wahlkabine.at - Frage zur Europawahl 2009 (Wahlkabine.at 2009)....	11
Abbildung 2: Internetnutzung seit 1996 (Integral 2009).....	20
Abbildung 3: Internetnutzung nach Zielgruppen (Integral 2009)	21
Abbildung 4: Twitter Auftritt der Grünen (Twitter 2009)	23
Abbildung 5: Anzahl der analysierten Quellen (nach Typ)	30
Abbildung 6: Methodischer Ablauf der Analyse	37
Abbildung 7: Verteilung Analyseeinheiten auf Wahlkabine-Fragen	76
Abbildung 8: Einflussfaktoren auf Häufigkeit der Analyseeinheiten pro Wahlkabine-Frage im Kontext der betrachteten Quelle	77

9 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Printmedien Trefferquote	32
Tabelle 2: Analyseergebnisse	73

10 Anhang

10.1. Wahlkabine-Antwortprofile zur Europawahl 2009

Partei	Position	Gewichtung	Kommentar
1. Soll die EU Unternehmen finanziell unterstützen, damit die Beschäftigten durch Kurzarbeit vor Arbeitslosigkeit bewahrt werden können?			
SPÖ	Ja	2	Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit brauchen wir eine gemeinsame Kraftanstrengung auf allen Ebenen. Die EU sollte die Maßnahmen der Mitgliedsstaaten durch eigene Konjunkturmaßnahmen ergänzen und unterstützen.
ÖVP	Ja	2	Gerade in der aktuellen Wirtschaftskrise müssen die EU und die Mitgliedstaaten gemeinsam alles unternehmen, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern. Wir müssen unsere Wirtschaft absichern und um jeden Arbeitsplatz kämpfen. Auch wenn Österreich der Krise besser die Stirn bietet als viele andere Länder, treffen uns ihre Folgen.
Grüne	Ja	1	Staatliches Geld für Privatunternehmen gibt es nicht ohne Gegenleistung: Arbeitsplätze müssen gesichert sein; Unternehmenserfolg auf Staatskosten muss den MitarbeiterInnen zu Gute kommen.
FPÖ	Ja	2	
BZÖ	Ja	3	
JuLis	Nein	3	Die Jungen Liberalen sehen in Finanzspritzen für einzelne Unternehmen unzulässige, marktverzerrende Subventionen, die den Strukturwandel erschweren. Aufgabe des Staates ist es, ein Umfeld zu schaffen, in dem mehr neue Arbeitsplätze entstehen als alte wegfallen.
Liste MARTIN	Nein	2	Da ist die EU nicht zuständig und soll es auch nicht sein. Die EU muss sich um faire Rahmenbedingungen kümmern und den Regionen viel Selbständigkeit belassen. Die EU verschleudert schon sehr viele Euro-Milliarden in nicht sinnvolle Projekte und überbordende Bürokratie.
KPÖ	Nein	2	Kurzarbeit ist kein Weg aus der Krise, sie führt auf Perspektive zu weiterer Arbeitslosigkeit. Was wir brauchen, ist eine generelle, radikale Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitigem vollen Lohnausgleich. Damit die vorhandene Arbeit auf viele aufgeteilt werden kann.
2. Sollen europaweit Lehrpläne und Bildungsstandards im Schulbereich angeglichen werden, um den Schulbesuch in anderen Ländern zu erleichtern?			
SPÖ	Nein	2	Europäische Schulsysteme sind sehr unterschiedlich, entsprechen den jeweiligen kulturellen und bildungspolitischen Traditionen. Wichtiger ist die Anerkennung von Abschlüssen bzw. Teilabschlüssen (Kompetenzerwerb), um die Durchlässigkeit zwischen den Schulsystemen und damit die europäische Bildungsmobilität zu erhöhen.
ÖVP	Nein	1	Österreich investiert im europäischen Vergleich überproportional viel Geld in die Bildung der jungen Menschen. Als Vorbild streben wir an, dass auch andere Staaten Europas unser hohes Niveau an Ausgaben in Bildung und Forschung erreichen. Lehrpläne und Bildungsstandards müssen jedoch auch weiterhin von den Staaten selbst festgelegt werden können.
Grüne	Ja	1	Unterschiedliche Schwerpunkte und Inhalte in Lehrplänen ermöglichen Weiterentwicklung und müssen möglich sein. Gemeinsame Bildungsstandards sind jedoch auch ein Schritt zu mehr Mobilität und mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem: damit Bildung auch wirklich eine Chance für alle ist.

FPÖ	Ja	1	
BZÖ	Nein	3	
JuLis	Ja	3	Die Jungen Liberalen treten klar für Qualitätsstandards im Bildungsbereich ein, um eine bessere Mobilität innerhalb Europas zu ermöglichen. Sie lehnen allerdings weitere Zentralisierungen und Vereinheitlichungen ab, Vielfalt und Wettbewerb zwischen Bildungseinrichtungen müssen erhalten bleiben.
Liste MARTIN	Nein	2	Sehr wichtig ist die Förderung von Austauschprogrammen für Lehrlinge. Doch verschiedene Wege führen zum Ziel. Ich selbst habe als 16-Jähriger enorm von einem Stipendium in die USA profitiert. Dafür hätte die EU mehr als genug Geld, doch es versickert oft im Dschungel der Bürokratie.
KPÖ	Ja	1	Wir brauchen jedenfalls ein neues Bildungssystem. Keine frühe Selektion, wie heute in Österreich praktiziert. Und gleiche Zugangschancen für alle Kinder. Wir brauchen Bildung die Kinder fördert statt ihnen die Freude am Lernen zu nehmen. Also kleinere Klassen, Sprachförderung, mehr LehrerInnen ...
3. Soll der freie Zugang zu Universitäten in jedem Mitgliedsstaat für alle EU-Bürger und Bürgerinnen uneingeschränkt möglich sein?			
SPÖ	Nein	2	Wie in Österreich befürworten wir grundsätzlich auch auf europäischer Ebene den freien Zugang zu den Universitäten. Derzeit bestehen allerdings in einigen Nachbarstaaten, insbesondere Deutschland, Zugangsbeschränkungen (Numerus Clausus), die in Österreich die derzeitigen Zugangsbeschränkungen durch eine Quotenregelung notwendig machen, um die Kapazitäten der österreichischen Universitäten nicht zu sprengen und so vielen österreichischen StudentInnen wie möglich den Zugang zu den betroffenen Fächern zu sichern.
ÖVP	Nein	1	Die ÖVP hat für Österreich die Quotenregelung bei jenen Studienrichtungen durchgesetzt, die bei ausländischen Studenten besonders begehrt sind. Dadurch kann Österreich weiter die Ausbildung von Akademikerinnen und Akademikern in diesen Bereichen sicherstellen. Solange es keine bessere Lösung gibt, treten wir weiterhin für den Erhalt der Quotenregelung ein.
Grüne	Ja	2	Die Grünen stehen für freien Bildungszugang für alle. Dazu brauchen wir eine faire und chancengerechte Lösung des Universitätszuganges in der EU. Wer Mobilität von Studierenden einschränkt, verringert die Zukunftschancen dieser Menschen.
FPÖ	Nein	2	
BZÖ	Nein	3	
JuLis	Ja	3	Die Jungen Liberalen fordern, dass alle jungen Menschen in ganz Europa problemlos und ohne Einschränkungen studieren dürfen. In einzelnen Fachbereichen, wie Medizin oder Psychologie wird man jedoch in absehbarer Zeit auf objektive Auswahlverfahren nicht verzichten können.
Liste MARTIN	Nein	2	Verschiedene Länder haben verschiedene Systeme. Es sind ja auch die Privatuniversitäten in England nicht für alle zugänglich. Austausch ist wichtig - und die Chance, etwas anderes kennen zu lernen.
KPÖ	Ja	2	Es ist ein Widerspruch, wenn einerseits die Bewegungsfreiheit in der EU etwa auch durch Austauschprogramme etc. propagiert wird, andererseits aber verschiedene Bereiche wie der Zugang zum Studium abgeschottet werden.
4. Soll die EU zum Schutz der Jugend die Mitgliedsstaaten dazu verpflichten, die Verbreitung und das öffentliche Zugänglichmachen von Computer- und Videospielen mit gewalttätigen Inhalten strafrechtlich zu verfolgen?			
SPÖ	Ja	1	Es bedarf klarer Regeln für Spiele mit hetzerischen, Gewalt verherrlichenden, rassistischen oder sexistischen Inhalten. In schweren Fällen ist auch die strafrechtliche Verfolgung der Verbreitung verbotener Spiele anzustreben.
ÖVP	Nein	1	Eltern und Jugendliche müssen umfassend über Videospiele mit gewalttätigen Inhalten informiert werden. Die ÖVP unterstützt das Vorhaben der EU, mehr Transparenz und

			Information in diesem Bereich zu erzielen - zum Schutz unserer Kinder und Familien. Die Entscheidung über eine strafrechtliche Verfolgung wird aber in der Kompetenz der Mitgliedstaaten verbleiben.
Grüne	Ja	2	Kinder und Jugendliche sind vor Gewalt und Gewaltverherrlichung zu schützen. Wer aus Profitgier den Jugendschutz missachtet, ist zu bestrafen.
FPÖ	Ja	2	
BZÖ	Nein	2	
JuLis	Nein	3	Die Jungen Liberalen lehnen im Zusammenhang mit Gewalttaten die pauschale Verurteilung von PC- und Videospielen ab, die soziale und persönliche Missstände von Tätern außer Acht lässt. Sie akzeptieren es nicht, wenn ein Hobby vieler Menschen ungerechtfertigt als Sündenbock missbraucht wird.
Liste MARTIN	Ja	2	Grundsätzlich bin ich für Verbote bei Kinderpornografie und richtiger Gewalt. Doch das zu definieren möchte ich nicht EU-Bürokraten überlassen. Das muss von internationalen Experten definiert werden.
KPÖ	Ja	2	Prävention setzt auch in diesem Bereich anders ein. Die Produktion dieser Spiele und Filme muss undenkbar werden. Politik muss sich dafür einsetzen, dass über soziale Voraussetzungen, kulturelle und politische Bildung wieder Werte in unserer Gesellschaft wichtig werden; Zukunftsangst abgebaut wird.
5. Soll die krisenbedingte Finanzhilfe für die Automobilindustrie gestoppt werden, um stärker in die EU-weite Forschung in Zukunftstechnologien zu investieren?			
SPÖ	Nein	2	Forschung und Entwicklung und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind kein Widerspruch, sondern eine Symbiose. Auch der Bereich der Automobiltechnologie ist ein wichtiges Feld für Weiterentwicklung und Forschung.
ÖVP	Nein	1	Die EU muss in der aktuellen Wirtschaftskrise bedrängten Wirtschaftszweigen zur Seite stehen, um Arbeitsplätze zu sichern. Gleichzeitig müssen wir auch die Investitionen in neue Technologien verstärken, um für die Zukunft bestmöglich aufgestellt zu sein.
Grüne	Ja	3	Zukunftstechnologien schaffen Arbeitsplätze. Geld für nicht zukunftsfähige Industrie ist hinausgeschmissenes Geld. Die Neuausrichtung der Industrie auf ökologische Ziele und Klimaschutz ist zu unterstützen.
FPÖ	Ja	2	
BZÖ	Nein	2	
JuLis	Ja	3	Die Jungen Liberalen lehnen es entschieden ab, mit Steuergeld künftiger Generationen Verluste der Automobilindustrie, die den Strukturwandel verschlafen hat, zu sozialisieren. Sie sehen vor allem die Chancen, die die Selbstreinigungskräfte des Marktes in der Krise ermöglichen.
Liste MARTIN	Nein	2	Kurzzeitige Hilfen sind nötig, um Arbeitsplätze zu sichern. Gleichzeitig muss sich die Förderung aber auf neue Technologien wie Elektromotoren, Hybridantriebe, Brennstoffzellen und neue Kombinationen mit dem öffentlichen Verkehr konzentrieren.
KPÖ	Ja	3	Egal ob Verschrottungsprämie oder Straßenausbauprogramme: Diese Maßnahmen gehen in die falsche Richtung. Nachhaltige Energie- und Verkehrskonzepte sind sowohl aus klima- als auch aus sozialpolitischen Überlegungen notwendig und wichtig.
6. Sollen zur Terrorismusbekämpfung auf Flughäfen innerhalb der EU die Sicherheitsvorkehrungen verschärft werden (z.B. durch Einsatz von so genannten "Nacktschannern")?			
SPÖ	Nein	1	Die derzeitigen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung reichen aus. Der Eingriff in die Privatsphäre muss so gering wie möglich gehalten werden.
ÖVP	Ja	2	Die Sicherheit unserer Bürger ist der ÖVP ein zentrales Anliegen. Die Sicherheitsvorkehrungen auf den Flughäfen müssen sicherstellen, dass Terroristen und Kriminelle keine Chance haben. Dazu soll die bestmögliche Technologie eingesetzt werden. Aus Sicht der ÖVP sind die so genannten 'Nacktschannern' jedoch nicht notwendig.

Grüne	Nein	3	Wer Grund- und Freiheitsrechte missachtet, schwächt die Demokratie und damit auch die Abwehrkraft der Demokratie gegen Terrorismus. Terrorismus wird NICHT durch Nacktphotos aller BürgerInnen, sondern durch konsequente Ermittlungsarbeit sowie Außen-, Entwicklungs- und Sozialpolitik bekämpft.
FPÖ	Nein	3	
BZÖ	Nein	2	
JuLis	Nein	3	Noch nie wurden in den europäischen Demokratien Freiheits- und Bürgerrechte so massiv eingeschränkt wie in den letzten zehn Jahren. Die Jungen Liberalen lehnen jede weitere Beschränkung entschieden ab und fordern eine neue Evaluierung der Gefahrenlage und angemessene Sicherheitsmaßnahmen.
Liste MARTIN	Nein	1	Der Schutz ist schon sehr gut, und perfekt kann er leider nie werden. Doch die Persönlichkeitsrechte jeder Bürgerin und jedes Bürgers sind auch sehr wichtig und kommen immer mehr zu kurz - siehe extreme Videoüberwachung, Datenerfassung überall, auch bei Privateinkäufen.
KPÖ	Nein	1	Um Terrorismus wirksam zu bekämpfen, brauchen wir ein neues Herangehen an die wirtschaftlichen Austauschbeziehungen mit den Ländern im Süden und Osten des Kontinents. Mechanismen, die die unterschiedlichen Kulturen und Entwicklungen berücksichtigen statt des gelebten Neokolonialismus.
7. Soll die EU im Falle von Menschenrechtsverletzungen in Nicht-EU-Ländern wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen verhängen?			
SPÖ	Ja	2	Wir bekennen uns zur Durchsetzung der Menschen- und Völkerrechte durch die Europäische Union, insbesondere auf Basis von Beschlüssen der Vereinten Nationen.
ÖVP	Ja	2	Europa ist eine Wertegemeinschaft. Wir erwarten auch von unseren Partnern in der Welt, dass sie die Menschenrechte achten. Es darf keine wirtschaftliche Zusammenarbeit auf dem Rücken der Menschenrechte geben. Daher sind wirtschaftliche und diplomatische Sanktionen in schweren Fällen auch sinnvoll.
Grüne	Ja	2	Menschenrechte gelten überall und sind unteilbar. Die Grünen treten daher für eine aktive Menschenrechtspolitik der EU ein. Wer zu Menschenrechtsverletzungen (in- oder außerhalb der EU) schweigt, macht sich mitschuldig.
FPÖ	Nein	1	
BZÖ	Ja	1	
JuLis	Ja	2	Europa soll eine zentrale Rolle bei der Sicherung der Freiheit und der Menschenrechte spielen. Die Jungen Liberalen sehen in Europas soft power - seiner wirtschaftlichen und diplomatischen Macht - eine große Chance, dieser moralischen Verpflichtung nachzugehen.
Liste MARTIN	Ja	2	Die Achtung der Menschenrechte ist unverzichtbar. Vor allem gegen die Todesstrafe sollten wir viel mehr unternehmen, aber auch gegen Folter und Unterdrückung von Presse- und Meinungsfreiheit etc.
KPÖ	Nein	3	Wenn, dann nur im Zuge gemeinsamer UNO-Aktivitäten. Und ausserdem: Die UNO-Konvention legt als Menschenrechte das Recht auf Wohnen, soziale Sicherheit, Nahrung, Bildung und vieles, vieles mehr fest. Beginnen wir also „zu Hause“ diese Konvention ernst zu nehmen und einzuhalten.
8. Sollen EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, einander im Falle von Erdgas-Lieferschwierigkeiten zu unterstützen?			
SPÖ	Nein	2	Im Sinne der Versorgungssicherheit ist ein solidarisches Handeln aller Mitgliedsstaaten positiv zu bewerten. Dabei darf die Versorgung im jeweils eigenen Land nicht in Gefahr gebracht werden. Im Falle einer verpflichtenden Regelung ist insbesondere darauf Bedacht zu nehmen. Wichtiger wäre eine Verpflichtung zur Gasbevorratung, die die Versorgung durch Reserven für mindestens 2 Monate sicherstellt.
ÖVP	Nein	1	Staatlich angeordnete Lenkungsmaßnahmen sollten nur der letzte Ausweg sein, Lieferausfälle sollten - solange als möglich - durch den Markt und auf Basis von

			Vereinbarungen zwischen den Beteiligten ausgeglichen werden.
Grüne	Ja	2	Die Gaskrise zu Beginn dieses Jahres hat die Verwundbarkeit Europas in der Energieversorgung deutlich gemacht. Nur Zusammenarbeit kann einer Politik der Erpressung entgegentreten.
FPÖ	Ja	2	
BZÖ	Nein	2	Das BZÖ will eine EU-weite Krisenbevorratung.
JuLis	Nein	1	Die Jungen Liberalen setzen auf gute Beziehung zu den Exportstaaten und neue Technologien, um Österreich vom Erdgas unabhängiger zu machen. Dass sich in extremen Notsituationen die Mitgliedsstaaten solidarisch beistehen, halten sie für selbstverständlich.
Liste MARTIN	Nein	2	Die anonyme EU-Bürokratie darf das nicht zentralistisch entscheiden. Ein Land, das sich vorbildlich um seine Vorratslager kümmert, darf nicht dadurch bestraft werden, dass andere das nicht getan haben. Im Notfall muss es Verhandlungen zwischen den einzelnen Staaten geben.
KPÖ	Ja	2	Ja natürlich, in keinem Land dieses reichen Kontinents sollen Menschen frieren oder im Dunkeln sitzen müssen. Gleichzeitig ist es aber vor allem wichtig, sich gegenseitig zu fordern und zu unterstützen, um neue umweltverträgliche und nachhaltige Energieformen zu finden und allen zugänglich zu machen.
9. Sollen bei den Wahlen zum EU-Parlament Kandidaten und Kandidatinnen aus anderen Mitgliedsstaaten wählbar sein?			
SPÖ	Nein	1	Langfristig sind EU-weite Europa-Wahlen überlegenswert.
ÖVP	Nein	1	Der ÖVP geht es um die bestmögliche Vertretung österreichischer Interessen im Europäischen Parlament. Dafür haben wir ein starkes Team aufgestellt, das diese Vertretung garantiert. Auf europäischer Ebene arbeiten wir in der Familie der Europäischen Volkspartei erfolgreich mit, um gemeinsam als stärkste Fraktion im Europaparlament Politik im Interesse der Menschen gestalten zu können.
Grüne	Ja	2	Selbstverständlich! Die Grünen fordern dies seit vielen Jahren. SPÖ und ÖVP haben dies verhindert. In mehreren EU-Ländern kandidieren Menschen mit anderer Staatsbürgerschaft. So etwa unterstützt Maria Vasilakou die Griechischen Grünen mit einer Solidaritätskandidatur.
FPÖ	Nein	2	
BZÖ	Nein	1	
JuLis	Ja	2	Die Jungen Liberalen betrachten die Personenfreizügigkeit als eine große Errungenschaft Europas. Dazu zählen sie aber nicht nur die freie Wahl des Wohnortes, sondern auch das Recht entscheiden zu können, an welchen Orten und auf welchen Ebenen man sich im politischen Diskurs engagieren möchte.
Liste MARTIN	Nein	2	Derzeit sind kleine Staaten in der EU zu schwach vertreten, da ja vor allem im Ministerrat nach entsprechenden Stimmgewichtungen entschieden wird. Ich würde mir zwei Kammern wie in den USA wünschen. Ein „Senat“ mit je zwei Mitgliedern aus jedem Mitgliedsstaat und ein Parlament mit Persönlichkeitswahlrecht aus jeder Region heraus.
KPÖ	Ja	2	Die Möglichkeit, dass Menschen aus einem anderen EU-Land im Land ihres aktuellen Wohnsitzes kandidieren, ist bereits jetzt vorhanden.
10. Soll die Möglichkeit bestehen, europaweite Abstimmungen durchzuführen (z.B. zum Reformvertrag)?			
SPÖ	Ja	1	Die SPÖ tritt für nationale Volksabstimmungen zu wichtigen Fragen wie Vertragsänderungen oder dem Beitritt der Türkei ein. Eine europaweite Abstimmung ist unter bestimmten Bedingungen vorstellbar.
ÖVP	Ja	1	Die ÖVP ist stets dafür eingetreten, wichtige europapolitische Fragen wie zum Beispiel künftige Vertragsänderungen einer europaweiten Volksabstimmung zu unterziehen.
Grüne	Ja	3	Ein Europa der Menschen kann ohne aktive Einbindung der Menschen nicht bestehen. Europäische Fragen sind auch gesamteuropäisch zu entscheiden. Die Grünen treten für einen Ausbau direktdemokratischer Elemente wie BürgerInnenbegehren und europäische

			Volksabstimmungen ein.
FPÖ	Nein	2	Es soll unbedingt Volksabstimmungen geben - aber nur auf nationalstaatlicher Ebene, da ansonsten in die Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten eingegriffen wird.
BZÖ	Ja	3	
JuLis	Nein	2	Die Jungen Liberalen befürworten Maßnahmen zum Ausbau direkter Demokratie. Komplexe Fragestellungen, wie die umfangreiche Reform der EU-Institutionen, können und sollen aber nicht auf simple Ja/Nein - Entscheidungen herunter gebrochen werden.
Liste MARTIN	Ja	3	Nicht nur europaweit, sondern in jedem Mitgliedsland. Seit meiner ersten Wahl zum EU-Parlament 1999 trete ich massiv für Volksabstimmungen zu wichtigen Fragen ein - ich will unbedingt mehr direkte Demokratie. Wählerinnen und Wähler sind oft klüger als die meisten herkömmlichen Parteipolitiker.
KPÖ	Ja	2	Die Abstimmung über europäische Belange im gesamten EU-Raum wäre wünschenswert. Abstimmungen sind Zeiten erhöhter politischer Aufmerksamkeit und sie „zwingen“ die PolitikerInnen sich mit der Bevölkerung über Sachthemen zu unterhalten.
11. Sollen homosexuelle Paare in allen EU-Staaten heiraten können?			
SPÖ	Ja	2	Wir treten für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ein.
ÖVP	Ja	1	Wir treten für ein Partnerschaftsgesetz ein, das der Beziehung von gleichgeschlechtlichen Paaren einen eigenständigen Rahmen gibt. Jedem Staat soll die Entscheidung darüber selbst obliegen.
Grüne	Ja	3	Alle Menschen - egal, ob gleich- oder verschiedengeschlechtlich l(i)ebend - haben das Recht auf freie Wahl ihrer Beziehungsform. Die Grünen schlagen einen Zivilpakt vor, der die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare eröffnet.
FPÖ	Nein	2	
BZÖ	Nein	1	
JuLis	Ja	3	Die Jungen Liberalen halten eine europaweite rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften im Hinblick auf Ehe-, Erb- und Adoptionsrecht für längst überfällig.
Liste MARTIN	Nein	1	Das sollte jeder EU-Mitgliedsstaat für sich entscheiden können.
KPÖ	Ja	3	Die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare mit heterosexuellen ist in Europa im 21. Jahrhundert überfällig. Warum sollen diese schlechtere PartnerInnen oder Eltern sein? Die KPÖ vertritt, dass niemand aufgrund seiner sexuellen Orientierung diskriminiert werden darf.
12. Sollen EU-weit Unternehmen zur Offenlegung der Management-Gehälter verpflichtet werden, um Einkommensunterschieden zwischen Männern und Frauen entgegenzuwirken?			
SPÖ	Ja	1	Für die gerechte Verteilung der Einkommen sind andere Maßnahmen wesentlich wichtiger.
ÖVP	Nein	1	
Grüne	Ja	3	Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen sind in Österreich besonders groß. In den skandinavischen Ländern, wo die Offenlegung der Gehälter üblich ist, sind sie demgegenüber wesentlich geringer.
FPÖ	Nein	2	
BZÖ	Nein	2	
JuLis	Nein	2	Die Jungen Liberalen lehnen es ab, Angestellte von Unternehmen öffentlich an den Pranger zu stellen. Es bleibt Angelegenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sich auf eine Gehaltshöhe zu einigen. Frauen muss durch mehr Mentoringangebote der Rücken für solche Verhandlungen gestärkt werden.
Liste MARTIN	Ja	2	Das ist auch für die allgemeine Transparenz wichtig. Stichwort: Einkommensunterschiede einfache Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer versus Management.
KPÖ	Nein	1	Managergehälter und geschlechtsbezogene Einkommensunterschiede haben nicht wirklich miteinander zu tun. Abgesehen davon, ist es weniger wichtig, wieviel Manager verdienen.

			Wichtig ist für die KPÖ, ob es allen Menschen möglich ist, ein existenzgesichertes Leben zu führen.
13. Soll EU-weit ein generelles Rauchverbot in Gastronomieeinrichtungen durchgesetzt werden?			
SPÖ	Ja	2	Wir bekennen uns zum Recht der ArbeitnehmerInnen auf einen rauchfreien Arbeitsplatz.
ÖVP	Nein	1	
Grüne	Ja	2	Die Angestellten in Gastronomiebetrieben haben keine Wahlfreiheit. Sie müssen in verrauchten Lokalen arbeiten. Solange die Trennung von rauchfreien und rauchbelasteten Zonen nicht funktioniert, haben auch Allergiker und Eltern kleiner Kinder keine Wahl.
FPÖ	Nein	2	
BZÖ	Nein	3	
JuLis	Nein	2	Die Jungen Liberalen sehen ein stärkeres Bewusstsein bezüglich der gesundheitsschädlichen Wirkungen des Rauchens aufkommen, was zu einem starken Ausbau der Nichtraucherbereiche in den letzten Jahren geführt hat. Wie in anderen Bereichen ist Aufklärung gesetzlichen Verboten klar vorzuziehen.
Liste MARTIN	Nein	1	Das sollte jeder EU-Mitgliedsstaat für sich entscheiden können.
KPÖ	Nein	1	Rauchverbote sind eine Ersatzdebatte, die von wichtigen z.B. sozialen Defiziten ablenken. Aus gesundheitlichen Überlegungen wäre es wünschenswert, das Rauchen so weit wie möglich einzuschränken, im Prinzip müssten aber die geltenden Schutzbestimmungen und Regelwerke ausreichen.
14. Soll medizinische Sterbehilfe für unheilbar Kranke EU-weit legalisiert werden?			
SPÖ	Nein	1	
ÖVP	Nein	1	Diese Frage muss jedes Land alleine entscheiden können. Für die ÖVP steht der Schutz des Lebens an erster Stelle. Eine Legalisierung der Sterbehilfe kommt für uns nicht in Frage, das darf die EU auch nicht regeln.
Grüne	Ja	1	Qualitätsvolle und individuelle Sterbebegleitung ist das effektivste und wirksamste Mittel gegen den Wunsch zu sterben. Es gibt mehrere Anträge der Grünen zur besseren Ausstattung der Sterbebegleitung. Dennoch sollten Persönlichkeitsrechte der Sterbenden Vorrang haben.
FPÖ	Nein	2	
BZÖ	Nein	3	
JuLis	Ja	3	Die Jungen Liberalen können nicht erkennen, wieso unheilbar kranke Patienten zwar über jede Behandlungsmethode entscheiden dürfen, ihnen aber verwehrt wird, den Zeitpunkt und Ort des Todes selbst zu wählen, um in Würde sterben zu können.
Liste MARTIN	Nein	2	
KPÖ	Ja	2	Menschen sollen über ihr Leben und auch ihr Lebensende selbst bestimmen können. Auch wenn das eine heikle Frage ist, muss es möglich sein, eine offene Diskussion dazu zu führen und Regeln zu entwerfen, die Missbrauch ausschließen.
15. Soll die EU kritische Kunstformen, die in den Nationalstaaten zu wenig Unterstützung finden, stärker fördern?			
SPÖ	Ja	1	Grundsätzlich bekennen wir uns zur Förderung auch kritischer Kunstformen, wie sie in Österreich ohnehin gängige Praxis ist.
ÖVP	Nein	1	Die Kunstförderung ist Kompetenz der Mitgliedstaaten. Jedes Land, auch Österreich, entscheidet darüber allein.
Grüne	Ja	2	Die Grünen stehen für eine stärkere Unterstützung für regionale Initiativen und ganzjährig Kulturschaffende. Kritische Kunstformen sind in allen Nationalstaaten zu unterstützen und zu fördern. Nur Kultur schafft Diskussion und ermöglicht Weiterentwicklung.
FPÖ	Nein	2	
BZÖ	Nein	2	
JuLis	Nein	3	Die Jungen Liberalen sehen in Kunst und Kultur wichtige Impulsgeber für die

			gesellschaftliche Entwicklung. Kunstförderung, wie bspw. durch Stipendien und Projektausschreibungen, soll nicht vom Unterstützungsgrad in den Nationalstaaten abhängig sein.
Liste MARTIN	Ja	2	Kunst erfüllt eine ganz wichtige Funktion. Unterstützung von allen Seiten ist wünschenswert.
KPÖ	Ja	3	Kunst ist eine besondere Ausdrucksform der Kritik an und der Reflexion von Gesellschaft. Somit hat sie auch eine politische Funktion. Die KPÖ fordert daher die Umverteilung der Fördermittel von der Kommerzkunst zu freien und avantgardistischen Projekten auf EU- und nationalen Ebenen.
16. Soll die EU im Rahmen ihrer Kriminalitätsbekämpfung gegen Internetseiten vorgehen, die zu rassistischer Ausgrenzung und Gewalt anstiften?			
SPÖ	Ja	3	Rassistische und gewaltverherrliche Inhalte sind strafrechtlich zu verfolgen.
ÖVP	Ja	2	Das Internet ist heute zu einer weltweiten Informationsquelle gerade auch für Extremisten und terroristische Gruppierungen geworden. Es ist notwendig, auch im Internet mit aller Härte gegen Aufrufe zu Gewalt, Terror und Rassismus vorzugehen.
Grüne	Ja	3	Gegen Rassismus und Gewalt ist mit rechtsstaatlichen Mitteln (also unter Kontrolle eines unabhängigen Gerichts) auch im Internet vorzugehen.
FPÖ	Nein	2	
BZÖ	Ja	2	
JuLis	Ja	2	Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein. Die Jungen Liberalen unterstützen Maßnahmen, die rassistischer Hetze, Aufrufen zur Gewalt und Kinderpornografie die Stirn bieten. Wie bei allen Polizeieinsätzen muss auch hier der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz eingehalten werden.
Liste MARTIN	Ja	3	Die Menschenrechte müssen geachtet werden. Menschenverachtung ist widerlich.
KPÖ	Ja	3	Es müssen Regelungen geschaffen werden, die Provider, von denen solche Websites gehostet werden, zwingen können, diese Pages zu sperren.
17. Soll die EU mit militärischen Mitteln (See- und Luftpatrouillen) Flüchtlinge aus Afrika daran hindern, auf dem Seeweg in Länder der EU zu gelangen?			
SPÖ	Ja	2	Ziel der Bemühungen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten muss die Durchsetzung von Menschen- und Bürgerrechten in allen Teilen der Welt sein. Durch Entwicklungshilfe aus EU-Mitteln und nationalen Budgets sollen ein menschenwürdiges Leben und wirtschaftliche und soziale Chancen ermöglicht werden.
ÖVP	Ja	2	Der Schutz der Außengrenzen der EU ist eine wichtige Aufgabe der EU, die wir nur gemeinsam lösen können. Wir müssen effektiv gegen illegale Einwanderung vorgehen und die Sicherheit unserer Bürger in den Vordergrund stellen. Eine militärische Unterstützung zum Schutz der EU-Außengrenzen ist eine sinnvolle Maßnahme, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.
Grüne	Nein	3	Fluchtursachen und -gründe können mit militärischen Mitteln und Gewalt nicht gelöst werden. Fluchtbewegungen sind mit friedlichen Mitteln sowie außenpolitischen und entwicklungspolitischen Initiativen zu verhindern. Die EU muss daher wirtschaftliche Kooperationen mit den Herkunftsländern vereinbaren.
FPÖ	Ja	3	
BZÖ	Ja	3	
JuLis	Nein	2	Was an Europas Grenzen geschieht, ist eine menschliche Tragödie. Die Jungen Liberalen fordern deshalb einheitliche Asyl- und Zuwanderungsgesetze und faire Asylverfahren. Grenzpolizeiliche Aufgaben an das Militär abzutreten halten sie für bedenklich.
Liste MARTIN	Nein	2	

KPÖ	Nein	3	Niemand verläßt seine Heimat aus Übermut. Flucht, aus welchen Gründen auch immer, muss möglich sein. Die EU soll ihre Außenpolitik ändern und statt neokolonialistischer Ausbeutung Zusammenarbeit, die die ungleichen Ausgangsbedingungen berücksichtigt, pflegen.
18. Soll die EU Lebensmittel aus ökologischem Anbau verstärkt fördern, selbst wenn dies für Österreich höhere Mitgliedsbeiträge bedeutet?			
SPÖ	Ja	1	Lebensmittel aus ökologischem Anbau sollen verstärkt gefördert werden, jedoch durch eine Budgetverschiebung innerhalb des EU-Budgets, weg von Förderungen der Agrargroßindustrie hin zur ländlichen Entwicklung/ökologischem Anbau. Eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge ist dafür nicht notwendig.
ÖVP	Ja	1	Österreichs Landwirte sind Vorreiter in der biologischen Landwirtschaft - darauf sind wir stolz. Um weiterhin verlässlich die Erwartungen der Konsumenten erfüllen zu können, brauchen wir in Europa verbindliche und einheitliche Regeln für die ökologische Lebensmittelproduktion.
Grüne	Ja	3	Ökologischer Anbau von Lebensmitteln ist nicht nur Produktion gesunder Lebensmittel, sondern auch eine Investition in eine gesunde Umwelt und in nachhaltiges Wirtschaften. Die Förderung des biologischen Landbau erfordert keine höheren EU-Beiträge, sondern eine Umschichtung der bereits bestehenden.
FPÖ	Nein	2	
BZÖ	Nein	2	
JuLis	Nein	2	Die Jungen Liberalen sehen in der Subventionierung einzelner Unternehmen marktverzerrende und damit langfristig schädliche Maßnahmen. Nur durch Aufklärung und Deklaration können die Bürger mündige Entscheidungen treffen und die hohen Qualitätsstandards von Lebensmitteln erhalten bleiben.
Liste MARTIN	Nein	2	Viele Milliarden Euro aus dem EU-Budget fließen jetzt in die falschen Projekte oder „verschwinden“ in der Bürokratie. Geld zur Förderung von ökologischem Anbau wäre also genug vorhanden. Das EU-Budget muss umgeschichtet werden.
KPÖ	Nein	2	In diesem Bereich geht es um eine Umschichtung der enormen Agrarfördermittel, nicht aber um höhere Beiträge.
19. Soll es einen gemeinsamen Außenminister bzw. eine gemeinsame Außenministerin der EU geben?			
SPÖ	Ja	2	Wir bekennen uns zur Schaffung des Amtes des „Hohen Repräsentanten der EU für Äußere Angelegenheiten und Sicherheitspolitik“.
ÖVP	Ja	1	Europa muss in der Welt mit einer Stimme auftreten und sprechen. Der Vertrag von Lissabon sieht die Einführung eines Hohen Beauftragten für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vor, der gleichzeitig Mitglied der EU-Kommission ist. Die ÖVP unterstützt diese Idee. Gleichzeitig bleibt die nationale Außenpolitik Österreichs natürlich unangetastet.
Grüne	Ja	1	Eine gemeinsame Stimme der EU stärkt die Union in ihrem Auftreten und ihrem Gewicht in der Welt.
FPÖ	Ja	2	
BZÖ	Nein	3	
JuLis	Ja	3	Die Jungen Liberalen sehen als Ziel der Europäischen Einigung die Schaffung eines föderalen Bundesstaates, der außenpolitisch mit einer Stimme spricht, damit Europa auch politisch so ernst genommen wird, wie es im wirtschaftlichen Bereich bereits der Fall ist.
Liste MARTIN	Nein	1	Zuerst brauchen wir eine demokratische EU, in der die Verantwortlichkeiten der Politiker klar geregelt sind und die Politiker auch von den Bürgerinnen und Bürgern zur Rechenschaft gezogen werden können. Jetzt gibt es ja sogar völlig unkontrollierte EU-Geheimdienste.
KPÖ	Nein	1	Europa kann mit der Meinungsvielfalt ihrer Mitgliedsländer schlecht umgehen, einE institutionalisierteR AußenministerIn löst dieses Problem nicht. Die politischen Entscheidungsstrukturen müssen demokratisiert und transparent gemacht werden.

20. Soll sich die EU in Konfliktregionen auf humanitäre Einsätze beschränken?			
SPÖ	Nein	2	Wir bekennen uns zur Durchsetzung der Menschenrechte und des Völkerrechts durch die Vereinten Nationen. Auslandseinsätze des österreichischen Bundesheeres sind nur mit gültigem UN-Mandat vorstellbar. Dies betrifft sowohl friedenssichernde als auch friedenserhaltende Einsätze. Zivile Instrumente der Krisenprävention und Friedensstabilisierung haben aus unserer Sicht jedenfalls Vorrang.
ÖVP	Ja	1	Europa hat eine Verantwortung auch in der Welt. Wir können nicht nur der größte Zahler sein, wir wollen auch aktiv zu Frieden und Sicherheit beitragen. Humanitäre Hilfe, die Einhaltung der Menschenrechte und der Schutz der Opfer sind daher eine Aufgabe der EU, an der sich all jene Staaten beteiligen können, die das wollen. Unsere Neutralität bleibt selbstverständlich unangetastet. Auf der Grundlage dieser Neutralität werden wir, wie bisher, verlässlicher und solidarischer Partner in der Welt und in Europa sein.
Grüne	Ja	2	Die EU versteht sich als Friedensprojekt. Sie hat daher auch als Friedensprojekt aufzutreten und Friedenssicherung zu betreiben.
FPÖ	Ja	2	
BZÖ	Ja	3	
JuLis	Nein	2	Die Jungen Liberalen fordern die Schaffung eines Europäischen Heeres, das in Krisengebieten eingesetzt werden kann, und auch im Rahmen von UN-Missionen zur Friedenssicherung beiträgt.
Liste MARTIN	Ja	2	
KPÖ	Ja	3	Die KPÖ lehnt die Militarisierung der EU, etwa durch Schaffung bewaffneter Eingreiftruppen, ab. Wichtiger ist die Förderung von lokaler Produktion, Bildungsmaßnahmen und demokratischer Strukturen vor Ort.
21. Soll die Türkei der EU beitreten dürfen, wenn sie alle formalen Kriterien für einen Beitritt erfüllt?			
SPÖ	Nein	2	Die SPÖ tritt für eine verbindliche Volksabstimmung auf nationaler Ebene zum Türkeibeitritt ein. Den in der Fragestellung implizierten Automatismus lehnen wir ab.
ÖVP	Nein	1	Zum jetzigen Zeitpunkt sind aus Sicht der ÖVP die Voraussetzungen für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union nicht gegeben. Sollte die Frage des Beitritts der Türkei irgendwann doch zur Entscheidung anstehen, müssen jedenfalls die Österreicherinnen und Österreicher bei einer Volksabstimmung das letzte Wort haben.
Grüne	Ja	2	Voraussetzung eines EU-Beitritts der Türkei sind: Demokratie, Rechtsstaat, Wahrung und Umsetzung der Menschenrechte.
FPÖ	Nein	3	
BZÖ	Nein	3	
JuLis	Ja	3	Die Jungen Liberalen sehen keinen Grund der Türkei einen Beitritt zur Europäischen Union zu verwehren, sofern die Kopenhagener Kriterien erfüllt sind. Sie sehen darin eine große Chance, um eine Brücke zum islamischen Kulturkreis aufzubauen.
Liste MARTIN	Nein	3	Die Türkei gehört nur zu einem verschwindenden Teil zu Europa und einen Beitritt könnte die EU nicht verkraften. Nur ein paar Unternehmen (billige Arbeitskräfte, Investitionssicherheit) und US-Geostrategen hätten etwas davon.
KPÖ	Ja	1	Die Entscheidung für einen Beitritt muss in der Türkei selber getroffen werden, nicht etwa durch eine Volksabstimmung in Österreich oder anderen Ländern. Voraussetzung ist die Erfüllung demokratischer Mindeststandards wie Gewerkschaftsfreiheit oder Akzeptanz von nationalen Minderheiten (Kurdistan).
22. Soll EU-weit eine höhere Besteuerung des Treibstoffs von Flugzeugen eingeführt werden?			
SPÖ	Nein	1	Zum derzeitigen Zeitpunkt nicht. Langfristig ist eine europäische Lösung im Sinne der Ökologisierung vorstellbar.
ÖVP	Ja	1	Eine europaweite Steuer auf Kerosin ist diskussionswürdig.

Grüne	Ja	3	Der Flugverkehr trägt derzeit nicht die von ihm verursachten Umweltkosten. Umweltschonendes Verkehrsverhalten soll belohnt werden. Einnahmen aus der Kerosinbesteuerung sollten für den Klimaschutz verwendet werden.
FPÖ	Ja	1	
BZÖ	Nein	2	
JuLis	Nein	2	Der Flugverkehr trägt einen großen Teil zur Klimaerwärmung bei. Die Jungen Liberalen halten Besteuerungen hier jedoch nicht für sinnvoll, vielmehr soll der Verkehrssektor in den Emissionshandel eingebunden werden, was zu einer Reduktion des Treibhausgasausstoßes führen wird.
Liste MARTIN	Ja	2	Es muss eine Fairness zwischen Bahn-Auto-Flugzeug geben. Und ökologisch sowieso. Allerdings sollten im Gegenzug Einkommen steuerlich entlastet werden.
KPÖ	Ja	3	Der niedrige Kerosinpreis durch die fehlende Besteuerung ist ein maßgeblicher Grund für die völlig verzerrte Preisgestaltung im Luftverkehr im Vergleich etwa zum Bahnverkehr. Eine Kerosinsteuer ist dringend notwendig.
23. Soll die EU Sicherheitsvorschriften im Straßenverkehr vereinheitlichen (wie z.B. einheitliche Tempolimits, Alkoholverbot)?			
SPÖ	Ja	1	
ÖVP	Nein	1	Unsere Anstrengungen zur Steigerung der Verkehrssicherheit im Straßenverkehr sollen auch auf europäischer Ebene mit allem Nachdruck vertieft und verfolgt werden. Wir wollen daher die Weiterentwicklung eines europäischen Programms für Verkehrssicherheit zur Verwirklichung der Ziele "Zero Vision" zur gänzlichen Vermeidung von Todesopfern im Straßenverkehr.
Grüne	Ja	1	Einheitliche Sicherheitsvorschriften sind sinnvoll. Die Regulierung jeder einzelnen Geschwindigkeitsbeschränkung hingegen wäre absurd.
FPÖ	Nein	2	
BZÖ	Nein	1	
JuLis	Nein	2	Die europäischen Verkehrsnetze wurden von den einzelnen Mitgliedsstaaten auf Basis völlig unterschiedlicher Konzepte gebaut, eine Vereinheitlichung wäre ein bürokratischer Wahnsinn. Für die Zukunft ist natürlich eine Konvergenz der Vorschriften anzustreben.
Liste MARTIN	Nein	1	Das sollte jeder EU-Mitgliedsstaat für sich entscheiden können.
KPÖ	Ja	2	Es gibt gerade angesichts der wesentlich zugenommenen Mobilität gute Gründe, die wichtigsten Limits im Straßenverkehr EU-weit zu vereinheitlichen.
24. Soll angesichts der Krise auf den Finanzmärkten die EU den neuen Mitgliedsstaaten (z.B. Rumänien, Bulgarien) eine größere finanzielle Unterstützung als bisher zusichern?			
SPÖ	Ja	2	Eine solche Unterstützung ist durchaus im österreichischen Interesse, weil zahlreiche heimische Unternehmen und deren Beschäftigte davon profitieren.
ÖVP	Ja	1	Die jüngsten Entwicklungen in einzelnen Staaten der Region Zentral- und Osteuropas haben Auswirkungen auf ganz Europa. Die Stabilität der Volkswirtschaften in der Region Zentral- und Osteuropas aufrecht zu erhalten, muss daher ein gemeinsames Anliegen des gesamten Europa sein und erfordert eine europaweit koordinierte Vorgangsweise im Sinne der europäischen Solidarität und der Wahrnehmung gemeinsamer Verantwortung.
Grüne	Ja	1	Die EU ist eine Solidargemeinschaft, die in Krisensituationen aktiv sein muss. Transparenz und Kontrolle der Mittelverwendung sind Voraussetzung für jede Unterstützung durch die EU.
FPÖ	Nein	2	
BZÖ	Nein	2	
JuLis	Nein	2	Die Jungen Liberalen halten Konjunkturpakete für wenig wirkungsvoll, da durch den Staat nicht einfach private Nachfrage ersetzt werden kann. Dies gilt natürlich auch für Unterstützungen in anderen Mitgliedsstaaten.

Liste MARTIN	Nein	2	Die EU hat beim Heraufziehen der Finanzkrise versagt, vor allem, weil Sozialdemokraten gemeinsam mit den Konservativen sinnvolle Regeln und Transparenz bei Spekulationsgeschäften verhindert haben. Der EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien war auch vorschnell.
KPÖ	Nein	2	Für die Sanierung der Finanzkrise müssen jene herangezogen werden, die jahrelang durch riskante Veranlagungen und Transaktionen am Finanzsektor profitiert und damit diese Krise herbeigeführt haben, also die AktionärInnen und EigentümerInnen der Banken.
25. Soll die EU ein System mit verbindlichen Sanktionsmechanismen in der Finanzmarktaufsicht schaffen?			
SPÖ	Ja	3	
ÖVP	Ja	2	Es muss für grenzüberschreitende Märkte auch grenzüberschreitende Kontrollen geben. Eine gemeinsame Finanzmarktaufsicht soll helfen, Lücken in der Beaufsichtigung von Marktteilnehmerinnen und Marktteilnehmern zu schließen, Missbrauchsmöglichkeiten abzustellen und Wettbewerbsgleichheit zwischen den Anbieterinnen und Anbietern herzustellen.
Grüne	Ja	3	Die gegenwärtige Krise zeigt, wie verwundbar ein Wirtschaftssystem gegenüber der Abzockermentalität auf den Kapitalmärkten ist. Die Grünen fordern zum Schutz der Menschen eine europäische Finanzmarktaufsicht, eine Finanztransaktionssteuer und die Trockenlegung von Steueroasen.
FPÖ	Ja	2	
BZÖ	Ja	1	
JuLis	Ja	3	Die Jungen Liberalen fordern die Einhaltung der Basel II - Kriterien auch in Zeiten der Krise. Es muss der Europäischen Zentralbank vorbehalten bleiben, neues Geld in Umlauf zu bringen. Sie wünschen sich eine handlungsfähige und kompetente Finanzmarktaufsicht.
Liste MARTIN	Ja	3	Als ich 1999 erstmals kandidierte, wollte ich vor allem an einer neuen Finanzarchitektur mitwirken, weil schon damals die Krisengefahr deutlich war. Doch vor allem die Sozialdemokraten blockierten dies damals. Hoffentlich ändert sich das endlich - doch dazu braucht es Druck von Seiten der Wählerinnen und Wähler.
KPÖ	Ja	3	Die KPÖ tritt dafür ein, Banken und Versicherungen in gesellschaftliches Eigentum zu überführen. Eine verschärfte Aufsicht ist dringend notwendig, Steueroasen sind in allen EU-Ländern zu schließen, der Kapitalverkehr entsprechend zu besteuern.

10.2. E-Mail Anfrage Liste Martin

Sehr geehrter Herr Fenz,

aus gesundheitlichen Gründen ist uns der dafür vorgesehene Mitarbeiter ausgefallen. Wir arbeiten aber bereits an den neuen Webauftritten. Diese werden in nächster Zeit online gehen.

Danke für Ihr Interesse,
mit demokratischen Grüßen,
Martin Ehrenhauser

Sehr geehrtes Liste MARTIN Team,

- >
- > im Zuge der Europawahl 2009 waren nahezu alle antretenden Parteien mit
- > Angeboten auf Web 2.0 Plattformen wie zum Beispiel Flickr, Twitter
- > oder Youtube vertreten. Warum war die Liste MARTIN nicht mit solchen
- > Angeboten vertreten?
- >
- > Mit freundlichen Grüßen
- > Stefan Fenz

10.3. Kurzzusammenfassung

Online-Wahlhilfen ermöglichen den eigenen politischen Standpunkt mit jenem der zur Wahl antretenden Parteien zu vergleichen. Im Fall der österreichischen Online-Wahlhilfe Wahlkabine.at wird dazu ein 25/26 Fragen umfassender Fragenkatalog, an die zur Wahl antretenden Parteien, ausgesendet. Die Parteien senden ihre Positionen (Ja/Nein) inkl. Gewichtung und Kommentar (Antwortprofil) an das Wahlkabine-Team. Wahlkabine-UserInnen können anschließend durch die selbstständige Beantwortung des Fragenkatalogs erkennen, welche Partei am ehesten ihren politischen Positionen entspricht. Nach wie vor ist in Österreich die Intensität der Internetnutzung abhängig vom Alter und Bildungsniveau der NutzerInnen. Tendenziell sind es eher gebildete und junge Menschen, welche das Internet regelmäßig nutzen. Die ökonomische Theorie der Demokratie, eine von Anthony Downs stammende Theorie aus der Familie der Rational-Choice Theorien, versteht Politik als einen Markt. Parteien erstellen mit ihren Wahlprogrammen ein Angebot, welches von WählerInnen nachgefragt wird. Parteien agieren immer rational mit dem Ziel der Machterhaltung und Stimmenmaximierung. Die spezifische Funktionsweise der Wahlkabine, die soziale Inhomogenität der österreichischen InternetnutzerInnen und die Annahme rational agierender stimmenmaximierender Parteien lässt folgende These zu: „Parteien optimieren ihre Wahlkabine-Antwortprofile abweichend von den im Wahlkampf vermittelten Positionen, um die Stimmen der dort überrepräsentierten Wählergruppen zu maximieren.“ Im Zuge dieser Diplomarbeit wurden die These und die dazu korrespondierende Forschungsfrage bearbeitet: „Wie unterscheiden sich im Kontext der Europawahl 2009 (4. bis 7. Juni 2009) die Wahlkabine-Antwortprofile der österreichischen Parteien von denen im Wahlkampf generell kommunizierten politischen Positionen?“ Die Untersuchung zeigt, dass von insgesamt 98 verglichenen Wahlkampfpositionen nur neun Positionen (~9%) von den Wahlkabine-Antwortprofilen abweichen. In der Analyse beinhaltet sind insgesamt 84 Quellen bestehend aus Wahlprogrammen (8), Printmedien (50), Onlinemedien (18) und TV Sendungen (8). Der prozentuelle Anteil der im Wahlkampf vertretenen Einzelpositionen wich bei den einzelnen Parteien verglichen zu den Wahlkabine-Antwortprofilen wie folgt ab: ÖVP 11%, SPÖ 9%, Liste Martin 11%, FPÖ 6%, Grüne 0%, BZÖ 24%, JuLis 0%, KPÖ 0%. Insgesamt muss die These dieser Arbeit aufgrund der nur wenig vorhandenen abweichenden Positionen verworfen werden. Im Zuge der Europawahl 2009 haben österreichische Parteien innerhalb der Wahlkabine-

Antwortprofile keine stark vom Wahlkampf abweichende Position vertreten. Parteien mögen vielleicht im großen Kontext in ihrem ganzheitlichen Handeln von der ökonomischen Theorie der Demokratie geleitet sein, im mikroskopisch kleinen Kontext dieser Untersuchung konnte das aber nicht bestätigt werden. Online-Wahlhilfen, wie die Wahlkabine erlaubten es, die politischen Positionen der Parteien systematisch mit deren generellen Wahlkampfpositionen abzugleichen. Für WählerInnen ist es somit erstmals möglich, die Parteipositionen abseits der in den Medien behandelten Mainstream Themen mit ihren eigenen politischen Positionen abzugleichen und in ihre Wahlentscheidung mit einzubeziehen. Die Zukunft und eventuell nachfolgende Forschungsarbeiten werden zeigen, wie die Parteien mit der wachsenden Popularität der Online-Wahlhilfen umgehen.

10.4. Abstract

Online voting tools enable us to compare our own political position with those of electable political parties in the context of a specific election. The Austrian online voting tool Wahlkabine.at uses a questionnaire of 25 to 26 questions, the users' and the parties' answer profiles to determine the political position of its users. In Austria we are still faced with a situation where the typical Internet user is more likely educated and young than formally uneducated and old. Anthony Down's Economic Theory of Democracy understands politics as a market. Political parties offer manifestos that are requested by the voters. Parties act rational with maintenance of power and vote-maximization as their ultimate goals. The specific concept of Wahlkabine, the social inhomogeneity of the Austrian Internet users, and the assumption of rational acting and vote-maximizing parties leads to the following thesis: "Political parties optimize their Wahlkabine-answer-profiles differing from their political positions communicated in the general election campaign to maximize their votes among Wahlkabine users". The corresponding research question is: "How do the Wahlkabine-answer-profiles of the Austrian political parties differ from their political positions communicated in the general election campaign in the context of the European Parliament election (4th to 7th June 2009)?" The analysis has shown that only 9% of the analyzed positions differ from the Wahlkabine-answer-profiles. In total the analysis covers 84 sources consisting of manifestos (8), print media (50), online media (18), and TV shows (8). The detailed political position deviations are: ÖVP 11%, SPÖ 9%, Liste Martin 11%, FPÖ 6%, Grüne 0%, BZÖ 24%, JuLis 0%, KPÖ 0%. Due to these results we have to reject the thesis of this work. In the context of the European Parliament elections 2009 Austrian political parties consistently argued in the general election campaign and the Wahlkabine-answer-profiles. In the microscopic context of this work it was not possible to confirm the Economic Theory of Democracy. Online voting tools such as Wahlkabine enable their users to compare their political positions with those of the political parties. Furthermore, voters are enabled to easily compare even those political positions which are not in the focus of mass media to subsequently incorporate the gained knowledge into their voting decision process. The future and further related research will show how political parties deal with the increasing popularity of online voting tools.

10.5. Lebenslauf

Stefan Fenz (Dipl.-Ing. Mag. Dr. techn., CISSP)

Web: <http://stefan.fenz.at>

Ausbildung

- | | |
|--|-----------------------------|
| Dr.-Studium der technischen Wissenschaften <ul style="list-style-type: none">○ Beginn Wintersemester 2006/2007○ Abschluss: 14.10.2008
(mit Auszeichnung bestanden) | Technische Universität Wien |
| Magisterstudium Software Engineering und Internet Computing <ul style="list-style-type: none">○ Beginn: Sommersemester 2005○ Abschluss: 17.10.2006
(mit Auszeichnung bestanden) | Technische Universität Wien |
| Diplomstudium Politikwissenschaft <ul style="list-style-type: none">○ Beginn: Wintersemester 2004/2005 | Universität Wien |
| Magisterstudium Wirtschaftsinformatik <ul style="list-style-type: none">○ Beginn: Wintersemester 2004/2005○ Abschluss: 25.11.2005
(mit Auszeichnung bestanden) | Technische Universität Wien |
| Bakkalaureatsstudium Wirtschaftsinformatik <ul style="list-style-type: none">○ Beginn: Wintersemester 2001/2002○ Abschluss: Bakk.rer.soc.oec Mai 2004 | Technische Universität Wien |

Berufserfahrung

Projektassistent Technische Universität Wien, 1040 Wien Institut für Softwaretechnik und interaktive Systeme	seit 05/2008
Projektmanager und Forschungsmitarbeiter Secure Business Austria, 1040 Wien	seit 04/2006
Lektor Konkuk University, Seoul, Korea Leitung und Abhaltung von IT-Security Kurs (45h)	07/2009 – 08/2009
Lektor Technikum Wien Leitung und Abhaltung von IT-Security Kurs (16h)	10/2008 – 02/2009
Analyst und Entwickler Security Research, 1040 Wien	04/2007 – 04/2008
Projektassistent Technische Universität Wien, 1040 Wien Institut für Softwaretechnik und interaktive Systeme	09/2006 – 06/2007